



# Landtag von Baden-Württemberg

56. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 7. März 2018 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 15:01 bis 16:00 Uhr

Schluss: 17:57 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	3259	3. Aktuelle Debatte – <b>Die gläserne Decke durchbrechen – mehr Frauen in Aufsichtsräte, Parlamente und Verwaltungsspitzen</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	3301
Absetzung von Tagesordnungspunkt 6 . . . . .	3324	Abg. Thekla Walker GRÜNE . . . . .	3301
1. Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Antisemitismus entschlossen bekämpfen</b> – Drucksache 16/3622 . . . . .	3259, 3300	Abg. Nicole Razavi CDU . . . . .	3303
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	3260, 3278	Abg. Carola Wolle AfD . . . . .	3306, 3312
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .	3261, 3279	Abg. Sabine Wölfle SPD . . . . .	3306, 3314
Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	3363, 3274	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	3308
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	3265, 3275	Staatssekretärin Bärbl Mielich . . . . .	3309
Abg. Bernd Gögel AfD . . . . .	3267, 3272	4. <b>Regierungsbefragung</b>	
Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	3269	4.1 <b>Aktuelle Vorgänge beim Landesamt für Besoldung und Versorgung</b> . . . . .	3314
Minister Thomas Strobl . . . . .	3280	Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP . . . . .	3314, 3315
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	3282	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett . . . . .	3315
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	3283	4.2 <b>Fehlende staatliche Kontrolle und Umfang des türkischen Konsularunterrichts in Baden-Württemberg</b> . . . . .	3315
Abg. Dr. Christina Baum AfD (persönliche Erklärung) . . . . .	3284	Abg. Klaus Dürr AfD . . . . .	3316
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) (persönliche Erklärung) . . . . .	3285	Ministerin Dr. Susanne Eisenmann . . . . .	3316, 3317, 3318, 3319, 3320
Abg. Stefan Räßle AfD (persönliche Erklärung) . . . . .	3285	Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE . . . . .	3316, 3319
Beschluss . . . . .	3286, 3300	Abg. Dr. Stefan Furst-Blei SPD . . . . .	3317, 3318
2. Aktuelle Debatte – <b>Rote Karte für Grün-Schwarz beim Thema Fahrverbote – nächster Akt im Trauerspiel „Koalition der Konflikte“</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	3286	Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP . . . . .	3318
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	3287, 3299	Abg. Sylvia Felder CDU . . . . .	3319
Abg. Daniel Renkonen GRÜNE . . . . .	3288, 3299	4.3 <b>Weiterentwicklung der Eucor – The European Campus zu einer Europäischen Universität</b> . . . . .	3320
Abg. Thomas Dörflinger CDU . . . . .	3289	Abg. Thomas Marwein GRÜNE . . . . .	3320, 3322
Abg. Dr. Rainer Balzer AfD . . . . .	3291	Ministerin Theresia Bauer . . . . .	3320, 3321, 3322, 3323
Abg. Martin Rivoir SPD . . . . .	3294, 3300	Abg. Stefan Räßle AfD . . . . .	3321
Minister Winfried Hermann . . . . .	3296	Abg. Gabi Rolland SPD . . . . .	3322

4.4 <b>Wirtschaftsdelegationsreise von Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut MdL nach Japan</b> . . . . .	3323	Abg. Stefan Räßle AfD . . . . .	3327
Abg. Claus Paal CDU . . . . .	3323	Abg. Gabi Rolland SPD . . . . .	3328
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut . . . . .	3323	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP . . . . .	3329
		Ministerin Theresia Bauer . . . . .	3330
		Beschluss . . . . .	3333
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Weiterentwicklung des Hochschulrechts (HRWeitEG)</b> – Drucksache 16/3248		6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – <b>Wie sich die Landesregierung mit kreativer Buchführung von der Schuldenbremse der Landeshaushaltsordnung und der Schuldenbremse des deutschen Grundgesetzes verabschiedet</b> – Drucksache 16/935 . . . . .	abgesetzt (3324)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 16/3561 . . . . .	3325	Nächste Sitzung . . . . .	3333
Abg. Alexander Salomon GRÜNE . . . . .	3325		
Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . .	3326		

## Protokoll

über die 56. Sitzung vom 7. März 2018

Beginn: 10:02 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und die Gespräche möglichst einzustellen, damit wir beginnen können. – Vielen Dank.

Guten Morgen erst einmal. Ich eröffne die 56. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Glück, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Dr. Merz sowie Herr Abg. Palka.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Herr Minister Wolf, Herr Staatssekretär Dr. Baumann und Frau Staatssekretärin Schütz sowie von 13:30 bis 15:30 Uhr Herr Minister Hermann.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt sind außerdem Herr Abg. Frey, und zwar als Delegierter des Landtags im KGRE-Ausschuss, und Herr Abg. Poreski, der Frau Staatssekretärin Schütz auf ihrer Delegationsreise nach Paris begleitet.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 26. Februar 2018 – Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2016 bis 2019 – Drucksache 16/3625

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 8. Februar 2018, Az.: 1 VB 51/17 – Verfassungsbeschwerde gegen § 36 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes wegen der Nichtberücksichtigung von Gerichtsvollziehern bei der besonderen Altersgrenze

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Unruhe)

– Es wäre schön, wenn es etwas ruhiger werden könnte. – Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP –**

(Abg. Anton Baron AfD: Sagen Sie doch einfach „Kartellparteien“!)

**Antisemitismus entschlossen bekämpfen – Drucksache 16/3622**

Zunächst danke ich den Fraktionen für die Einbringung des Antrags. Meine Damen und Herren, es widerspricht unseren demokratischen Prinzipien zutiefst, Menschen einfach aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder Ethnie pauschal herabzusetzen.

Demokratinnen und Demokraten betrachten den Menschen zuallererst als Mitmenschen. Das kommt im Kampf gegen Antisemitismus besonders zum Ausdruck. Wir leben unsere Prinzipien, wenn wir Judenfeindlichkeit immer und überall zurückweisen, egal, woher sie kommt.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Dabei stehen wir zusammen.

Zu diesem Anlass begrüße ich auf der Tribüne sehr herzlich die Vertreterinnen und Vertreter der beiden israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg. Stellvertretend für die IRG Baden begrüße ich Herrn Vorsitzenden Rami Suliman. Stellvertretend für die IRG Württembergs begrüße ich aus dem Vorstand Frau Susanne Jakubowski.

Ein besonderer Gruß geht an Herrn Rabbiner Trebnik von der Synagoge in Ulm sowie an Herrn Rabbiner Pushkin.

Außerdem begrüße ich Frau Maren Steege, die Repräsentantin des Staates Israel in Baden-Württemberg.

Ihnen allen ein ganz herzliches Willkommen hier im Landtag von Baden-Württemberg!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeit festgelegt: für die Aussprache zehn Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag von Baden-Württemberg verurteilt und wendet sich gegen jede Form von Antisemitismus und Judenfeindlichkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Deutschland trägt vor dem Hintergrund der Schoah, der Entrechtung und Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden, eine besondere Verantwortung im Engagement gegen Antisemitismus.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Wir müssen auf Antisemitismus hinweisen, vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten. Es kann und darf hier nie einen Schlusstrich geben.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Es darf für Antisemitismus keinen Raum geben in Deutschland, keinen Raum in Baden-Württemberg. Ich freue mich sehr, dass wir das als Landtag von Baden-Württemberg heute klar und deutlich machen werden. Denn in Deutschland und Baden-Württemberg gibt es immer noch ein beschämendes Maß an Antisemitismus. Der bei Weitem größte Teil antisemitischer Delikte ist weiterhin rechtsextrem motiviert. Antisemitische Einstellungen im Rechtsextremismus sind seit Jahrzehnten stark ausgeprägt. Wer Antisemitismus aber als ein Problem auffasst, das nur von bestimmten Gruppen ausgeht, der verkennt die Schwere des Problems, und der verweigert sich der notwendigen Verantwortung, egal, ob er den Antisemitismus ausschließlich rechtsextremen Zirkeln oder ausschließlich Zuwanderern zuschreibt.

Antisemitismus war und ist ein übergreifendes Phänomen. Es ist Ausdruck einer generell menschenverachtenden Haltung. Diese Menschenfeindlichkeit können wir nur gesamtgesellschaftlich angehen; denn immer wieder fallen die antisemitischen Denkmuster auf fruchtbaren Boden, bis in die Mitte unserer Gesellschaft. Hier ist von uns große Klarheit gefordert. Judenfeindlichkeit hat bei uns keinen Platz – nirgendwo, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir sind froh, dass es nach den Gräueltaten im NS-Regime wieder jüdisches Leben in Baden-Württemberg gibt. Es bereichert uns, es bereichert unsere Gesellschaft.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Dass Menschen jüdischen Glaubens hier leben, ist angesichts unserer Geschichte schier ein ungeheurer Vertrauensbeweis, ein Beweis des Vertrauens in unseren Rechtsstaat und in unsere Fähigkeit, jüdisches Leben hier zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst. Um sie wahrzunehmen, um ihr gerecht zu werden, haben wir uns auf Maßnahmen verständigt, die wir heute beschließen werden. Dazu zählt in erster Linie die Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten des Landes, der eine hörbare Stimme im Kampf gegen Judenfeindlichkeit sein wird.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Einer Normalisierung von Diskriminierungen, Hetze und Straftaten im Alltag müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Der Antisemitismusbeauftragte wird daher eine vernehmbare Stimme gegen jede Form von Judenfeindlichkeit und Antisemitismus sein.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Der Beauftragte wird eine Anlaufstelle sein, er koordiniert bereits vorhandene Maßnahmen, er leistet Präventionsarbeit, und er soll regelmäßig einen Bericht hier im Landtag vorlegen.

Zu unseren politischen Maßnahmen zählen darüber hinaus die weitere Förderung und der Erhalt unserer Gedenkstätten. Nur wer sich seiner Vergangenheit und seiner Geschichte bewusst ist, kann daraus lernen. Ich bin daher sehr froh darüber, dass die Erinnerungskultur in Baden-Württemberg von einem breiten bürgerschaftlichen Engagement getragen wird.

Die Aktion „Stolpersteine“ zeigt das. Die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen schlagen Namen vor, sie forschen daran, sie stellen Kontakte zu Familienmitgliedern her, und sie finanzieren das durch private Spenden. Ich bin den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land sehr dankbar für dieses Bewusstsein für die Geschichte und dafür, dass es einen so breiten gesellschaftlichen Konsens gibt.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Wir, die Politik hier im Landtag von Baden-Württemberg, können ein öffentliches Zeichen gegen Antisemitismus, gegen Judenfeindlichkeit setzen. Besiegen können wir sie allein nicht. Wir sind deshalb froh, dass es Initiativen wie „Stolpersteine“ gibt, die jüdisches Leben und seine Geschichte in Deutschland mit den Gräueln, die ihm angetan wurden, sichtbar machen, die mahnen und uns täglich zeigen: So etwas darf nie wieder passieren.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb haben diese Initiativen unsere volle Unterstützung, und sie können sich unserer vollen Solidarität gewiss sein, insbesondere wenn sie sogar aus diesem Hohen Haus auf unsägliche Weise attackiert werden.

Antisemitismus darf nicht als Deckmantel benutzt werden, um ungeniert andere Gruppen wegen ihres Glaubens anzugreifen. Wir beobachten, dass Antisemitismus in manchen Zuwanderergruppen verstärkt auftritt.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh ja!)

Diesem Problem stellen wir uns mit der heutigen Initiative und mit den Beschlüssen, die wir heute noch fassen werden.

(Andreas Schwarz)

Was aber gar nicht geht: Die AfD instrumentalisiert den Antisemitismusvorwurf, um Stimmung gegen andere Bevölkerungsgruppen zu machen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ein Quatsch! Wer instrumentalisiert mit dieser Debatte hier? – Zuruf von der AfD: Hetzer!)

Dabei übersieht sie offensichtlich die polizeiliche Kriminalitätsstatistik, die eine klare Sprache spricht: Antisemitismus ist keinesfalls hauptsächlich ein Problem von Zuwanderern.

Die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg ist selbst das beste Beispiel. Wer keine richtige Abgrenzung zu antisemitischem Gedankengut zustande bekommt,

(Abg. Anton Baron AfD: So ein Quatsch!)

der muss sich bei Vorwürfen gegenüber anderen Gruppen zurückhalten und vorsehen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch völliger Quatsch! – Weitere Zurufe von der AfD)

Deshalb haben wir diesen Antrag ohne die AfD-Fraktion eingebracht.

(Abg. Anton Baron AfD: Schäbig ist das! – Zuruf von der AfD: Sehr demokratisch!)

Denn eine Fraktion, die von einem Fraktionschef geführt wird, der keine Schwierigkeiten damit hatte, zusammen mit dem Antisemiten Gedeon eine Fraktion zu bilden,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das spricht für Ihr Demokratieverständnis!)

und keine Schwierigkeiten damit hat, diesem nun wieder die Mitarbeit im Fraktionsarbeitskreis zu ermöglichen,

(Unruhe bei der AfD – Glocke der Präsidentin)

diese Fraktion muss erst einmal ihr eigenes Verhältnis zu dieser Frage klären.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wir freuen uns, wenn Sie sich hier und heute gegen Antisemitismus und Judenfeindlichkeit bekennen.

(Abg. Anton Baron AfD: Immer! – Weitere Zurufe von der AfD)

Aber reine Lippenbekenntnisse von Ihrer Seite reichen nicht aus. Ihre Fraktion hat beantragt, die Haushaltsmittel für die Gedenkstätten zu streichen. Ihre Fraktion hat beantragt, die Mittel für die politische Bildungsarbeit zu streichen. Genau das sind doch Punkte,

(Abg. Anton Baron AfD: Na, na, na!)

die Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP mit ihrem heute vorgelegten gemeinsamen Antrag – im Gegensatz zu Ihnen – stärken wollen und dies zur Beschlussfassung vorlegen.

Wir lassen Ihnen das nicht als Feigenblatt durchgehen. Sie müssen erst einmal Ihr eigenes Verhältnis klären.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich heute über eine breite Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag hier im Haus. Ich danke ausdrücklich meinen Kollegen Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Reinhart, Andreas Stoch und Hans-Ulrich Rülke für die gute und konstruktive Arbeit. Ich danke meinen geschätzten Kollegen Fraktionsvorsitzenden ausdrücklich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bei diesem Antrag. Antisemitismus darf in Baden-Württemberg keinen Raum haben – heute nicht, morgen nicht und auch übermorgen nicht.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

*Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.*

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

In diesem Sinn setzen wir heute ein klares gemeinsames Zeichen, um Antisemitismus entschlossen zu bekämpfen. Es ist ein Zeichen der Solidarität und der Gemeinschaft mit den Menschen jüdischen Glaubens in unserem Land. Sie gehören in unsere Mitte, und wir sind dankbar für die Bereicherung, die wir durch die jüdischen Gemeinden erfahren.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Wir freuen uns, dass sich in vielen Teilen Baden-Württembergs wieder jüdisches Leben entfaltet. Wir wollen, dass dieses jüdische Leben selbstbewusst, öffentlich und sichtbar geschieht. Wir wollen, dass es jederzeit und überall frei und vor allem unbedrängt stattfindet. Das ist eine Aufgabe für uns alle, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Die entschiedene Absage an jede Form des Antisemitismus ist Teil der demokratischen Identität Deutschlands und auch Baden-Württembergs. Die bleibende Verantwortung aus dem Holocaust gehört zur Staatsräson unserer Republik. Dazu bekennen wir uns, und das unterstreiche ich auch hier ganz ausdrücklich. Denn es geht um mehr.

Antisemitismus ist Menschenfeindlichkeit. Er negiert die humane Gesellschaft und damit letztlich die Zivilisation an sich. Der Bundespräsident hat es kürzlich, wie ich finde, treffend ausgedrückt:

*Der Kampf gegen den Antisemitismus ist nicht nur eine Frage der Solidarität, er ist ein Kampf für all das, was uns als Gesellschaft zusammenhält.*

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Am Ende der Rede gern. – Wir alle stehen in der Verpflichtung, dass antisemitisches Denken, Diskriminierung oder gar Gewalt gegen jüdisches Leben in unserer Gesellschaft niemals eine Chance haben. Dabei ist es egal, woher der Antisemitismus kommt und aus welcher Ideologie er sich speist, ob von rechts, von links oder auch aus muslimischem Hintergrund. Jede Form des Antisemitismus ist aus unserer Sicht gleich schlecht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für uns alle gilt in diesem Zusammenhang: null Toleranz. Für Antisemitismus gibt es in Deutschland keine Willkommenskultur. Unser Ausländerrecht ist wehrhaft, wie unsere Demokratie überhaupt wehrhaft ist. Wer als Ausländer nach Deutschland kommt und hier zu antisemitischem Hass aufruft, für den ist in unserer Gesellschaft kein Platz.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wer antisemitische Reden führt, der kann sich auch nicht auf die Meinungsfreiheit berufen. Vielmehr bekommt er es dann mit dem Staatsanwalt zu tun. Auch das muss in diesem Zusammenhang klar sein.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Dass der Antisemitismus in unserem Land auch 73 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz immer noch und immer wieder sein Haupt erhebt, ist für uns alle unerträglich. Kollege Schwarz hat zu Recht die Geschichte angesprochen. Gerade aufgrund unserer Geschichte tragen wir hier eine besondere Verantwortung.

Fast 100 antisemitische Straftaten hat es im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg gegeben. Dass Menschen in unserem Land sich heute nicht trauen, mit der Kippa auf die Straße zu gehen, dass Synagogen in unserem Land nicht ohne Polizeischutz auskommen, dass es in schlimmster Tradition mitten in unseren Städten Boykottaufrufe und „Don't Buy“-Aktionen gegen Waren aus Israel gibt, dass „Jude“ auf manchem Schulhof ganz ungerührt als Schimpfwort gilt, das dürfen und können wir niemals hinnehmen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Richtig ist: Die meisten Menschen im Land haben nichts übrig für antisemitische Parolen. Die breite Mitte unserer Gesellschaft verurteilt Judenfeindlichkeit. Dafür steht auch unser gemeinsamer, fraktionsübergreifender Antrag.

Ich finde es außerdem beeindruckend, wie viele Menschen sich in unserem Land freiwillig und mit innerer Überzeugung gegen Antisemitismus, für den christlich-jüdischen Dialog oder auch in Initiativen der Erinnerungskultur engagieren. Auch das christlich-jüdische Erbe ist Teil unserer Leitkultur.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Gerade das Ehrenamt – es ist unbezahlt, aber unbezahlbar – ist in den vielen Aktionen, die der Kollege angesprochen hat, wichtig. Die Ehrenamtlichen führen jeden Tag den Beweis, dass dieses Land und diese Gesellschaft aus der Geschichte gelernt haben.

Doch umso nötiger bleibt es, dass wir dem Antisemitismus bewusst entgegentreten, wo immer er sich zeigt. Es bleibt notwendig, dass wir ihm den Platz streitig machen, dass wir ihm verbieten, sich von Neuem in die Köpfe zu schleichen, und es bleibt notwendig, dass wir auch die antisemitischen Verführer, die Verschleierer, die Leugner, die Verfälscher stellen. Einen Schlussstrich unter die Erinnerung, unter die Aufarbeitung der Schoah kann und darf es niemals geben.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Wir alle wollen keine geschönte Geschichte, sondern wir brauchen Wahrhaftigkeit und Verantwortung. Gerade jetzt, da die Zeitzeugen nach und nach verstummen, müssen wir neue Formen finden, um aufzuklären, um Bewusstsein zu schaffen, auch um Bildungsarbeit zu leisten.

Wenn eine Partei – Herr Kollege, Sie haben sich vorhin darüber echauffiert, dass der Kollege Schwarz in diesem Zusammenhang die AfD angesprochen hat – ausgerechnet bei der politischen Bildung sparen will, dann geht das nicht.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wenn es politische Bildung wäre! Das ist nämlich keine! – Abg. Bernd Gögel AfD: Wenn politische Bildung einseitig ist! – Weitere Zurufe)

Das ist nicht in Ordnung. Wenn im Grundsatzprogramm Ihrer Partei ernsthaft geschrieben steht, die Erinnerungskultur in Deutschland sei – Zitat – „aufzubrechen“, dann ist das nichts anderes als Geschichtsrevisionismus.

(Anhaltender Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Anton Baron AfD: Billig!)

Sie mögen keine antisemitische Partei sein, aber Sie haben ein massives Antisemitismusproblem. Das müssen Sie einsehen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Das ist der größte Blödsinn, den ich je gehört habe! – Abg. Anton Baron AfD: Nennen Sie Beispiele!)

Das wurde angesprochen. – Wissen Sie, wir alle kennen die Zitate. Wenn ein Vertreter – Sie wissen, von wem ich spreche – das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ verhetzt,

(Oh-Rufe von der AfD)

dann ist das nicht hinnehmbar. Das ist nicht hinnehmbar!

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Nein, am Ende. – Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und mit dem Völkermord an den europäischen Juden muss ein zentrales Thema bleiben, auch und gerade, wie ich finde, an unseren Schulen. Wir wollen, dass gerade junge Menschen Bescheid wissen, dass sie Antisemitismus selbst erkennen und antisemitischen Demagogen nicht auf den Leim gehen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Wir müssen sie stark machen im Kampf gegen Antisemitismus, stark durch Wissen, stark durch Dialog und stark durch Engagement.

Der Kampf gegen den Antisemitismus in all seinen offenen und versteckten Formen braucht einen organisatorischen Rahmen. Deshalb haben alle Fraktionen hier vorgeschlagen, dass das Land einen Antisemitismusbeauftragten beruft. Die Fraktionen werden ihn gemeinsam benennen. Er soll alle Initiativen gegen Antisemitismus ressortübergreifend koordinieren und in die politische Bildungsarbeit hinein wirken. Auch das ist ein starkes Signal, und dieses Signal heißt: Baden-Württemberg sagt Nein zum Antisemitismus.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Anton Baron AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Herr Abgeordneter. Herr Abg. Dr. Reinhart hat keine Redezeit mehr. Daher kann ich keine Fragen mehr zulassen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Glocke der Präsidentin)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Tut mir leid.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben diese Regelung gemeinsam beschlossen: Es gibt Redezeiten, und wenn die Redezeit überschritten ist, kann ich keine Zwischenfrage oder Schlussfrage mehr zulassen. Punkt. Es gibt keine Debatten darüber.

(Zuruf von der AfD: Das ist sehr schade!)

Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Reinhart.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute ist ganz sicherlich kein Freudentag für dieses Parlament, den Landtag von Baden-Württemberg. Denn um ehrlich zu sein: Als ich 2009 in diesen Landtag kam, als ich begann, mich politisch zu engagieren, hätte ich mir nie träumen lassen, dass wir im Jahr 2018 in einem Land wie Baden-Württemberg über die Bestellung eines Antisemitismusbeauftragten nachdenken müssen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie muss es sich für unsere jüdischen Mitbürger anfühlen, wenn sie von

ihrem Land, das sie lieben, dessen Kultur sie schätzen, in dem sie aufgewachsen sind, in dem sie sich zu Hause fühlen, nicht akzeptiert werden, nicht angenommen werden, von manchen gar ausgestoßen werden? Wie muss sich das anfühlen, wenn sie wissen, dass ihre Eltern und Großeltern aus diesem Land, das ihre Heimat ist, vertrieben wurden, ja sogar ermordet wurden?

Mit jedem antisemitischen Übergriff werden unsere jüdischen Mitbürger nicht nur ein weiteres Mal gedemütigt, sondern ein Stück weit auch ihrer Heimat beraubt. Denn genau das ist der Kern des Antisemitismus: die Ausgrenzung, die Stigmatisierung, anders zu sein, die Einstufung als nicht dazugehörig.

(Zuruf von der AfD)

So stellt die subtilste Form des alltäglichen Antisemitismus gerade die Gegenüberstellung von Deutschen und Juden dar. Es ist Ausdruck einer über die Jahrhunderte in den Köpfen manifestierten Trennung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Mitbürgern.

Ich sage deswegen an dieser Stelle ganz deutlich: Wir Sozialdemokraten haben uns immer zu unseren jüdischen Wurzeln bekannt. Wir sind stolz auf unsere jüdischen Genossen, auf unseren Gründer Ferdinand Lassalle, unseren Parteivorsitzenden Paul Singer, auf Karl Kaustky und Eduard Bernstein, auf Egon Bahr und viele andere.

Eines steht für uns als Demokraten und als Sozialdemokraten seit dem Tag unserer Gründung bis heute fest: Mit den jüdischen Gemeinden verbindet die Sozialdemokratie der gemeinsame Kampf gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich sage ganz deutlich: Wir sind dankbar, dass es trotz der Schoah, des Massenmords an sechs Millionen Juden, wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt. Umso widerwärtiger ist es, dass jüdische Mitbürger die Erfahrung der Ausgrenzung, der Willkür und des Hasses heute wieder machen müssen. Die alltäglichen Provokationen, Pöbeleien und Drohungen, die unsere jüdischen Mitbürger ertragen müssen, sind eine Schande für unser Land. Wir dürfen dies nicht weiter zulassen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der FDP/DVP, Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Anton Baron AfD)

Wir dürfen nicht länger zulassen, dass es normal ist, dass jüdische Schulen und Synagogen bewacht werden müssen, dass Chanukkafeiern abgesagt werden müssen oder dass jüdische Mitbürger sich nicht trauen, eine Kippa zu tragen. Es kann nicht sein, es darf nicht sein, dass in Klassenzimmern, auf Sportplätzen das Wort „Jude“ wieder ein Schimpfwort ist, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Um einen Einblick in das alltägliche Erleben von jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu geben, nenne ich ein Bei-

(Andreas Stoch)

spiel, eine Meldung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus aus dem vergangenen Jahr:

*Im baden-württembergischen Herrenberg ist eine Frau beim Umsteigen auf dem Bahnsteig antisemitisch beschimpft, bedroht und bespuckt worden. Sie trug eine Kette mit Davidstern, als sie an einem Samstagmorgen mit der Ammertalbahn nach Herrenberg fuhr. Im Zug bemerkte sie einen Mann, der sie verächtlich musterte. Die Frau bekam ein mulmiges Gefühl und blieb während der kurzen Fahrt an der Waggontür stehen. In Herrenberg verließ sie den Zug und ging zügig zu den Treppen zur Bahnhofunterführung. Der Mann stieg ebenfalls aus, folgte ihr und beleidigte sie als „Judenhure“. Er wünschte ihr den „Tod in der Gaskammer“ und bespuckte sie. Die Frau schaute sich auf dem Bahnsteig um, und als sie niemanden außer dem Mann sah, lief sie schnell die Treppe hinunter und brachte sich in einem abfahrbereiten Bus in Sicherheit. Der Mann blieb auf dem Bahnsteig stehen.*

Im Jahr 2017 gab es in Baden-Württemberg 98 solcher antisemitischen Straftaten, 91 davon aus dem rechtsmotivierten Bereich – so das baden-württembergische Innenministerium. In ganz Deutschland sind zwischen 2001 und 2015 pro Jahr durchschnittlich 1 522 antisemitische Straftaten verübt worden. Das sind vier antisemitische Straftaten in Deutschland pro Tag.

Wie sich diese Angst vor diesen willkürlichen antisemitischen Übergriffen für die Betroffenen anfühlen muss, wird von einem Rabbiner sehr treffend beschrieben. Er beschreibt den Antisemitismus als – Zitat – „schlafenden Hund, den man nicht wecken soll, der aber immer da ist und keiner Logik folgt, wenn er beißt“.

Ja, Antisemitismus gab es schon immer in unserem Land. Schlimmer ist doch die Tatsache, dass es über die Jahrhunderte keine öffentliche Solidarisierung mit unseren jüdischen Mitbürgern gab. Vielmehr wurden unsere jüdischen Mitbürger mit ihrem Schicksal alleingelassen. Damit muss endgültig Schluss sein, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ich möchte hier an die Worte des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder erinnern, der nach dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Jahr 2000 formulierte – Zitat –:

*Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen. Wegschauen ist nicht mehr erlaubt.*

Dieser Aufruf hat leider nichts von seiner Aktualität eingebüßt.

Wie können wir uns also mit unseren jüdischen Mitbürgern solidarisch zeigen? Ein „wir“ und ein „die“ darf es nicht geben. Es muss uns allen klar sein, dass Angriffe auf unsere jüdischen Mitbürger Angriffe auf uns alle sind. Das bedeutet auch, die Erlebnisse und Sorgen unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst zu nehmen, anzuhören und zu reagieren. Es müssen die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürger gewährleistet, polizeiliche Aufklärung verstärkt und antisemitische Straftaten umfassend erfasst werden.

Das jüdische Leben in Deutschland muss geschützt werden, und die Antisemitismusprävention und -bekämpfung müssen verbessert werden. Es müssen daher auch die Beratung und Begleitung der von Antisemitismus betroffenen Menschen ausgebaut werden.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass der Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus mit den darin enthaltenen Maßnahmen, den wir gemeinsam vorgelegt haben, heute beschlossen wird. Wir fordern die Berufung eines Antisemitismusbeauftragten, der die ressortübergreifenden Maßnahmen der Landesregierung koordinieren soll. Zur Verbesserung der Aufklärungsarbeit ist es zudem sinnvoll, dass auch die Wirkungsweise und der Wirkungsgrad von Aufklärungskampagnen evaluiert werden. Nur so können wir die richtigen Maßnahmen ergreifen, um Antisemitismus vor allem auch in den Köpfen junger Menschen gar nicht erst entstehen zu lassen oder ihn zu bekämpfen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Anton Baron AfD)

Ja, es ist richtig: Antisemitismus ist nicht mehr bloß ein Phänomen des Rechtsextremismus. Viele jüdische Mitbürger haben Angst davor, dass der Antisemitismus in Deutschland durch die Zuwanderung aus Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens zunehmen wird.

Es kann und es darf nicht sein, dass – wie im Jahr 2014 auf einer Anti-Israel-Demo im Ruhrgebiet – Parolen wie „Hamas, Hamas, Juden ins Gas!“ skandiert werden oder dass – wie in Berlin – israelische Flaggen verbrannt werden.

Solche Ereignisse müssen uns wachrütteln. Deswegen sprechen wir uns dafür aus, Moscheegemeinden und muslimische Träger für die Arbeit gegen Antisemitismus zu gewinnen und Projekte, die den Dialog mit jüdischen Partnern zum Ziel haben, zu fördern, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Stefan Herre AfD)

Aber diese für Deutschland neue Form des Antisemitismus bedeutet nicht – das sage ich in aller Deutlichkeit –, dass wir den Kampf gegen den rechts motivierten Antisemitismus vernachlässigen werden. Das sage ich vor allem in Richtung der AfD. Dass antisemitische Ressentiments, die seit Jahrhunderten nicht nur in unserem Land, sondern in ganz Europa vorzufinden sind, wieder hoffähig wurden, haben wir auch Ihrer Partei zu verdanken.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: In Ihrer Partei! Sie werden das nachher noch genau hören, was in Ihrer Partei vorgegangen ist!)

Wenn ein Herr Fiechtner bezüglich des Umstands, dass Herr Gedeon wieder mit der AfD-Fraktion zusammenarbeiten darf, von einem Ausweis völliger Verwahrlosung der AfD-Fraktion spricht, dann zeigt das doch, wie weit es mit Ihrer Fraktion gekommen ist.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

(Andreas Stoch)

Wenn Herr Höcke von einem „Denkmal der Schande“ spricht, Herr Gauland Menschen in Anatolien „entsorgen“ will oder Herr Gedeon ein Ende der Stolperstein-Aktionen fordert, weil für ihn das Erinnern an die Verfolgten, Entrechteten und Ermordeten eine „Erinnerungsdiktatur“ darstellt,

(Zuruf von der AfD: Hetzerland! – Unruhe bei der AfD)

wenn er in seinen Schriften gegen Juden hetzt, dann sind das genau die Tabubrüche, die Rechtfertigung und Grundlage für die Vielzahl von Attacken auf unsere jüdischen Mitbürger sind. Schämen Sie sich für solche Aussagen!

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: So etwas Schabiges!)

Aber wir dürfen in Anbetracht solcher Tabubrüche eben nicht sprachlos werden. Wir dürfen uns nicht schamhaft abwenden, sondern wir müssen jetzt jede Form des Antisemitismus entschlossen und mit aller Härte bekämpfen. Ich möchte den irisch-britischen Staatsphilosophen Edmund Burke zitieren und mit seinen Worten an uns alle appellieren:

*Für den Triumph des Bösen reicht es, wenn die Guten nichts tun.*

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Für uns als Demokraten und gerade als Sozialdemokraten gebe ich unseren jüdischen Mitbürgern das Versprechen: Sie stehen nicht allein. Nie wieder! Nicht in diesem Land.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Deutschen, die wir heute leben, tragen nicht die Schuld an dem schlimmsten Verbrechen, dessen Menschen sich jemals schuldig gemacht haben: der planmäßigen, massenhaften Vernichtung von sechs Millionen Juden – Frauen, Männer und Kinder, die nur ein einziges gemeinsames Merkmal hatten: den jüdischen Glauben. Sechs Millionen Individuen wurden wie Ungeziefer vertilgt, nur weil sie eine andere Religionszugehörigkeit hatten als die damals in Deutschland Herrschenden.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das war nicht so! Jüdische Abstammung!)

Die Schoah, dieses Verbrechen, war der Tiefpunkt menschlicher Zivilisation. Nein, dafür trägt niemand Schuld, der heute hier anwesend ist. Aber wir alle tragen Verantwortung: Verantwortung, weil dieses Verbrechen, dieser Zivilisationsbruch von deutschem Boden ausgegangen ist, Verantwortung, weil wohl nahezu jeder von uns in der Generation der Väter und Großväter Vorfahren hat, die in irgendeiner Art und Weise Schuld auf sich geladen haben.

Mein eigener Vater war Zeit seines Lebens davon überzeugt, dass es nicht verwerflich gewesen sei, als junger Mann in der Wehrmacht zu dienen. Er hat sich aber auch Zeit seines Lebens gefragt, ob er nicht doch hätte Widerstand leisten sollen. Wir heutigen Deutschen müssen uns dieser Verantwortung immer wieder aufs Neue stellen – gerade, weil wir das Glück haben, Nachgeborene zu sein und als solche nicht damals hatten entscheiden müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD)

Wir müssen uns fragen, was aus unserer Verantwortung folgt. Hitler und seine Spießgesellen haben ihren jüdischen Mitbürgern vorgeworfen, ein Volk ohne Heimat zu sein. Hitler hatte unrecht: Die meisten von ihnen hatten eine Heimat, nämlich beispielsweise Deutschland. Aber nach den Erfahrungen der Schoah haben gerade wir Deutschen die Verpflichtung, den Menschen jüdischen Glaubens auch einen eigenen Staat zu garantieren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

Das Existenzrecht Israels ist Teil der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland

(Zuruf von der AfD: Nein, ist es nicht!)

und muss dies auch bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der SPD)

Das heißt nicht, dass man israelische Politik nicht kritisieren darf. Aber das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Vor allem ist es nicht akzeptabel, Antisemitismus und Rassismus als Kritik an der israelischen Politik zu tarnen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

In Pforzheim, der Stadt, die mir mittlerweile zur Heimat geworden ist, wurde vor 80 Jahren die jüdische Synagoge zerstört. Es war mir, dem Sohn des Wehrmachtssoldaten, ein persönliches Anliegen, daran mitwirken zu können, dass es seit 2006 wieder eine Synagoge in Pforzheim gibt. Es hat mir, dem Sohn des Wehrmachtssoldaten, viel bedeutet, in dieser Synagoge einmal eine Überlebende der Schoah getroffen zu haben, die ursprünglich nie wieder hatte deutschen Boden betreten wollen. „Ich habe meine Meinung geändert“, sagte sie, „weil das heutige Deutschland ein so viel besseres Land geworden ist.“ Es bedeutet mir, dem Sohn des Wehrmachtssoldaten, viel, in jedem Jahr zum Chanukkafest in diese Synagoge eingeladen zu werden, um eine Kerze zu entzünden. Das Entzünden der Kerze zu Chanukka ist für mich ein Symbol; es ist das Symbol dafür, dass wir darum kämpfen müssen, dass unser Deutschland dieses so viel bessere Land auch in aller Zukunft bleiben kann.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dann muss es aber ein Alarmzeichen sein, meine Damen und Herren, dass solche Chanukkafeiern mittlerweile wieder abgesagt werden müssen. Es hat sich in den letzten Jahren etwas verändert in Deutschland, und deshalb ist es gut, dass wir heute diese Debatte führen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Die hässliche Fratze des Antisemitismus war in Deutschland nie ganz tot. Bertolt Brechts Wort vom „Schoß, der fruchtbar ist, aus dem das kroch“ war nie ganz falsch. Aber dieser Schoß war – sagen wir es so – unter Kontrolle. Doch nun hebt diese Fratze des Antisemitismus in veränderter Form doch wieder ihr widerwärtiges Haupt. Die Migration, insbesondere aus den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens sowie Nordafrikas mit starkem traditionellen Antisemitismus, hat Deutschland erreicht. Auch deshalb brauchen wir rasch ein neues und wirksames Einwanderungsrecht. Wer unseren Schutz sucht –

(Zurufe von der AfD: Bravo! So ist es! – Beifall bei Abgeordneten der AfD)

– Ich würde an Ihrer Stelle mit dem Applaus warten, bis Sie die ganze Rede gehört haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

Wer unseren Schutz sucht, der ist willkommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat doch jeder durchschaut!)

Wer sich auf unserem Arbeitsmarkt nützlich macht, der ist willkommen. Wer unsere Gesetze und auch unsere kulturellen Bräuche akzeptiert, der ist willkommen. Wer aber Hass, Vorurteile und Gewalttätigkeit nach Deutschland tragen will, dem müssen wir die Tür weisen, und zwar mit unmissverständlicher Deutlichkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat aus diesem Grund bereits 2014 beantragt, dass sich dieses Haus dem Thema Antisemitismus zuwendet. Unser Beschlussantrag Drucksache 15/5752 beehrte die Ausweitung des Auftrags der damaligen Enquete-Kommission zum Thema NSU. Der politisch oder religiös motivierte Angriff auf friedliche Religionsgemeinschaften sollte verurteilt werden. Leider ist es damals in diesem Haus nicht zur Abstimmung hierüber gekommen. Es ist gut, dass sich jetzt alle diesem Thema zuwenden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ja, sehr gut!)

Meine Fraktion ist froh, dass sich jene Fraktionen in diesem Haus, die in Sachen Antisemitismus über jeden Zweifel erhaben sind,

(Zuruf von der AfD: Das sind alle!)

auf ein umfangreiches Paket von Maßnahmen haben einigen können. Besonders wichtig sind die Berufung eines Antisemitismusbeauftragten sowie der feste Wille, den Polizei- und Strafvollzugsbehörden alle notwendigen Mittel an die Hand zu geben und die Möglichkeiten des Aufenthaltsgesetzes konsequent gegenüber Hasspredigern zu nutzen.

Überdies ist es notwendiger denn je, das Gedenken an die Schoah wachzuhalten, im Geschichtsunterricht, aber auch an Gedenkstätten. Wie bezeichnend, dass in diesem Haus eine Fraktion sitzt, die die Mittel für die Gedenkstätte in Gurs, dem Ort, wohin die badischen Juden deportiert worden sind, aus dem Haushalt streichen wollte. Das war der armseligste An-

trag in der Geschichte dieses Landtags von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Diese heutige Debatte ist auch notwendig, weil sich die hässliche Fratze des Antisemitismus nicht nur dort hebt, wo antisemitische Migranten Chanukkafeiern stören, sondern leider auch wieder in deutschen Parlamenten.

Sie werden wahrscheinlich heute wieder scheinheilig ankündigen, sich dieser Entschließung anschließen zu wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Dieses Thema verlangt aber nicht nach scheinheiliger Zustimmung, sondern nach aktivem Handeln.

(Beifall Abg. Daniel Rottmann AfD – Zurufe von der AfD)

Vorhin haben Sie Beispiele gefordert. Sie dulden beispielsweise in Ihrer Bundestagsfraktion einen Abgeordneten namens Peter Felser. Der ist sogar stellvertretender Vorsitzender dieser Fraktion. Soll ich Ihnen vorlesen, wie das Oberverwaltungsgericht Berlin über einen Wahlkampfsport geurteilt hat, den dieser Herr produziert hat?

(Zuruf von der AfD: Sie hatten Möllemann!)

Ich zitiere:

*Nach dem Verständnis eines unvoreingenommenen und verständigen Publikums kann dieser Spot nur so verstanden werden, dass mit ihm der Holocaust gebilligt, geleugnet oder verharmlost werden soll.*

Weshalb haben Sie solche Leute im Deutschen Bundestag?

(Zuruf von der AfD: Von wem?)

Aber man muss gar nicht bis nach Berlin gehen, um in einem Parlament Antisemiten anzutreffen. Dort hinten sitzt Herr Gedeon. Auch über den hat ein Gericht geurteilt. Auch bei Herrn Gedeon kamen die Richter zu dem Schluss, er sei ein Holocaustleugner.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Lügner!)

Nun werden Sie uns vermutlich wieder erzählen, er gehöre gar nicht zu Ihnen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber er gehört nach wie vor zu Ihrer Partei, und die AfD in Baden-Württemberg hat seinen Parteiausschluss hintertrieben, weil die AfD in Baden-Württemberg von Antisemiten und Rassisten gewählt werden will. Das war der Grund.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Wenn Sie behaupten, Herr Gedeon sei nicht in Ihrer Fraktion, der zähle nur halb, sage ich: Wer aber garantiert voll zählt, ist Frau Baum.

(Zuruf von der AfD: Aha!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Erinnern Sie sich noch an diese Facebook-Gruppe mit dem Bild von Anne Frank und der widerwärtigen Unterschrift „Die Offenfrische“ – das wirklich ekelhafteste und abscheulichste Machwerk antisemitischer Propaganda, das Deutschland seit den Tagen eines Julius Streicher erlebt hat?

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Selbst der AfD-Bundesvorstand hat geraten, diese Facebook-Gruppe zu meiden. Und was macht die Abg. Baum? Sie tritt dieser Facebook-Gruppe demonstrativ bei, weil es um die Meinungsfreiheit gehe. So etwas dulden Sie, Herr Gögel. Wie widerwärtig, kann man da nur sagen!

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Die heutige Debatte ist notwendig, weil es in unserer Gesellschaft wieder eine neue Form des Antisemitismus gibt. Sie ist aber auch notwendig, weil der Antisemitismus wieder in deutschen Parlamenten sitzt.

Sie können dieser Erklärung heute scheinheilig zustimmen, meine Damen und Herren von der AfD, Sie können sich damit aber nicht reinwaschen, weil Sie gegen den Antisemitismus in der eigenen Partei nichts tun.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Gut, dass es die heutige Debatte gibt. Gut, dass es diese Erklärung gibt. Gut, dass die demokratischen Fraktionen in diesem Haus gemeinsam gegen den Antisemitismus kämpfen – gegen den Antisemitismus in der Gesellschaft, aber auch gegen den Antisemitismus, den wir leider wieder in unseren Parlamenten haben.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel das Wort.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war ja zu erwarten, was uns hier nach dem Antrag der vier Kartellfraktionen

(Oh-Rufe – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

heute erwarten wird.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Schäbig ist das!)

Wenn vier Kartellfraktionen an der demokratischen Opposition vorbei einen Antrag von großer sittlicher Tragweite stellen, um sich feierlich zu den Anständigen in Deutschland zu erklären,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das sind Sie!)

dann steht ein Stuhl zu wenig da, Herr Rülke.

(Beifall bei der AfD)

Sie wollen ein Tribunal mit der AfD-Fraktion veranstalten und meinen, wir würden über Ihr kleines Stöckchen springen.

(Zuruf von der AfD: Ihr Spalter!)

Ihnen ist aus unserer Parteiprogrammatik sehr wohl bekannt, dass sich die AfD rückhaltlos zur bürgerlich-freiheitlichen Rechtsordnung und damit zu der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz bekennt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das haben Sie sicher auch nachgelesen.

Wenn der Staat dieser Rechtsordnung mutig Geltung verschafft, braucht es keine speziellen Beauftragten für das Verwalten Ihres Versagens.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos] – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Ich persönlich sehe keinen Unterschied in der moralischen Bewertung, ob jemand – wer auch immer – ein aggressives Interesse gegen jüdische Deutsche hat und sie verhöhnt oder ob er dies gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft richtet – so wie Ihr Journalistenidol Deniz Yücel.

(Zuruf der Abg. Nese Erikli GRÜNE)

Gegen Volksverhetzung und dergleichen gibt es Strafgesetze, die angewandt werden müssen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Und kriminelle Ausländer behandelt man gefälligst auch so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Sie, die Kartellparteien, verdammen heute rituell den Antisemitismus. Dabei hat niemand anders als Sie seit 2015 unkontrolliert über eine Million meist junge Männer aus Ländern in unser Land gelassen, in denen der Antisemitismus Staatskult ist, meine Damen und Herren –

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Staatskult –, aus Ländern, in denen Adolf Hitler noch heute verehrt wird. Aus diesen Ländern haben Sie über eine Million junge Männer in dieses Land geholt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Heute wollen Sie die einzige Partei, die sich der illegalen Überschwemmung unseres Landes mit einem hoch riskanten Personenkreis widersetzt hat, als auf der anderen Seite von Sitte, Recht und Anstand stehend brandmarken.

(Abg. Carola Wolle AfD: Schämen sollten sie sich!)

(Bernd Gögel)

Am 11. Dezember 2017 spricht es der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, auf „www.welt.de“ wie folgt aus – ich zitiere –:

*Dieselben Politiker, die das Einreise- und Abschiebedrama fortsetzen, indem sie immer weitere Ausländer aus der antisemitischsten Weltreligion unerlaubt einreisen lassen und nicht einmal die Straftäter unter ihnen abschieben, verkünden dann, sie würden alles gegen Antisemitismus tun.*

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Das sagte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie also und niemand sonst haben Terroristen, Mörder und Vergewaltiger hereingelassen, die in unserem Land jüdische Deutsche und christliche Deutsche hassen und verachten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Das ist eine Hasspredigt, die Sie hier von sich geben!)

Dabei ist Ihre selbstverliebte Bigotterie beispiellos. Wir haben es in einem von der deutschen Mehrheitsgesellschaft geprägten Land beileibe nicht nötig, von Menschen bis zum Überdross Forderungen an uns stellen zu lassen und uns Werte täglich oberlehrerhaft erklären zu lassen, die aus den rückständigsten Gebieten von Willkürstaaten in die Sicherheit unserer Rechtsordnung kamen und nicht einmal wussten,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

dass Frauen Auto fahren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir sind, wie hoffentlich Sie auch, meine Damen und Herren, entgegen all diesen aufdringlichen Belehrungen seit über 70 Jahren erfolgreich, demokratisch und rechtsstaatlich sozialisiert.

Heute sollen wir uns im Staats-TV von einem jungen Harvard-Professor dekretieren lassen,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

mit uns Deutschen werde ein historisch einzigartiges Experiment veranstaltet:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Im Staats-TV“!)

die Umwandlung einer monoethnischen in eine multiethnische Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Ein wunderschönes Geschenk, meine Damen und Herren. Wer hat das bestellt? Wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wann reden Sie denn mal zum Thema, Herr Kollege? Kommen Sie doch mal zum Thema!)

– Herr Schwarz, ich habe Ihnen doch schon zu Beginn gesagt, dass wir über Ihre Stöckchen nicht springen. Hören Sie bitte genau zu, wer die Schuldigen bei diesem Thema sind.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos] – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wo von machtgeilen, linken Sozialfantasten so übel gehobelt wird, da fallen Späne. Es ist für Juden in der Öffentlichkeit gefährlich geworden – und ebenso für die christlichen Deutschen. Aber Sie, meine Damen und Herren Antragsteller, haben genau dies in seltener Blindheit zugelassen und im Vielfaltswahn gewollt.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Die jüdischen Gemeinden, die jetzt so warm mit Ihnen den Schulterchluss proben, werden dank Ihnen die zärtliche Fürsorge von Frau Merkels Dauergästen noch zu spüren bekommen. Die christlichen Deutschen haben den von Ihnen importierten Hass auf dem Berliner Weihnachtsmarkt schon erlebt.

Meine Damen und Herren, diese Hetzer, Mörder und Flaggenverbrenner haben Sie geholt.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Nun fällt Ihnen angesichts brennender Israelflaggen in Stuttgart oder Berlin wieder nur dümmliche, bigotte Symbolpolitik ein.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, ich denke, erst seit den letzten Wochen geht Ihnen die wahre Dimension Ihres durch und durch verlogenen multikulturellen Weltbürgerparadieses wirklich durch den Kopf.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da offenbart sich ja der Richtige!)

Was soll nun Ihr Antisemitismusbeauftragter bewirken? Soll er die Islamisten, die 2012 in Toulouse, 2014 in Brüssel, 2015 in Kopenhagen, 2006, 2015 und 2017 in Paris antisemitische Morde begingen, beeindrucken, meine Damen und Herren? Antisemitische Straftaten ordnet die Polizeiliche Kriminalstatistik im Zweifelsfall – Herr Schwarz, das wissen Sie genau; Sie haben das heute schon zitiert – einheimischen Rechtsex-tremen zu.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Unter diesen 98 Vorfällen waren 91 automatisch rechtsextremer Szene zugeordnet, weil man Verursacher, Täter nicht ermitteln konnte.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! – Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Das ist der einzige Antisemitismus, der Sie tatsächlich interessiert.

(Bernd Gögel)

An dieser Stelle möchte ich noch einige Worte zur Unehrlichkeit der antragstellenden Fraktionen sagen. Mein Kollege Sänze erhielt auf seine Frage – Kleine Anfrage Drucksache 16/3073 – nach den Nachkriegskarrieren von ehemaligen Mitgliedern nationalsozialistischer Organisationen

(Abg. Anton Baron AfD: Jetzt kommt's!)

keinerlei Auskunft. Der Aufwand sei nicht zumutbar. Die Landesregierung hat 1,5 Millionen € Steuergeld für die Erforschung der Beamtenschaft im NS-Unrechtsstaat ausgegeben und will von der Zeit nach dem Krieg nichts wissen, meine Damen und Herren. In der „Schwäbischen Zeitung“ vom 22. Dezember 2017 bezichtigte Herr Strobl die AfD öffentlich rechten Gedankenguts.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach Sie!)

Herr Strobl, kennen Sie die Gründungsgeschichte der baden-württembergischen CDU?

(Unruhe)

Kennen Sie die Gründungsgeschichte, aus der es wie aus einem aufgedrapierten Friedhof heraus nach NSDAP-Mitgliedschaften stinkt?

(Beifall bei der AfD)

Der spätere Kanzler Kiesinger wurde schon 1933 NSDAP-Mitglied und war von 1939 bis 1940 sogar Blockwart. Parteifreund Filbinger hatte als Jurist offenbar Dreck am Stecken, Parteimitglied der NSDAP von 1937 bis 1945. Und die FDP, Herr Rülke,

(Unruhe)

hatte den Landesvorsitzenden Hermann Saam, von 1964 bis 1967 Landesvorsitzender, 1968 im Bundesvorstand, seit 1933 NSDAP-Mitglied, von 1933 bis 1942 Konsultssekretär im ribbentropschen Außenamt. Tolle Karrieren! Und die SPD?

(Zuruf von der AfD: Ah!)

Der ehemalige Hauptsturmführer der SS und Leiter der Gestapo-Dienststelle in Marseille Günter Hellwing wurde nicht zuletzt wegen der Deportation jüdischer Menschen in die Vernichtungslager in Frankreich 1954 zum Tode verurteilt – was ihn nicht daran hinderte, in der SPD des Ruhrgebiets Karriere zu machen und 1958 in den SPD-Bundesvorstand aufzurücken.

(Unruhe – Abg. Anton Baron AfD: So sieht's aus!)

Die große menschenfeindliche Verschwörung, die Sie ständig suchen, ist ganz banal. Es sind politische Eliten, die weich im Kopf geworden sind und die aus Opportunismus oder aus Überzeugung ein funktionierendes Land, in dem Juden und christliche Deutsche sicher lebten, durch und durch zersetzt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Suchen Sie sich die Sündenböcke für Ihre katastrophale Migrationspolitik also gefälligst nicht bei der AfD! Denn wir haben mit Ihren Geschäften nichts gemein.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Zu Ihren Aussagen, wie wir uns zu Ihrem Antrag verhalten würden: Wir werden uns enthalten

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mutig!)

– ja –, weil wir keine Opportunisten sind und nicht über Ihre Stöckchen springen und weil wir davon ausgehen, dass Sie den Inhalt Ihres Antrags nicht leben werden. Wir werden Ihnen in den Folgejahren permanent vorhalten,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

wie Sie den Antisemitismus nicht bekämpfen werden.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! „Demonstranten verbrennen Israelfahnen in Berlin“, „Chanukkaleuchter in Heilbronn zerstört, Polizei vermutet antisemitischen Hintergrund“, „Erinnerungsdiktatur – Abgeordneter fordert Beendigung der Stolperstein-Aktion“. Das sind drei Schlagzeilen aus den letzten Wochen und Monaten. Sie machen auf erschreckende Weise deutlich: Der Wahnsinn des Antisemitismus ist längst noch nicht überwunden. Vielmehr zeigt er sich bei uns in Deutschland so offen wie lange nicht mehr. Ja, der Antisemitismus ist sogar wieder in vielen Parlamenten angekommen, leider auch in unserem.

Das fordert uns heraus, unsere Demokratie und unseren Zusammenhalt. Denn der Antisemitismus tritt das mit Füßen, worauf unsere Demokratie beruht: die unantastbare und gleiche Würde jedes einzelnen Menschen. Er treibt unsere Gesellschaft auseinander, er spaltet, grenzt aus und schürt Hass. Er schändet unsere Erinnerungskultur, für die wir in der ganzen Welt geachtet werden.

Deshalb bin ich den Fraktionen der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP für ihren Beschlussantrag dankbar. Meine Landesregierung unterstützt diesen Antrag, mehr noch, wir werden diesen Antrag schnell und umfassend umsetzen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Denn so, wie das Existenzrecht Israels zur Staatsräson der Bundesrepublik gehört,

(Abg. Emil Sänze AfD: Wo steht das?)

so gehört für uns in Baden-Württemberg der Schutz der Jüdinnen und Juden und des jüdischen Lebens zur Staatsräson.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wer Menschen in unserer Mitte angreift, sie verleumdet und bedroht, der greift uns alle an.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Meine Damen und Herren, wir haben heute Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden zu Gast in unserem Hohen Haus. Ich begrüße Herrn Suliman von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, Frau Jakobowski von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs sowie Maren Steege, Repräsentantin des Generalkonsulats des Staates Israel in Baden-Württemberg. Wir sind dankbar, dass Sie heute bei uns sind.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Denn es ist keine Selbstverständlichkeit, dass es nach den Menschheitsverbrechen der Schoah wieder zu einem lebendigen jüdischen Gemeindeleben in unserem Land gekommen ist. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass junge Israelis sich entscheiden, für Studium oder Beruf nach Berlin zu ziehen. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass eine wachsende Zahl von Israelis Deutschland, z. B. den Schwarzwald, als Urlaubsziel wählen. Das ist ein Geschenk des Vertrauens, und dafür dürfen wir alle dankbar sein.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das gilt umso mehr, als Antisemitismus für die Juden in Deutschland leider zu ihrem Alltag gehört. Die Angst und das Bedrohungsgefühl wachsen. Das zeigen nicht nur Studien, sondern das schildern mir auch Juden immer wieder im persönlichen Gespräch. So haben mir kürzlich die Vorstände der israelitischen Religionsgemeinschaften die Frage gestellt: An wen können sich Betroffene, aber auch Bürgermeister oder Schulen wenden, wenn antisemitisch motivierte Sachbeschädigungen und Schmierereien auftreten oder wenn ein Kind von Mitschülern als Jude beschimpft wird? Ich habe die eindringliche Bitte einer Gesprächspartnerin noch im Ohr. Sie sagte: Wir haben Vertrauen in den deutschen Staat, aber manchmal werden wir von Stelle zu Stelle geschickt. Ein Ansprechpartner, der uns kennt und den wir kennen, wäre uns eine große Hilfe.

Heute will ich den jüdischen Gemeinden in unserem Land daher sagen: Wir nehmen Ihren Vorschlag heute auf, und wir lassen Sie in dieser Situation nicht allein.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wenn ich „wir“ sage, dann spreche ich für den allergrößten Teil der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger, und ich spreche, wie der heutige interfraktionelle Antrag zeigt, für die ganz überwiegende Mehrheit der Abgeordneten in diesem Hohen Haus. Wir stehen an Ihrer Seite.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

In Baden-Württemberg gab es im vergangenen Jahr allein in den ersten drei Quartalen 71 antisemitische Straftaten. Bundesweit sind es sogar vier antisemitische Straftaten pro Tag. So wurde auch die neue Synagoge in Ulm von einer Gruppe leider noch nicht ermittelter junger Menschen nachts gezielt angegriffen und beschädigt –

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Trotz Videoaufnahmen!)

eine Straftat, die mich besonders betroffen macht, hatte ich doch 2012 die Ehre, ebendiese Synagoge in Ulm gemeinsam mit dem damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck zu eröffnen. – Ich freue mich auch, den Rabbiner der Ulmer Synagoge, Herrn Trebnik, heute begrüßen zu können.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es ist für uns ein großes Glück, dass wir in der Geburtsstadt Albert Einsteins wieder blühendes jüdisches Leben haben.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ebendeshalb dürfen wir nach solchen Taten nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen den Opfern beistehen und die Täter, wo immer möglich, zur Rechenschaft ziehen.

Meine Damen und Herren, ich habe in den letzten Jahren zwei Mal Yad Vashem, die Schoah-Gedenkstätte bei Jerusalem, besucht. Ich durfte mich immer wieder – auch dort – mit Überlebenden des Holocausts unterhalten. Ich sage Ihnen: Wer einmal in Yad Vashem war oder ein Konzentrationslager besucht hat, wer einmal mit Menschen wie Meinhard Tenné gesprochen hat, die den Schrecken der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie überlebt haben, dem wird bei manchen Ereignissen, die wir derzeit erleben, wirklich ganz anders,

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

etwa wenn es Rufe nach einem Schlussstrich und einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ gibt

(Zuruf von der AfD: Oh!)

oder wenn das Holocaustmahnmal als „Denkmal der Schande“ diffamiert und die Entfernung von „Stolpersteinen“ aus unseren Städten gefordert wird oder wenn eine Fraktion in diesem Haus erst auf Proteste hin den Antrag zurückzieht, die Mittel für die Gräber der nach Frankreich deportierten und ermordeten badischen Juden in Gurs zu streichen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Nein. – Die Würde aufgeklärter deutscher Politik besteht eben genau darin, dass wir uns dieser Erinnerung immer wieder stellen, dass wir immer wieder aus der Geschichte lernen und dass wir damit auch anderen Mut machen, die dunklen Flecken der eigenen Vergangenheit in den Blick zu nehmen. Diejenigen aber, die sich durch die Erinnerung an die NS-Verbrechen bedrängt fühlen, haben nicht verstanden, zwischen Schuld und Verantwortung zu unterscheiden. Niemand gibt heutigen Generationen die Schuld an den Verbrechen der Nazis. Aber wir alle tragen eine Verantwortung für unsere Geschichte und dafür, dass sich so etwas niemals wiederholt.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Unsere ganze Geschichte ist Teil unseres nationalen Erbes und unserer Selbstvergewisserung, und zwar die dunklen Kapitel

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

ebenso wie die hellen. Wer unsere Erinnerungskultur bekämpft, der hat Deutschland nicht begriffen. Wer keine scharfe Trennlinie zu Antisemiten in seinen Reihen zieht, der macht sich mit ihrer Sache gemein.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Quatsch!)

Und wer andere ausgrenzen muss, damit er sich selbst findet, ist kein Patriot, sondern nur ein Nationalist.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, der Kampf gegen den Antisemitismus ist keine Folge eines schlechten Gewissens, sondern ein Gebot der Verantwortung für unsere Demokratie.

(Abg. Stefan Rappke AfD: Das ist wieder Schuld-kult!)

Denn Vertrauen und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft werden ausgehöhlt, wenn Minderheiten angegriffen, beleidigt und diskriminiert werden, wenn ein Keil in unsere Gesellschaft getrieben wird und einzelne Gruppen gegeneinander aufgehetzt werden.

Dabei unterscheiden wir nicht, von wem der Antisemitismus kommt, von rechts, von links oder aus der Mitte,

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

von Christen, Atheisten oder Muslimen, von Alteingesessenen oder Zugewanderten. Jede Form des Antisemitismus ist menschenverachtend. Das gilt für den alten Antisemitismus, den wir leider nie ganz überwinden konnten, und das gilt für den neuen Antisemitismus, der uns mit Zuwanderern aus muslimisch geprägten Ländern erreicht.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Und für den linken Antisemitismus!)

Deshalb gibt es für uns keine falsche Toleranz – gegenüber niemandem. Wir sind eine wehrhafte Demokratie.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Deshalb braucht es gegenüber jenen Zuwanderern, die antisemitisches Gedankengut mitbringen, sowohl klare Ansagen als auch Aufklärung über die Grundlagen unseres Zusammenlebens.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Und klares Grenzsetzen!)

Die Normen und Werte unserer Verfassung gelten für uns alle, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Der neue und der alte Antisemitismus speisen sich aus denselben vergifteten Quellen, beispielsweise der furchtbaren Fälschung der sogenannten Protokolle der Weisen von Zion. Sie

entstand Anfang des 20. Jahrhunderts in Russland, wurde dann in viele Sprachen übersetzt und in Deutschland ebenso verbreitet wie etwa in den USA oder – bis heute – in vielen arabischen Ländern. Dies muss uns allen Sorgen machen. Ich sage klipp und klar: Diese vergifteten Fälschungen dulden wir nicht, aus welcher Ecke auch immer.

Würde die AfD tatsächlich die Sorge um die Juden und das jüdische Leben umtreiben, dann würde sie den Blick auch auf ihren eigenen Laden richten. Dann würde sie in ihrer Partei keinen Abgeordneten dulden, der in seinen Schriften ausgerechnet diese antisemitischen Protokolle propagiert und den Juden vorwirft, Flüchtlinge nach Europa zu lenken.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Sie wissen doch selber, wie schwer Parteiausschlussverfahren sind!)

Dann würde sie auch nicht zulassen, dass der hessische Bundestagsabgeordnete Hohmann, den die CDU wegen antisemitischer Äußerungen mit demokratischer Klarheit 2003 aus der Fraktion und 2004 aus der Partei ausgeschlossen hat, über die AfD-Liste wieder ins Parlament zurückkehrt. Genau das haben Sie getan. Dabei geht es nicht um eine Stilfrage, sondern um die Frage der demokratischen Grundhaltung.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen mitteilen: Wir haben uns innerhalb der Regierung bereits auf die Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten geeinigt.

(Zuruf von der AfD: Echt? Vor Beschluss?)

Allerdings ist es mit einem Beauftragten allein nicht getan. Ein solches Amt macht nur Sinn, wenn es bestehende Strukturen sinnvoll ergänzt und die Arbeit der Ministerien koordinieren kann. Daher schlagen wir vor, den Antisemitismusbeauftragten im Staatsministerium anzusiedeln. Er wird mir persönlich, den Ressorts und dem Landtag berichten. Wenn der Antrag heute beschlossen wird, werde ich den antragstellenden Fraktionen einen Personalvorschlag machen, sodass wir ihn zügig einsetzen können.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, es gibt eine weitere Zwischenfrage des Abg. Rottmann. Lassen Sie die zu oder nicht?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Nein.

(Abg. Anton Baron AfD: Toller Ministerpräsident!)

Der Beauftragte wird nicht als Alibi fungieren, sondern mit allen notwendigen Ressourcen ausgestattet sein, um seine wichtige Aufgabe erfüllen zu können. Er wird, wie von den Fraktionen angeregt, durch einen Beraterkreis aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft unterstützt und begleitet werden. Er wird diesem Hohen Haus alle vier Jahre einen Bericht zum Antisemitismus und zu dessen Bekämpfung vorlegen. Dies sage ich Ihnen und unseren Gästen heute im Namen der gesamten Landesregierung zu.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht mir und der Landesregierung aber um mehr als um die Bekämpfung des Antisemitismus.

Wir wollen ein blühendes jüdisches Leben in Baden-Württemberg. Dafür engagieren wir uns ebenso. So war es für mich ein besonderer Moment, als ich in der Altstadt von Jerusalem gemeinsam mit Herrn Suliman eine Thorarolle für die Synagoge in Baden-Baden in Empfang nehmen konnte. Da spürte ich, dass uns nicht nur Erinnerung aufgetragen ist, sondern auch das Miteinander für eine gemeinsame Zukunft.

Wir brauchen lebendige Gemeinden und den selbstverständlichen Alltag von Juden und Nichtjuden unter Nachbarn, Kollegen und Freunden. Denn der menschliche Kontakt ist und bleibt das stärkste Mittel, um Vorurteile zu überwinden und um Antisemitismus gar nicht erst entstehen zu lassen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deshalb: Lassen Sie uns als politisch Verantwortliche gemeinsam mit den Menschen im Land alles dafür tun, dem Antisemitismus wirksam entgegenzutreten,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Alles!)

damit unsere gemeinsame Zukunft in Respekt, Vielfalt und Vertrauen gedeiht.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, da Herr Ministerpräsident Kretschmann das Wort ergriffen hat, löst dies nach § 82 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung eine Fraktionsvorsitzendenrunde aus.

Ich darf daher das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel erteilen.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte hier zunächst einmal feststellen und festhalten, dass sich die AfD insgesamt in Deutschland, auch hier in Baden-Württemberg in der Fraktion, gegen jeglichen Antisemitismus ausspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sascha Binder SPD: So ein Quatsch! Ihr Fraktionskollege Räßple redet von „Schuldult“! – Zuruf von der SPD: Die AfD? Wie kommen Sie dazu? – Weitere Zurufe)

Was es daran zu belächeln oder hier zu monieren gibt, weiß ich nicht. Das Thema war bisher eigentlich viel zu ernst, als dass man darüber irgendwelche Scherze machen könnte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist kein Scherz! Das ist uns ernst!)

– Herr Rülke, ich habe Ihnen doch schon aus Ihrer Parteivergangenheit einige Dinge erzählt.

(Zurufe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Gögel – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat Ihre Partei noch nicht begriffen, dass es in diesem Land um die Zukunft geht! – Vereinzelt Beifall – Glocke der Präsidentin)

– Moment!

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Wenn jemand das begriffen hat, dann sind wir das. Denn wir stehen für die Zukunft. Sie sind in diesem Land schon Geschichte.

(Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Um Gottes willen! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Der Witz des Tages! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment! Herr Abg. Gögel, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Binder zu?

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Gern.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte, Herr Abg. Binder.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Herr Abg. Gögel, Sie haben gerade gesagt: Sie, die AfD-Fraktion, distanzieren sich von jeglichem Antisemitismus.

Haben Sie genauso wie wir hier in unseren Reihen auch den Zuruf Ihres Abgeordnetenkollegen Räßple gehört? Als der Ministerpräsident in seiner Rede gerade vom Antrag der AfD auf Streichung der Mittel für die Gedenkstätte und auf die Gedenkkultur in Deutschland hingewiesen hat, hat Ihr Abgeordneter, der Abgeordnete I h r e r Fraktion, den Zwischenruf getätigt: „Schuldult“.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Ich habe den Zwischenruf nicht vernommen.

(Lachen bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Sabine Wölfle SPD: Lächerliche Ausrede! – Weitere Zurufe)

Den wird man später im Protokoll vielleicht nachlesen können. Nur eines müssen Sie doch irgendwie auch respektieren und stehen lassen:

(Abg. Sascha Binder SPD: Nein! Das respektiere ich jetzt nicht! – Weitere Zurufe)

Sie müssen demokratische Äußerungen von Abgeordneten auch respektieren und annehmen. Wenn Herr Räßple der Meinung ist, Sie praktizierten hier einen Schuldult, dann ist das seine persönliche Meinung. Die kann er hier äußern.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wie stehen Sie zum Thema Antisemitismus? Sie haben hier im Haus eine Verantwortung! – Weitere Zurufe)

– Ich habe Ihnen doch erklärt, wie wir zum Thema Antisemitismus stehen. Sie unterscheiden zwischen primärem, sekundärem und tertiärem Antisemitismus. Sie weichen diesen Begriff auf. Sie selbst haben in Ihrer Geschichte Antisemiten in der Partei vorzuweisen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wissen Sie eigentlich, was Sie da erzählen?)

(Bernd Gögel)

Deshalb sind Sie nicht berechtigt, einer neuen Partei diese Vorwürfe zu machen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bei Ihnen sitzen sie hier hinten, und Sie unternehmen nichts als Fraktionsvorsitzender! Das ist eine Schande! Unglaublich!  
– Weitere Zurufe)

Ich komme noch einmal, Herr Ministerpräsident, zum Thema „Parteiausschluss von Parteimitgliedern“. Herr Ministerpräsident, es ist genauso schwer, ein Mitglied in der AfD für diskussionswürdige Äußerungen auszuschließen –

(Abg. Winfried Mack CDU: Diskussionswürdig? –  
Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wollen es doch gar nicht! Sie feiern doch den Herrn Gedeon hier im Parlament! – Unruhe)

Genauso schwer ist es –

(Glocke der Präsidentin)

In Ihrer Partei ist es genauso schwer, Pädophile auszuschließen.

(Beifall des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: So sieht es aus! – Zurufe von der SPD)

Auch die sind immer noch in Ihren Reihen, in den Reihen der Partei, und haben Karrieren gemacht.

(Zurufe von der SPD)

– Ich muss das hier ganz klar festhalten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Das Parteienrecht ist ein sehr komplexes Recht, und es ist sehr schwer – Die Meinungsäußerung – das sage ich Ihnen auch, meine Damen und Herren –, ob jemand diese Schriften von Zion für Fälschungen oder sie für echt hält,

(Zurufe von der SPD: Wie bitte? – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt nehmen Sie ihn in Schutz! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist widerlich!)

ist doch seine persönliche, seine ganz eigene – Das ist doch seine eigene Einschätzung. Da können Sie doch hier nicht eine Antisemitismuskonversation und einen Fall aufmachen. Das funktioniert mit Sicherheit nicht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin – Abg. Anton Baron AfD zur SPD: Hören Sie doch einfach mal zu, anstatt die ganze Zeit zu schreien!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich darf um Ruhe bitten!

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Ich kann Ihnen zu dem Thema „Sekundärer Antisemitismus“ noch eine kleine Anekdote erzählen. Bei der Vollendung der Thorarolle im Parlament – das war am 1. Dezember – hat sich Staatsminister Murawski in seiner Rede erlaubt, Aussagen dergestalt, dass rechtes Gedankengut und Antisemiten wieder hier ins Parlament Einzug gehalten hätten, von sich zu geben. Genau dieser Staatsminister hat letzte Woche im Ständigen Ausschuss einen Werner Höfer zitiert, nachweislich von 1933 bis 1945 Nationalsozialist,

Mitglied in der NSDAP und Mitarbeiter bei der Propagandazeitung „Das Reich“. Das hat ihn nicht daran gehindert, im Südwestfunk Baden-Baden eine Karriere zu machen, die später auch gefördert wurde und ihn mit einer bekannten Serie ins TV brachte, bis man ihm dann tatsächlich einige Dinge nicht mehr nachgesehen hat.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist doch wirres Zeug! – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Ich denke, wenn man Ihre Einschätzung von Antisemitismus und Ihre Differenzierungen zugrunde legt, dann steht es heute auch einem Staatsminister nicht zu, einen solchen Herrn in einem Ausschuss des Landtags zu zitieren. Das ist doch eine ganz klare Ansicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Glocke der Präsidentin – Abg. Reinhold Gall SPD: Warum haben Sie dann nicht widersprochen? Sie waren doch dabei! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Herr Abg. Gögel. – Ich bitte insgesamt um etwas Ruhe.

Jetzt hat sich Herr Abg. Dr. Schütte für eine Zwischenfrage gemeldet. Lassen Sie diese zu oder nicht?

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Gern.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte, Herr Abg. Dr. Schütte.

**Abg. Dr. Albrecht Schütte** CDU: Sehr geehrter Herr Abg. Gögel, ist Ihnen bewusst, wie offensichtlich das Protokoll der Weisen von Zion, das in Russland entstanden ist und angeblich in Amerika geschrieben wurde, eine Fälschung ist? Ist Ihnen bewusst, dass basierend darauf die Nationalsozialisten in der Weimarer Republik ihre Hetze gegen die Juden ganz wesentlich begründet haben? Ist Ihnen klar, dass das eine der Grundlagen war, aufgrund derer nachher die Shoah durchgeführt wurde? Halten Sie es nicht für glasklaren Antisemitismus, wenn man diese Kette einfach negiert?

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist ihm egal! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Zweite Frage: Ist es wirklich das Parteienrecht, das es so schwer macht, Herrn Gedeon auszuschließen, oder ist es nicht vielleicht eher darauf zurückzuführen, dass es eine ganz erhebliche Anzahl von Personen in der Partei gibt, die das nicht wollen, was man auch an dem konstanten Beifall für die Redebeiträge von Herrn Gedeon hier sieht?

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es! Genau!)

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Herr Dr. Schütte, ich kann nur noch einmal mit der Meinungsfreiheit in diesem Land antworten.

(Lebhafte Unruhe – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU – Glocke der Präsidentin)

(Bernd Gögel)

Keine einzige Aussage von Herrn Gedeon, kein einziges Schriftstück von Herrn Gedeon ist jemals irgendwo justiziabel behandelt oder verfolgt worden. Also, wir haben hier in diesem Land – darauf sind wir alle stolz – Meinungsfreiheit,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Sascha Binder SPD:  
Das ist eine falsche Tatsachenbehauptung!)

und da steht es auch drunter.

Das andere, was die zweite Frage, die Sie hier gestellt haben, angeht: Ich kann Ihnen sagen: Ich bin jetzt seit fünf Jahren in dieser Partei unterwegs, und mir sind keine antisemitischen Vorfälle bekannt.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich kenne keine Personen, die sich in der Form,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

wie von Ihnen geäußert wurde, hier artikuliert haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Niemand hat einen Antisemiten in der Fraktion, außer Ihnen! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Gögel – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf um etwas Ruhe bitten.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Schwierig!)

Herr Abg. Gögel, es gibt eine Meldung für eine weitere Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Dr. Fiechtner. Lassen Sie diese zu?

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Nein.

(Lachen – Zuruf: Meinungsfreiheit! – Weitere Zurufe)

– Es gibt auch Grenzen der Meinungsfreiheit.

(Lachen – Vereinzelt Beifall – Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt hat er sich selbst entlarvt!)

Da, wo die Würde eines Fraktionsvorsitzenden angegriffen werden könnte, da gibt es die Grenze.

(Zurufe, u. a. Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei den jüdischen Menschen nicht, aber bei Ihnen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ihre inszenierte Debatte heute Morgen habe ich Ihnen in meiner Rede schon erklärt und widerlegt. Ich habe erklärt, warum und weshalb wir nicht glauben, dass Sie den Antisemitismus in diesem Land ernsthaft bekämpfen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es! – Unruhe)

Sie haben kein Interesse daran.

Auch der Ministerpräsident hat die 98 registrierten Fälle im Jahr 2017 in Baden-Württemberg hervorgehoben. Diese 98 Fälle sind 98 zu viel, Herr Ministerpräsident,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ach!)

da gebe ich Ihnen zu hundert Prozent recht. Aber bitte stellen Sie auch richtig, dass jeder Fall – einen haben Sie geschildert –, der nicht zugeordnet werden kann, automatisch als eine Aktion von rechts gewertet wird. Da wird er automatisch einsortiert –

(Zuruf von der AfD: Genau! Genau so ist es! – Gegenrufe von den Grünen: Falsch! – Nein!)

alle Fälle, ob von rechts, von links, von der Mitte oder zum überwiegenden Teil von den in dieses Land Zugewanderten,

(Zurufe)

überwiegend aus Regionen, die Antisemitismus in Reinkultur leben. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis, und handeln Sie danach.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Bekämpfen Sie diesen Antisemitismus, indem Sie kriminelle Ausländer abschieben, meine Damen und Herren. Das ist das Entscheidende in dieser Debatte.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was für ein Auftritt!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

(Abg. Anton Baron AfD: Von der Vergangenheit spricht man nicht!)

Ich denke, wir sind gerade eben Zeugen eines ganz grotesken Schauspiels geworden,

(Zuruf: Allerdings!)

nämlich des Schauspiels, wie ein Fraktionsvorsitzender der AfD so tun möchte, als habe seine Partei mit diesem Thema nichts zu tun. Herr Gögel, Ihre Partei – ich sage es noch einmal – ist wegen dieser fehlenden Distanzierung zum Antisemitismus eine Schande für dieses Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, der in seiner Rede ja insbesondere auch auf das historische Erbe hingewiesen hat. Das historische Erbe, ob es uns gefällt oder nicht, ist für uns, in unserer Generation, auch das Unrecht während des Nationalsozialismus. Das ist Geschichte, die nicht bereits Jahrtausende zurückliegt, sondern – wenn Sie es genau nehmen – Geschichte, die gerade einmal knapp 80 Jahre zurückliegt. Das heißt, es gibt noch Menschen, die diese Zeit selbst erlebt haben.

(Andreas Stoch)

Für diese Generation, die heute auch in diesem Parlament sitzt, geht es nicht um den Begriff der Schuld, sondern um den Begriff der Verantwortung. Die Verantwortung liegt bei uns allen hier im Parlament und in unserer Gesellschaft: dass wir nämlich aus den Gräueln der Vergangenheit die richtigen Lehren für die Gegenwart und die Zukunft ziehen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Vereinzelt Beifall bei der AfD und der FDP/DVP)

Die richtigen Lehren müssen doch sein: Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der Menschen, die aufgrund ihrer Religion, ihrer Hautfarbe, ihres Andersartigseins Angst haben müssen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden, Angst haben müssen, Opfer von Kriminalität, von Gewalt zu werden, oder gar um ihr Leben fürchten müssen? Dann müssen wir doch heute, im Jahr 2018, ganz klar sagen: Die Lehren des Nationalsozialismus, die Lehren des Antisemitismus müssen sein: Wir wollen in einer freien, in einer offenen, in einer gerechten, vor allem aber in einer friedlichen Gesellschaft leben, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Aras, ganz sicher nicht. Jemand, der in diesem Parlament den Begriff „Schuld kult“ gebraucht, der hat sich für ein Dasein hier im Parlament von Baden-Württemberg disqualifiziert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten auch dankbar für den Hinweis auf die Gedenkstätte Yad Vashem. Ich selbst hatte Gelegenheit, diese Gedenkstätte zu besuchen, und muss Ihnen sagen: Es war für mich ein äußerst bewegendes Erlebnis, diesen Teil unserer Geschichte dort in Verbindung mit der Existenz so vieler ganz konkreter Menschenschicksale erleben zu dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer diese Gedenkstätte besucht und daraus nicht tief erschüttert hervorgeht, wer dort nicht auch mit dem Auftrag hinausgeht, dass so etwas in diesem Land nie wieder passieren darf, den verstehe ich nicht.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wer – wie die AfD-Fraktion – versucht, dieses Verbrechen des Antisemitismus zu relativieren, indem andere historische Fehler, Versäumnisse und auch Verbrechen dagegen ins Feld geführt werden und indem versucht wird, dies gegeneinander aufzuwiegen,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Sie wissen, dass Sie mit dieser Aussage lügen! – Gegenruf von der SPD: „Lüge“!)

der relativiert den Antisemitismus. Ich sagen Ihnen eines, Herr Gögel: Rassismus und Antisemitismus sind nicht Ausdruck

von Meinungsfreiheit, sondern Verbrechen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Da gilt das zuvor Gesagte, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Ich möchte noch eines sagen, denn ich glaube, dass dies ganz wichtig ist, weil auch die Vertreter der christlichen Kirchen, der evangelischen und der katholischen Kirche, heute hier sind. Wenn sich Herr Gögel darauf beruft, dass er hier angeblich das christliche Weltbild vertrete, dann kann ich Ihnen eines sagen: Mit dem, was Sie heute in Ihrer Rede wieder getan haben, indem Sie nämlich über Angehörige anderer Religionen – in diesem Fall über Muslime – in einer pauschalen Art und Weise urteilen, die keinem Menschen gerecht wird, handeln Sie ganz und gar nicht im Sinne der christlichen Kirchen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie reden ja auch pauschal gegen die AfD! – Zu- und Gegenrufe von der SPD und der AfD – Unruhe)

Ich glaube, ich kann im Sinne aller Christinnen und Christen hier in diesem Parlament sehr deutlich sagen: Wer glaubt, mit christlichen Werten die Ausgrenzung anderer Menschen und anderer Religionen begründen zu dürfen, der hat das Christentum in seinem Kern nicht verstanden, Herr Gögel.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion ist zunächst einmal dankbar dafür, dass Sie, Herr Ministerpräsident, angekündigt haben, dass sich Ihre Landesregierung hinter diese Resolution, die wir am heutigen Tag mit der großen Mehrheit der demokratischen Fraktionen hier in diesem Parlament beschließen werden, stellt. Wir sind dankbar, dass Ihre Regierung ankündigt, dies umzusetzen.

Ich denke, es wird notwendig sein, in den nächsten Jahren beide Formen des Antisemitismus, die wir in Deutschland leider wieder vorfinden, zu bekämpfen, nämlich einen gesellschaftlichen Antisemitismus, der überwiegend von außen hereingetragen wurde, aber neuerdings eben auch Antisemitismus in den Parlamenten. Es ist bedauerlich, dass wir einen Antisemitismusbeauftragten brauchen.

(Abg. Emil Sänze AfD: In der Tat, in der Tat!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Vor einigen Jahren war mein Eindruck, dass es in diesem Land eigentlich keine große Rolle mehr spiele, welche Religionszugehörigkeit ein Mensch hat,

(Abg. Emil Sänze AfD: Habe ich auch gedacht!)

welche Herkunft oder welche Rasse. Ich glaubte, man betrachte den Menschen an sich und beurteile ihn als Individuum. Leider ist es mittlerweile so, dass wieder über die Religionszugehörigkeit und über die Rasse von Menschen gesprochen wird und Menschen nicht primär als Individuum, sondern aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit beurteilt werden.

Wenn sich die AfD gegen den Vorwurf wehrt, antisemitisch zu sein, ist es interessant, dass Sie dabei immer den Versuch unternehmen, das Ganze umzudrehen und zu sagen: Wir können ja gar nicht Antisemiten sein, denn wir sind ja gegen die Muslime.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die eine Form der pauschalen Verunglimpfung wird von Ihnen durch eine andere Form der pauschalen Verunglimpfung ersetzt. Das ist das moralische Defizit, das Sie auszeichnet.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Wir sehen die Realitäten!)

– Ja, ja, Sie sehen die Realitäten, Herr Gögel. Ihre vollständige moralische und intellektuelle Zuverlässigkeit haben Sie ja nun in diesem Prozess zur Schau gestellt. In der vergangenen Woche gab es eine Präsidiumssitzung des Landtags von Baden-Württemberg – ich nehme an, Sie erinnern sich. Zu Beginn hatten Sie angekündigt: „Wir würden ja gern mitmachen bei diesem Antrag, bei dieser Resolution“ – eine Resolution, die schon vorgelegen hat. Sie haben angekündigt, mitmachen zu wollen. Am liebsten wären Sie auch noch weiterer Antragsteller geworden. Offensichtlich war das ein Aufnahmeantrag in die Kartellparteien, Herr Gögel,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Keine Sorge! Machen Sie sich da keine Sorgen!  
– Vereinzelt Beifall)

den Sie da in der Präsidiumssitzung stellen wollten. Dann haben wir aber gesagt: Nein, solange Leute wie Herr Gedeon bei Ihnen geduldet werden, solange Leute wie Sie, Frau Baum, in diesen Reihen sitzen und ihre antisemitischen und rassistischen Ausfälle zu Protokoll geben, so lange können Sie eben nicht Mitantragsteller werden. Sie können nun zustimmen oder auch nicht. Das ist scheinheilig.

Heute stellen Sie sich nun hier hin und sagen: „Wir enthalten uns, denn wir durften ja nicht mitmachen; wir enthalten uns, weil wir wahrscheinlich das Ganze auch inhaltlich nicht tragen können.“

(Zuruf von der AfD: Stimmt nicht! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Dann stimmen Sie doch zu!)

– Sie können das ja dann anschließend noch einmal klarstellen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE zur AfD: Hören Sie Ihre eigenen Reden noch mal an!)

Zu den Inhalten wurde ja nichts gesagt.

(Zuruf von der AfD: Von Ihnen auch nicht!)

– Wir haben sehr wohl etwas zu den Inhalten gesagt.

(Zuruf von der SPD: Es kann jeder zustimmen!)

Ich darf das gern noch einmal zitieren – wenn Ihre Aufnahmefähigkeit dazu nicht ausgereicht haben sollte –: Wir haben deutlich gesagt, wir wollen erstens den Antisemitismusbeauftragten; wir haben deutlich gesagt, wir wollen den Strafverfolgungsbehörden alle Mittel an die Hand geben, und wir haben drittens gesagt, wir müssen insbesondere ein neues Einwanderungsrecht schaffen, das eine Zugangsmöglichkeit für diejenigen schafft, die in unserer Gesellschaft mitwirken wollen, Gewalttäter jedoch abweist.

(Zuruf von der AfD)

Um es, auch für Sie, noch einmal zu sagen: Die Zugangsmöglichkeiten sollen sich an den jeweiligen individuellen Fähigkeiten eines Menschen orientieren und eben nicht an der Religionszugehörigkeit. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf von der AfD)

Dann sprachen Sie relativ viel über Meinungsfreiheit, Herr Gögel.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Sie haben im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit Deniz Yücel zitiert. Er ist ja offensichtlich das neue Feindbild der AfD. Ihre Gesinnungsgenossen im Bundestag haben sogar einen Antrag in den Bundestag eingebracht, das höchste deutsche Parlament solle die Schriften von Herrn Yücel verurteilen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Ja! – Zuruf von der AfD: Richtig!)

– Ja, da nicken Sie und sagen: Ja.

(Unruhe)

Vorhin stand Herr Gögel hier und sagte, wenn es um die Protokolle der Weisen von Zion gehe, dann müsse Meinungsfreiheit gelten. Das ist jetzt die Logik der AfD!

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Um es klipp und klar zu sagen: Ich teile wenig von dem, was Deniz Yücel schreibt. Aber zur Presse- und Meinungsfreiheit gehört, dass er dies darf; zur Presse- und Meinungsfreiheit gehört, dass er nicht in der Türkei eingekerkert wird. Und zur Presse- und Meinungsfreiheit wäre es wichtig, dass die AfD im Bundestag nicht die Pressefreiheit abschaffen will, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein zu?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Natürlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein echter Liberaler!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte.

**Abg. Udo Stein** AfD: Vielen Dank, Herr Kollege.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Stein, ich würde mich an Ihrer Stelle erst dann bedanken, wenn ich die Antwort erfahren habe.

(Heiterkeit)

**Abg. Udo Stein** AfD: Ich bedanke mich jetzt, dass Sie die Frage zulassen. Das ist ja nicht gang und gäbe. – Jetzt frage ich Sie direkt: Wann hat Herr Gögel die Weisen von Zion irgendwo erwähnt? Entweder haben wir ein Auffassungsproblem oder Sie.

(Lebhafte Heiterkeit – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Guten Morgen! Das spricht für Ihre Aufnahmefähigkeit!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ich bedanke mich für die Frage, Herr Stein, und verweise auf das Sitzungsprotokoll. Ich würde Ihnen empfehlen, nachher im Sitzungsprotokoll unter Gögel – G-ö-g-e-l – nachzulesen.

(Heiterkeit)

Wenn Sie es nicht finden, kommen Sie noch mal zu mir, dann zeige ich es Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Gerne.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Ich habe eine Frage zur Meinungsfreiheit. Sie sagten, die AfD würde Herrn Yücel nicht das Recht auf freie Meinungsäußerung lassen, nur weil sie im Bundestag einen Antrag gestellt hat, dass der Bundestag diese Meinungsäußerung von Herrn Yücel verurteilen sollte.

Zu der Meinungsfreiheit gehört sehr wohl die Möglichkeit,

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Frage!)

die Meinung des anderen auch zu verurteilen. Das beschädigt die Meinungsfreiheit in keiner Weise. Wie stehen Sie dazu?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Wie nicht anders zu erwarten, Herr Räßle, haben Sie weder die Meinungs- noch die Pressefreiheit verstanden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Es gibt einen Unterschied dazu, ob man einer Position widerspricht. Ich habe das in Bezug auf Herrn Yücel getan; ich habe vorhin gesagt: Ich teile wenig von dem, was er sagt. Aber man kann doch nicht in einem Parlament das missbilligen, was ein Journalist sagt.

(Zuruf von der AfD: Das machen Sie doch ständig!)

– Nein, ein Parlament kann das nicht beschließen. Sie können es vom Rednerpult aus tun, aber wenn Sie im Parlament anfangen, das zu verurteilen, was Menschen sagen, wenn Sie das verurteilen, was in Zeitungen steht, ist das der erste Schritt auf dem Weg, die Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland abzuschaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Dass Sie das wollen, ist doch völlig klar.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ja. Vielleicht sollte man Sammelfragen stellen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber man soll niemanden daran hindern, sich zu blamieren.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Vielen Dank, Herr Rülke, für die tolle Einschätzung Ihrerseits. Sie haben mich vorhin rassistischer Äußerungen bezichtigt.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ja.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Nennen Sie mir die bitte!

(Abg. Dr. Christina Baum AfD bleibt am Mikrofon stehen.)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Also, Frau Baum, ich habe schon im Oktober zitiert, was Sie über Trakehner gesagt haben.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, genau!)

– Genau, dieser Vergleich zwischen Menschen und Pferden.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Herr Abg. Dr. Rülke. – Frau Abg. Dr. Baum, Sie haben die Frage gestellt. Die Frage ist angekommen. Herr Abg. Dr. Rülke beantwortet sie.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Genau. Sie dürfen wieder Platz nehmen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie können keinen Dialog führen. Sie können sich jetzt wieder hinsetzen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf: Sehr gut!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ich zitiere es gern noch einmal. Ich glaube, Sie waren vorhin draußen, als ich es zitiert habe.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, genau!)

Sie sind ausweislich Ihrer eigenen Äußerung bewusst einer Facebook-Gruppe beigetreten, bei der ein Bild von Anne Frank gepostet wurde, unter dem stand: „Die Ofenfrische“.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Pfui!)

Unter Verweis auf die Meinungsfreiheit sind Sie dieser Gruppe beigetreten, Frau Baum.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Wenn Sie keine Rassistin und keine Antisemitin sind, gibt es keine Rassisten und Antisemiten in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Sie haben bei Ihren Ausführungen zum Thema Meinungsfreiheit wirklich ein wunderbares Bild abgegeben, Herr Gögel. Herr Yücel muss verurteilt werden. Dann haben Sie über Werner Höfer gesprochen, über ein Zitat von Herrn Murawski. Also, die Protokolle der Weisen von Zion, das ist Meinungsfreiheit, aber der „Internationale Frühschoppen“, der geht überhaupt nicht – das ist so ungefähr das, was Sie uns hier vortragen.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

– Sie haben doch erklärt, die Protokolle der Weisen von Zion seien Meinungssache. Wenn Herr Gedeon daran glaubt, darf er daran glauben. Sie sind ein großer Anhänger der Meinungsfreiheit.

Sie haben dann auch deutlich gesagt, wo die Meinungsfreiheit aufhört, nämlich bei Herrn Fiechtner.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist schon bemerkenswert, nicht? Sämtliche Äußerungen von Herrn Gedeon zum Holocaust sind in Ordnung, das ist Teil der Meinungsfreiheit, aber die von Herrn Fiechtner, das geht überhaupt nicht, weil er für die Gesundheitskarte für Flüchtlinge gewesen ist. Das ist Ihre Vorstellung von Meinungsfreiheit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann haben Sie Kurt Georg Kiesinger, Hans Filbinger, Hermann Saam erwähnt, um von dem abzulenken, was in der heutigen Zeit passiert. Ja, ja, Kiesinger und Filbinger waren Mitglieder der NSDAP. Aber was glauben Sie wohl, was die Höckes und Poggenburgs heute wären, wenn es diese Möglichkeit gäbe, meine Damen und Herren? Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf von der AfD)

Man muss auch über diese Leute reden, die in der heutigen Zeit Verantwortung tragen. Davon lenken Sie ab, davon wollen Sie von der AfD nichts hören. Darum geht es. Es geht um

die Zukunft in diesem Land, und zur Zukunft in diesem Land gehört, dass man sich zu einer wirksamen Abgrenzung von Rassismus und Antisemitismus von den Rassisten und Antisemiten in der eigenen Partei trennt. Das tun Sie nicht, und deshalb ist es auch gut und folgerichtig, dass Sie heute diesem Antrag nicht zustimmen. Dann weiß die Bevölkerung wenigstens, wo Sie stehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, die Debatte hat sich gelohnt.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Emil Sänze AfD: Das wird sich dann in zwei Jahren zeigen!)

Es ist noch einmal deutlich geworden, dass es Aufgabe der Politik hier und heute ist, Antisemitismus entschlossen zu bekämpfen und immer wieder darauf hinzuweisen, wo Antisemitismus stattfindet.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Sie schauen in die falsche Richtung!)

Denn wir haben festgestellt: Inzwischen gibt es neue Formen des Antisemitismus, und leider haben sie ins Parlament Einzug gehalten. Sie heißen Räppler und Gedeon.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Und Baum!)

Es wird unsere Aufgabe sein, hierauf in den nächsten Jahren immer wieder warnend hinzuweisen und solche Sachen nicht zu dulden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Die Debatte war notwendig, um darzulegen, dass für den überwiegenden Teil der Abgeordneten und der Fraktionen und damit für den größten Teil der Bevölkerung in Baden-Württemberg jüdisches Leben im Alltag, in unserer Kultur eine Bereicherung darstellt. Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, von Ihnen habe ich zu dieser kulturellen Frage, ob Sie das auch so sehen, dass jüdisches Leben unsere Kultur und unseren Alltag bereichert, nichts gehört. Für meine Fraktion kann ich das sagen – und ich denke, das gilt auch für die drei anderen Fraktionen –, dass wir jüdisches Leben als eine Bereicherung im Alltag empfinden.

Nun zur AfD. Sie haben ja am Thema vorbeigeredet. Das, was Sie vorgetragen haben, war verachtend, und Sie, Herr Gögel, haben kein klares Bekenntnis, keine klare Distanzierung gebracht. Schließen Sie jetzt den vom Gericht als Holocaustleugner festgestellten Abgeordneten Gedeon aus Ihrer Partei, aus Ihren Arbeitskreisen aus? Dulden Sie solche Aktivitäten? Da können Sie mir nicht sagen: „Das ist jetzt gegen die Würde des Fraktionsvorsitzenden.“ Hier ist eine klare Haltung gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

(Andreas Schwarz)

Der Kollege Rülke hat die Meinungsfreiheit gut herausgearbeitet. Denn die Meinungsfreiheit findet – schauen Sie einmal in unsere Verfassung – ihre Grenzen. Sie findet ihre Grenzen, wenn es um Hass, Hetze und Gewalt geht.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Wenn sie justiziabel wird!)

Diese Grenzen sollten Sie für sich in Anspruch nehmen und in Ihrer Fraktion umsetzen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Aber das entscheiden nicht wir, sondern die Gerichtsbarkeiten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern hat das Generalkonsulat des Staates Israel dem Präsidium des Landtags eine Einladung geschickt. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich. Ich finde, das ist ein guter Anlass, die Begegnung zwischen unserem Präsidium, Frau Präsidentin, und den Fraktionen sowie den Vertretern, den Abgeordneten in der Knesset zu vertiefen. Das sollten wir machen. Denn der Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen: Nur durch persönliche Begegnung, durch den Austausch kann man das gemeinsame Wertefundament weiter voranbringen. Wir begrüßen diese Einladung. Für meine Fraktion kann ich klar sagen: Wir nehmen sie gern an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute soll mit dem Beschluss ein klares Signal ausgesendet werden. Die AfD hat nachher in der Abstimmung die Möglichkeit, sich vom Antisemitismus zu distanzieren. Frau Präsidentin, wir werden eine namentliche Abstimmung beantragen. Dann können Sie, Herr Gögel, zeigen: Sind Sie ein starker Fraktionsvorsitzender oder nicht?

Im Präsidium haben Sie – Kollege Rülke hat es dargelegt – und Ihr parlamentarischer Geschäftsführer geradezu darum gebeten, der Initiative nicht nur beizutreten, sondern sogar Mitantragsteller zu werden. Wenn das, was Sie im Präsidium gesagt haben, gilt, dann erwarte ich, dass Ihre Abgeordneten in der Abstimmung dieser Initiative beitreten. Da können Sie zeigen, ob Sie ein starker Fraktionsvorsitzender sind oder nicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Max Mannheimer hat es einmal mit dem Satz zusammengefasst, er sei nicht verantwortlich für das, was geschah, aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon. In diesem Satz liegt im Grunde genommen das, worüber wir heute hier sprechen und debattieren. Deshalb bin ich auch sehr froh über diese Debatte und über diesen interfraktionellen, gemeinsamen Antrag.

Herr Kollege Gögel, Sie haben die Gründung der CDU so dargestellt, als wäre sie aus einem – Zitat – „aufgegrabenen Friedhof heraus“ entstanden. Das zeigt, dass Sie keinerlei Geschichtskennntnis – gerade im Zusammenhang mit dem Widerstand – haben. Diese Union ist nach zwei Weltkriegen mit über 50 Millionen Toten aus der Überzeugung „Nie wieder Krieg!“

überkonfessionell entstanden – aus dem Gedankengut des Widerstands. Jakob Kaiser, Andreas Hermes, aber auch Konrad Adenauer als Vorsitzender des Parlamentarischen Rates haben diese Grundrechte, die am 23. Mai 1949 im Grundgesetz, unserer Verfassung, verabschiedet worden sind, nämlich Meinungsfreiheit und auch Pressefreiheit, in diese Verfassung geschrieben, aus der Erkenntnis heraus, dass es nie wieder Krieg geben darf.

Wir haben das große Glück, in der längsten Friedenszeit der modernen Geschichte leben zu dürfen – dafür sind wir dankbar –, und deshalb ist es Geschichtsklitterung, was Sie hier betrieben haben.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Räßle, hören Sie –

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD – Glocke der Präsidentin)

Herr Abg. Räßle, Herr Abg. Dr. Reinhart hat hier das Wort. Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, melden Sie sich bitte. Ansonsten seien Sie bitte ruhig. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Stefan Räßle AfD meldet sich.)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Ja, bitte.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die Zwischenfrage ist zugelassen.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Herr Dr. Reinhart, Sie haben gerade gesagt, dass kein Krieg mehr von deutschem Boden oder von deutschen Streitkräften ausgehen sollte. Wie erklären Sie es sich, dass aktuell z. B. in Mali deutsche Truppen stationiert sind, dass sie in Afghanistan stationiert sind,

(Unruhe)

dass sie in Syrien stationiert sind und dass sie im Irak stationiert sind? Wie kann es sein, dass deutsche Truppen auf der Welt kämpfen und Sie sagen, nie wieder dürfe Krieg von Deutschland ausgehen? Die CDU hat dem ja zugestimmt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Eine Verunglimpfung der Bundeswehr! Unglaublich! – Unruhe – Abg. Stefan Räßle AfD bleibt an einem der Saalmikrofone stehen.)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment! Herr Abg. Räßle, Ihre Frage ist gestellt. Setzen Sie sich bitte. – Danke.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Herr Kollege Räßle, zunächst einmal sind wir dankbar für den Dienst aller Soldatinnen und Soldaten, den sie für unsere Bundesrepublik täglich erbringen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Sie vertreten genau die Werte, die wir in unserer Verfassung haben. Sie setzen sich ein für Frieden und Freiheit, nicht nur

(Dr. Wolfgang Reinhart)

in Deutschland, sondern auch dort, wo sie zu ihren Einsätzen beauftragt worden sind. Deshalb können wir nicht aus der Geschichte eines leidvollen Tuns der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts – – Damals hat übrigens Konrad Adenauer – auch zu Europa – gesagt:

*Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für ... alle.*

Dieses Europa, das auf diesem Boden von Kriegen entstanden ist, mit dem die deutsch-französische Freundschaft entstanden ist, ist die Grundlage, dass wir zu der Generation gehören – mein Urgroßvater war im Krieg, mein Großvater war im Krieg, mein Vater hat seine besten Jahre im Krieg verbracht –, die das nicht mehr erleben muss. Dafür sind wir dankbar – auch für unsere Bundeswehr, die deshalb eingerichtet wurde.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Ich empfehle Ihnen ein Buch, das ich vor wenigen Wochen mit meinem zwölfjährigen Sohn gelesen und besprochen habe. Es heißt: „Damals war es Friedrich“.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Gutes Buch!)

Der Autor ist Hans Peter Richter. Da geht es um zwei Jungen, die auch etwa zwölf Jahre alt sind. Der eine ist ein jüdischer Junge namens Friedrich, dessen Eltern nicht mehr leben. Er ist mit einem nicht jüdischen Jungen befreundet, der im selben Haus lebt. Dann kommt ein Angriff mit Bombenhagel, und viele gehen in den sicheren Schutzkeller. Der jüdische Friedrich klopft, und ein Soldat, der Nazi ist, lässt ihn nicht herein. Nach dem Bombenhagel kommt auch die Familie, bei der er war und die dort Unterschlupf gefunden hat, wieder heraus, und dann sitzt der jüdische Friedrich auf der Treppe. Sie gehen hin und sehen: Er ist tot.

Das ist eine sehr eindrucksvolle Geschichte, und ich will Ihnen nur sagen: Man sollte sich mit dieser Geschichte, mit sechs Millionen getöteten Juden, befassen, bevor man hier mit „Enthaltung“ stimmt. Ich kann nur dem Kollegen Schwarz recht geben. Ich war überzeugt davon, Herr Kollege Gögel und Herr Kollege Baron, dass Sie hier zustimmen wollen. Sogar die AfD-Fraktion im Bundestag war so klug und hat zugestimmt.

Wir beantragen eine namentliche Abstimmung, und ich finde, Sie sollten sich heute alle zu diesem Antrag bekennen, zumindest zeigen, wie Ihre Haltung dazu ist. Das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Ich bin auch dankbar, dass der Ministerpräsident hier klar gesagt hat: Es darf keinen Raum für Antisemitismus geben, dieser darf nicht auf fruchtbaren Boden fallen, wir dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen.

Wir waren vor über 20 Jahren mit dem Petitionsausschuss dieses Parlaments – Kollege Rebhan war damals der Vorsitzende – genau an der Gedenkstätte, die der Kollege Stoch angesprochen hat, in Yad Vashem. Ich glaube, das ist wichtig, denn

nur wer die Herkunft kennt, die Erinnerung kennt, die Geschichte kennt, kann auch Zukunft gestalten, denn all das gehört zusammen.

Wenn der Ministerpräsident hier sagt, man habe sich auf einen Beauftragten geeinigt, der im Staatsministerium angesiedelt sein solle – ich will bewusst sagen, dass die Regierung, Kollege Murawski, uns schon vorher darüber informiert hatte –, dann stehen wir dazu; wir finden das richtig und gut. Der Beauftragte beim Bund ist übrigens im Kanzleramt angesiedelt. Insoweit sind wir dankbar, wenn die Regierung diesen Vorschlag unterbreitet. Da wird es keinen Dissens geben. Das will ich hier ausdrücklich sagen, damit über diese Vorarbeit, für die wir, Herr Ministerpräsident, auch Ihrem Haus und der Regierung dankbar sind, nicht ein Missverständnis entsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist wichtig, dass wir heute diese Debatte geführt und auch eine namentliche Abstimmung beantragt haben. Es wurde vom Kollegen Rülke zu Recht angesprochen, welche antisemitischen Postings – auch durch Filterblasen – auch im Umfeld der AfD im Netz unterwegs sind. Auch das ist nicht akzeptabel. Auch hier in diesem Haus haben wir genug erlebt.

Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Ich glaube, das war heute eine wichtige Stunde für dieses Parlament. Es ist auch wichtig, dass wir manchmal über den Tellerrand hinaus die großen Linien betrachten,

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

denn das ist entscheidend. Vor diesem Hintergrund, glaube ich, sind wir alle gut beraten, uns die große Dimension dessen bewusst zu machen, welches Geschenk wir mit dieser Demokratie, mit dieser Verfassung, mit dieser Rechtsordnung auf diesem Boden haben.

(Abg. Emil Sänze AfD: Daran müssen Sie sich auch halten!)

Zur Identität unserer Staatsräson gehört: null Toleranz gegenüber Antisemitismus, kein Antisemitismus in diesem Land!

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Strobl das Wort.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren!

(Abg. Emil Sänze AfD: Das ist doch eine Inszenierung, das Ganze!)

Schalom, verehrte Gäste jüdischen Glaubens!

Für den Landtag von Baden-Württemberg ist heute ein wichtiger Tag. Mit der heutigen Debatte, verehrte Damen und Herren Abgeordnete der antragstellenden Fraktionen, setzen Sie gemeinsam, auch mit der Landesregierung, ein wichtiges und richtiges Zeichen im Kampf gegen den Antisemitismus, ein Zeichen, das uns fraktions- und parteiübergreifend verbindet.

(Minister Thomas Strobl)

Für dieses Zeichen der Gemeinsamkeit der Demokraten da, wo die Gemeinsamkeit der Demokraten auch wichtig und notwendig ist, bin ich sehr dankbar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Deswegen werden wir Ihren Antrag in jeder Hinsicht unterstützen und auch mit ganzer Kraft umsetzen.

In der heutigen Debatte habe ich viel Gutes, Wahres, Wahrhaftiges und Richtiges gehört. Ich will nur wenige Aspekte ansprechen, die mir auch ganz persönlich in dieser Frage sehr am Herzen liegen.

Meine erste Dienstreise als Innenminister dieses Landes habe ich im Herbst 2016 nach Israel gemacht –

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

nicht zufällig. Zwei Abgeordnete aus Ihren Reihen, Herr Abg. Stefan Teufel und Herr Abg. Sascha Binder, haben mich begleitet.

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ich weiß, dass viele aus Ihren Reihen schon in Israel waren und Yad Vashem als zentrale Gedenkstätte der Schoah besucht haben. Ein solcher Besuch ist nicht einfach. Wer dort im Raum des Denkmals für die Kinder, von 50 spiegelnden Kerzen beleuchtet, steht und die endlose Liste der ermordeten jüdischen Kinder hört, der fühlt die schwere Last der Verantwortung und der verlässt diese Gedenkstätte anders, als er sie betreten hat. Und wer mit Überlebenden der Schoah spricht, deren Familien und Freunde grausam ermordet worden sind, die so viel unendliches Leid ertragen mussten, die häufig selbst nur durch einen Zufall mit ihrem eigenen Leben davongekommen sind, der weiß, warum die Erinnerung an die Schoah, an die sechs Millionen ermordeten Juden Teil unserer Staatsräson und unseres Selbstverständnisses als Deutsche und als deutsche Demokraten ist und immer bleiben wird.

(Zuruf: Sehr gut!)

Es ist gerade für uns als Nachkriegsgeneration eine der obersten und vornehmsten Aufgaben, dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte in einer hellen Erinnerung zu bewahren. Gerade mit dieser greifbaren Erinnerung, wie sie uns Yad Vashem ermöglicht, sind gewisse Tendenzen in unserer Gesellschaft einfach unerträglich. Ja, sie fordern unsere Aufmerksamkeit, die Debatte, auch eine klare Kante.

Das Leugnen oder Relativieren der Verbrechen des Nationalsozialismus hat nichts mit einem angeblich unverkrampften Umgang mit unserer Geschichte zu tun, ganz im Gegenteil. Das Verbrennen der israelischen Flagge hat nichts mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu tun, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Klaus Dürr AfD)

Antijüdische Hasskommentare, offener Antisemitismus, Herr Fraktionsvorsitzender Gögel,

(Abg. Anton Baron AfD: Muss auch verfolgt werden!)

haben nichts mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung zu tun, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Anton Baron AfD: Das hat doch niemand gesagt!)

Die Herabsetzung des jüdischen Glaubens hat nichts mit Religionsfreiheit zu tun, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unser Grundgesetz, auf das wir zu Recht sehr stolz sind, das seine Qualität nicht zuletzt den leidvollen und schrecklichen Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Unrechtsregime verdankt, schützt nicht diejenigen, die unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger angreifen, bedrohen, beleidigen oder verächtlich machen.

Unser Grundgesetz gebietet uns allen vielmehr, uns schützend vor unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu stellen und mit aller Kraft jeder Form von Antisemitismus entgegenzutreten. Das ist der Kern unserer Verfassung und unseres Grundgesetzes.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie mit diesem fraktionsübergreifenden Antrag in der heutigen Debatte ein klares Zeichen setzen.

Ich bin auch unendlich dankbar dafür, dass wir nach wie vor jüdisches Leben in Deutschland und bei uns in Baden-Württemberg haben. Selbstverständlich ist das nicht. Deswegen haben wir die Verpflichtung, alles dafür zu tun, dass unsere jüdischen Mitbürger in Sicherheit und Freiheit leben können. Diese Debatte ist nicht der Ort für parteipolitische Scharmützel.

(Lachen und Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: Genau das haben Sie alle hier gemacht! Das ist eine Unverschämtheit, wirklich! Unglaublich!)

Aber einen Punkt kann ich Ihnen nicht ersparen. Im Januar dieses Jahres hat ein Mitglied dieses Landtags – ich sage bewusst: das war kein Kollege der Grünen, der CDU, der SPD, der FDP/DVP – einen Rechtsstreit gegen den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, verloren, in dem er sich gegen die Bezeichnung als Holocaustleugner wehren wollte. Wissen Sie, wie dieser Abgeordnete auf die Gerichtsentscheidung reagiert hat?

(Zuruf von der AfD: Das wissen wir! – Abg. Emil Sänze AfD: Haben Sie die Klagebegründung gehört?)

Es ist nachzulesen auf seiner Homepage. Ich erlaube mir, die von ihm gestellten Fragen zu zitieren:

*Wie weit beeinflusst der Zionismus unsere Justiz? Wie weit ist diese noch demokratisch frei und unabhängig?*

(Minister Thomas Strobl)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie weit beeinflusst der Zionismus unsere Justiz? Mit einer solchen Aussage macht sich dieser Abgeordnete auf perfide Weise antijüdische Hetze und Propaganda zu eigen. Das ist nichts anderes als blanker, offener Antisemitismus in seiner erschütterndsten Ausprägung.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Dass Sie nicht die Kraft haben, sich davon zu distanzieren, dass Sie einen solchen Abgeordneten in Ihren Reihen dulden,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Er ist nicht Teil der Fraktion!)

ihm immer wieder applaudieren,

(Zuruf von der AfD: Wir applaudieren zeitweise auch der CDU!)

macht deutlich: Von einer Fraktion haben wir heute vor allem Lippenbekenntnisse gehört.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, es ist richtig und wichtig, den zweifellos vorhandenen Antisemitismus unter Migranten ins Auge zu fassen. Da haben Sie mich auf Ihrer Seite.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Es ist schön, dass Sie das anerkennen!)

Natürlich bereitet mir der Antisemitismus, den es unter muslimischen Flüchtlingen gibt, große Sorgen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Berechtigt!)

Was aber überhaupt nicht geht, ist, zu versuchen, die Diskussion auf diesen Kreis zu verengen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Das ist nichts anderes als die ideologisch motivierte Verschiebung der Gewichte mit dem Ziel, das immer noch größte Problem des rechtsextremen Antisemitismus zu verharmlosen und zu relativieren, und das geht gar nicht.

Gleichzeitig vernachlässigt im Übrigen diese Diskussion den auch im Linksextremen und leider auch in der Mitte unserer Gesellschaft vorhandenen Antisemitismus. Auf die Spitze treibt die Verharmlosung, wer im Zusammenhang mit Antisemitismus vom „importierten Antisemitismus“ spricht, so wie Sie, Herr Fraktionsvorsitzender, es heute auch getan haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie würden Sie es nennen? – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Damit suggerieren Sie, dass ein Problem von außen zu uns kommt, das es vorher in Deutschland gar nicht gegeben hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Nein, nein, nein! – Abg. Stefan Räßle AfD: Das behauptet niemand! – Abg. Carola Wolle AfD: Das ist Ihre Interpretation!)

Dass dies nicht zutreffend ist, das zeigt der Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik, das zeigt im Übrigen der Blick in unsere Geschichte, und das zeigt ein jedes Gespräch mit einer Mitbürgerin oder einem Mitbürger jüdischen Glaubens.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir haben einige in der Partei!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Antisemitismus kann nicht durch einen Parlamentsbeschluss beendet werden. Politik, wir alle gemeinsam, die wir in den Parlamenten und Regierungen in der Verantwortung stehen, sind aber gefordert und verpflichtet, alles, alles, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um Antisemitismus entgegenzuwirken, ja, ihn auch aktiv zu bekämpfen.

Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller gesellschaftlicher Kräfte meistern werden. Herzlichen Dank dafür, dass vier Fraktionen in diesem Landtag ihren Beitrag zu dieser Kraftentwicklung leisten. Es ist bezeichnend, dass sich eine Fraktion daran nicht beteiligt.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir wurden ja nicht gefragt, nicht einbezogen! Das wissen Sie doch, Herr Strobl! Also tun Sie nicht so! Ganz ehrlich!)

Regierungsseitig werden wir diesen Antrag mit Engagement umsetzen. Wir werden alles dafür tun, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens wie alle anderen Menschen auch in diesem Land Baden-Württemberg, ja, in ganz Deutschland glücklich und vor allem friedlich leben können. In diesem Sinn rufe ich Ihnen zu: Schalom! Das ist die hebräische Schreibweise für das deutsche Wort Frieden.

Danke.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ich bin enttäuscht – enttäuscht darüber, dass dieser Antrag erst jetzt kommt, enttäuscht auch darüber, dass ich nicht mit auf dem Antrag stehe. Vielleicht ist es aber auch gut, dass ich nicht auf dem Antrag stehe. Denn vielleicht nehme ich das Thema Antisemitismus zu genau.

Herr Stoch, Sie warten seit dem 8. Februar 2017 immer noch auf eine Entschuldigung. Ich muss Sie aber enttäuschen. Den Antisemitismusvorwurf gegen Martin Schulz nehme ich nicht zurück. Wer judeophobe Aussagen beklatscht und inspirierend findet und vor der Knesset Ursache und Wirkung verwechselt, der ist für mich ein Antisemit.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Fragen Sie einmal an der TU Berlin nach, bei renommierten Antisemitismusforschern wie Herrn Professor Wolfgang Benz, den ich dort traf, und Frau Professorin Monika Schwarz-Friesel. Letztere kritisiert auch das Ignorieren und Bagatellisieren von linkem Antisemitismus als sogenannte Kritik an Israel.

(Dr. Heinrich Fiechter)

Auch die Grünen, die in der Vergangenheit israelische Produkte kennzeichnen wollten, haben sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Antisemitismus ist wieder salonfähig. Das zeigt auch das Zögern der Öffentlich-Rechtlichen beim Ausstrahlen der Antisemitismus-Dokumentation.

Wir müssen Antisemitismus geschlossen entgegentreten – auf allen Ebenen. Straftaten und Delikte dürfen nicht automatisch der rechten Szene zugeordnet werden. Expertenkreise sprechen von einem möglicherweise rechtsverzerrten Bild. Das bestätigen auch betroffene Juden.

Bereits in der Vergangenheit machte ich Sie auf brennende Israelfahnen am Stuttgarter Israeltag aufmerksam. Herr Drexler, Ihre Reaktion war: „Was sagt das jetzt?“ Ganz einfach, dass neben dem bereits vorhandenen der importierte Antisemitismus eine der größten Herausforderungen ist. Denn diese Menschen werden oft von klein auf indoktriniert. Dies zu durchbrechen wird einige Zeit benötigen.

(Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

Auch ist es enttäuschend, dass unser Landtag zum Jom haAtzma'ut keine Delegation nach Israel sendet. Darum versuche ich gerade, auf eigene Faust eine auf die Beine zu stellen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Abschließend möchte ich mich noch bei Frau Wölfler entschuldigen, der ich am 13. Juli 2016 Antisemitismus vorwarf. Ich hatte es zwar damals auf Facebook richtiggestellt, möchte aber hier noch einmal die Möglichkeit nutzen. Entschuldigung, Frau Wölfler.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bevor wir in die namentliche Abstimmung gehen, habe ich noch drei Wortmeldungen. – Herr Abg. Dr. Gedeon, wollen Sie noch reden?

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Ja!)

Dann erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Lauter!)

Sie fühlen sich auf hohem moralischem Ross. Sie strotzen vor Gutheit, Sie platzen förmlich vor Gutheit. Aber Sie sind nicht gut, Sie sind nur heuchlerisch. Scheinheilig ist das, was Sie hier gesagt haben.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Sie erinnern mich an die Pharisäer. Sehen Sie mal in den Evangelien nach. Das ist genau die Attitüde der Pharisäer: „Ach, wie gut sind wir!“

(Zuruf von den Grünen)

Meine Damen und Herren, es geht in der Diskussion nicht um Antisemitismus. Das ist eine Schablone, die vorgeschoben ist. Es geht um Zionismus, um Zionismus in Deutschland.

Die Frage, auf die ich in meiner persönlichen Erklärung noch eingehen werde, ist, wie weit der Zionismus hier eine Rolle spielt, auch in der Justiz. Jetzt ist erst mal festzustellen: Dieser Antrag, der hier vorliegt, ist durch und durch zionistisch geprägt, und wenn wir ihn verabschieden, ist das ein Kotau vor dem Zionismus.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, seit 70 Jahren betreiben wir die exzessivste Vergangenheitsbewältigung,

(Abg. Sandra Boser GRÜNE zur AfD: Mitglied Ihrer Partei! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der ist AfD-Mitglied nach wie vor!)

die je in der Geschichte der Menschheit betrieben worden ist.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Halten Sie mal die Luft an! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich! – Zurufe von der CDU)

Es ist an der Zeit, hier eine Pause, eine Erinnerungspause zu machen, einen Schlussstrich zu ziehen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Einen „Schlussstrich“!)

den 60 bis 70 % der Bevölkerung befürworten. Die offizielle Politik aber will das Gegenteil – und ihre zionistischen Verbündeten natürlich auch. Man bauscht das Thema Antisemitismus, das in der deutschen Gesellschaft ein Randphänomen ist,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

zum Megathema auf. Man weitet den Antisemitismusbegriff immer weiter aus. Inzwischen sind Sie Antisemit – „sekundärer Antisemit“ nennt man das –, wenn Sie z. B. die Verbrechen von Dresden oder die Verbrechen von Hiroshima kritisieren und angehen

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: So ein Unfug! Das ist doch Blödsinn, was Sie da erzählen!)

oder wenn Sie z. B. die Massaker, die Israel im Gazastreifen an der Zivilbevölkerung 2008/2009 – –

(Zurufe, u. a.: So ein Unsinn!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Gedeon, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aber ganz schnell!)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Meine Damen und Herren, das hat mit Antisemitismus nichts zu tun. Das ist ein Angriff auf Meinungsfreiheit und Demokratie. Wir haben nicht das Problem des Antisemitismus hier, sondern wir haben das Problem der Deutschenfeindlichkeit, nicht der Judenfeindlichkeit.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Die Deutschenfeindlichkeit ist in Deutschland tausendmal schlimmer als die Judenfeindlichkeit.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Gedeon, Ihre Redezeit ist beendet.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Schauen Sie bitte in die Schulen, schauen Sie in die türkische Community.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Unfassbar! – Zurufe: Aufhören!)

Wir brauchen einen Beauftragten gegen Deutschenfeindlichkeit, aber nicht gegen Antisemitismus.

Danke schön.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Eine Schande! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Eine der schlimmsten Hetzreden, die dieses Parlament jemals erdulden musste! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, jetzt habe ich noch drei Wortmeldungen von Abgeordneten, die eine persönliche Erklärung abgeben möchten.

Wir beginnen mit Frau Abg. Dr. Baum.

Frau Abg. Dr. Baum, Sie haben zwei Minuten Zeit. Und bitte sprechen Sie zur Sache.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Danke schön. – Lieber Herr Rülke! Ich schätze immer Ihre witzigen Einlagen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war heute nicht witzig!)

Ich amüsiere mich oft sehr, sehr köstlich.

Aber in dieser von Ihnen erwähnten Facebook-Gruppe befanden sich damals 30 000 Personen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deswegen führen wir heute die Debatte!)

Ich wiederhole: 30 000.

(Zurufe)

Davon hat eine Person – –

(Anhaltende Zurufe)

Würden Sie bitte mal für Ruhe sorgen!

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Moment!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist aber keine persönliche Erklärung! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wollten eine persönliche Erklärung abgeben!)

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Ja, das ist eine persönliche Erklärung.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein, eben nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dann fangen Sie an!)

Das ist eine persönliche Erklärung.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dann fangen Sie an! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Dr. Baum, warten Sie bitte! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf um etwas Ruhe bitten. Jetzt ist Frau Abg. Dr. Baum dran.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aber wir erwarten dann schon eine Entschuldigung!)

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Danke schön. – Davon hat eine Person diesen verachtenswerten Post gesendet.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Es waren mehrere Postings!)

Sie als Vertreter einer einst – einst! – freiheitlichen Partei wollen also 29 999 Personen und damit auch mich tatsächlich in Sippenhaft nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Ja!)

So ein Verhalten kenne ich nur aus der schlimmsten Zeit unserer Geschichte, und Sie machen sich mit diesen Methoden gemein. Schämen Sie sich!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das reicht! Das ist keine persönliche Erklärung! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Sandra Boser GRÜNE – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Alle anderen – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment! Frau Abg. Dr. Baum, es soll eine persönliche Erklärung sein. Bei einer persönlichen Erklärung geht es darum, wenn Sie sich persönlich angegriffen fühlen, dies zurückzuweisen.

(Zuruf: Genau!)

Jetzt nehmen Sie dazu Stellung.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Genau. Ich habe das genau begründet,

(Zurufe: Nein!)

warum dies völlig fehl am Platz war: weil ich mich nicht verantworte für die Meinungen anderer Personen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie sollten sich alle schämen, weil Sie diese Debatte zu einem so ernsten Thema missbrauchen, um die AfD zu diskreditieren.

(Zurufe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Dr. Baum!

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt habe ich eine persönliche Erklärung von Herrn Abg. Dr. Gedeon vorgemerkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beachten Sie bitte, dass es bei der persönlichen Erklärung tatsächlich auch um die Zurückweisung eines Angriffs geht, den Sie für falsch halten, aber nicht um sonstige Begründungen oder Erklärungen.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, es waren so viele Angriffe gegen meine Person heute, ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie haben zwei Minuten Zeit.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): ... dass ich – Ich weiß nicht, ist die Zeit auch bei Erklärungen begrenzt?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie haben zwei Minuten Zeit. Fangen Sie an.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Der Vorwurf der Protokolle – weil ich das hier vertrete, dass diese wahrscheinlich keine Fälschung sind –: Es gibt inzwischen Forschungen von Michael Hagemeister von der Universität Bochum – in jüdischem Auftrag durchgeführt –, der die Argumentation, die bislang galt – vor allem von Herrn Benz –, völlig widerlegt. Das müssen Sie bitte einmal zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist wieder keine Zurückweisung! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es geht um eine persönliche Erklärung! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine persönliche Erklärung!)

– Man hat mir das persönlich angelastet, dass ich das vertrete.

Zweitens: Das Berliner Gericht, das angeblich festgestellt hat, ich wäre Antisemit: Das ist falsch, meine Damen und Herren. Es ist so,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

dass man festgestellt hat, dass Herr Schuster die Meinungsfreiheit hat, mich Antisemit zu nennen. Das Urteil ist aber in erster Instanz ergangen und ist nicht rechtsgründig. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Es hat festgestellt, dass er das vertreten darf. Ich habe auf meiner Webseite darauf hingewiesen, was Herr Strobl zitiert hat. Es ist eine völlige Inkonsistenz, wenn es im Strafrecht heißt, der Holocaust –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine persönliche Erklärung! – Zuruf des Ministers Thomas Strobl – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Gedeon, es geht –

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Es ist eine persönliche – Es ist ein Urteil gegen mich, bitte.

(Zuruf von der CDU: Sie sollen das zurückweisen, nicht herumdiskutieren!)

Wenn das nicht persönlich ist, dann will ich wissen, was persönlich ist.

Das ist ein Urteil, das also im Zivilrecht andere Maßstäbe als im Strafrecht gelten lässt.

Im Strafrecht ist der Holocaust ein Tatsachenphänomen, und im Zivilrecht, wenn Herr Schuster das sagt, ist es plötzlich eine Meinungsäußerung. Ich habe dann gesagt: Meinetwegen, dann muss man aber auch das Strafrecht entsprechend handhaben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine persönliche Erklärung! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das steht auf meiner Webseite. Wenn sozusagen das Zivilrecht ganz anders praktiziert wird als das Strafrecht, dann muss ich die Frage stellen: Ist das durch zionistischen Einfluss oder wodurch auch immer?

(Unruhe)

Nochmals, meine Damen und Herren: Ich müsste hier eigentlich die Möglichkeit haben, eine Stunde zu reden. Aber ich will es auf den Punkt bringen:

(Zuruf von den Grünen: Schluss jetzt!)

Ich sage immer, ich bin kein Antisemit.

(Oh-Rufe)

Wenn Sie mich zum Antisemiten machen, dann fördern Sie den tatsächlichen Antisemitismus und sagen –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ihre Redezeit ist jetzt beendet, Herr Abg. Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Wenn Sie mich zum Antisemiten machen, meine Damen und Herren, dann sind 80 % der Bevölkerung in unserem Land antisemitisch. Wenn Sie das wollen, tun Sie das.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch! Das ist unglaublich! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt habe ich noch die Meldung von Herrn Abg. Räßle für die Abgabe einer persönlichen Erklärung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Rufen Sie eigentlich noch die ganze Fraktion auf?)

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Ich wurde jetzt gerade auch noch als Antisemit beschimpft. Das weise ich deutlich von mir. Man muss hier jetzt auch klar und deutlich sagen: Hier gibt es verschiedene Begriffsdefinitionen. Wir haben – Herr Schwarz hat es auch gesagt – primären Antisemitismus, sekundären Antisemitismus, tertiären Antisemitismus.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Welcher sind Sie jetzt? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nehmen Sie mal eine Selbsteinschätzung vor! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine persönliche Erklärung! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Im allgemeinen Sprachgebrauch ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Herr Abg. Räßle!

**Abg. Stefan Räßle** AfD: ... versteht man unter Antisemit einen Judenfeind, einen Judenhasser. Das weise ich strengstens von mir.

Strukturell sekundärer Antisemit ist man,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und welcher sind Sie? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo gehören Sie jetzt dazu?)

(Stefan Räßple)

wenn ein Mensch jüdischen Glaubens eine Bank überfällt und man diesen Menschen daran hindert, diese Bank zu überfallen.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Weil ich einen sekundären Antisemiten ...

(Abg. Reinhold Gall SPD: Geht's noch? – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Herr Abg. Räßple.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

**Abg. Stefan Räßple** AfD: ... verteidige, bin ich ...

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Räßple!

**Abg. Stefan Räßple** AfD: ... also auch ein Antisemit?

(Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Räßple!

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Dann bin ich aus Ihrer Sicht ein tertiärer Antisemit. Das ist doch Schwachsinn! Was machen wir denn hier? Das hat doch keinen Sinn, was wir hier machen. Wir beschimpfen uns hier gegenseitig, ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nein. Moment.

(Glocke der Präsidentin)

**Abg. Stefan Räßple** AfD: ... und die wahren Probleme des Landes Baden-Württemberg bleiben auf der Strecke.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine persönliche Erklärung! Mikrofon abschalten!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Räßple, stopp! – Schalten Sie bitte das Mikro aus.

(Das Mikrofon des Redners wird abgeschaltet. – Abg. Stefan Räßple AfD: Ich kann nur appellieren: Kümmern wir uns jetzt endlich um die realen Probleme hier in unserem Land! – Gegenrufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine persönliche Erklärung! – Lebhaftige Unruhe)

– Herr Räßple!

(Abg. Stefan Räßple AfD: Kümmern wir uns um unser desolates Bildungssystem, die eklatante Wissenschaftspolitik! – Glocke der Präsidentin)

– Herr Räßple!

(Abg. Stefan Räßple AfD: Kümmern wir uns um die Armut der Menschen hier in unserem Land! – Glocke der Präsidentin – Abg. Stefan Räßple AfD: Das sind die wahren Probleme, und kein primärer, sekundärer oder tertiärer Antisemitismus! – Gegenruf: Halt die Klappe da vorn, Mensch! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das ist Missachtung der Präsidentin! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herausführen lassen! Auch ein Mitglied der AfD-Fraktion! Wunderbar! – Unruhe)

Herr Abg. Räßple, hören Sie jetzt bitte einmal kurz zu. Trotz Abschaltung des Mikros war es hier nicht möglich, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie zur Sache reden sollen, in einer persönlichen Erklärung nämlich zur Zurückweisung eines Angriffs. Trotz Abschaltung des Mikros war dies nicht möglich. Es gibt schon bestimmte Regeln, an die man sich halten muss. Wenn ich mit der Glocke dreimal oder zehnmal läute, dann hat das im Parlament normalerweise schon eine Wirkung. Wenn Sie das nicht hören, dann sollten Sie – entschuldigen Sie bitte – vielleicht zu einem Arzt gehen, zum HNO.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Vereinzelt Lachen bei der AfD, u. a. des Abg. Stefan Räßple – Abg. Sabine Wölfl SPD: Ausschließen! – Zuruf von der SPD: Wann, wenn nicht jetzt? Unmöglich! – Unruhe)

– Jetzt ist es gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren jetzt fort. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/3622. Es ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Laut § 99 der Geschäftsordnung ist dazu die Unterstützung von fünf Abgeordneten erforderlich. Die ist sicher gegeben, wenn vier Fraktionen dies beantragen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Antrag ablehnt, der antworte mit Nein. Wer sich der Stimme enthält, antworte mit „Enthaltung“.

Nun bitte ich Frau Schriftführerin Hartmann-Müller, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E.

Ich bitte während der Abstimmung um Ruhe. – Vielen Dank.

(Namensaufruf)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen, und wir fahren so lange in der Tagesordnung fort.

(Auszählen der Stimmen)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Rote Karte für Grün-Schwarz beim Thema Fahrverbote – nächster Akt im Trauerspiel „Koalition der Konflikte“ – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die FDP/DVP-Fraktion erhält Kollege Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer sehr langen Diskussion zu einem sehr wichtigen Thema wollen wir mit der ersten Aktuellen Debatte des heutigen Plenartags ein weiteres wichtiges Thema ansprechen.

Die Reaktionen der Landesregierung auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in der letzten Woche waren sehr inhomogen, sehr unterschiedlich – ein Schlingerkurs, der zu einer weiteren erheblichen Verunsicherung der Autofahrerinnen und Autofahrer beigetragen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Am Dienstag hat Ministerpräsident Kretschmann gegenüber dem SWR noch erläutert: Wenn ein Euro-5-Diesel eine Softwarenachrüstung erfährt, kann man schon damit rechnen, dass es Ausnahmen gibt, wenn ein Fahrverbot kommt. Das Ganze hat er Ende der Woche wieder eingesammelt und gesagt: Wir brauchen die blaue Plakette.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion hat am 27. Februar der dpa gemeldet: „Wir stehen für eine Innovations- und keine Verbotskultur, um die Luftqualität deutlich zu verbessern.“ Einen Tag später sagte Herr Dr. Reinhart – Zitat –:

*Die blaue Plakette schafft Planungssicherheit, Kontrollierbarkeit, Übersichtlichkeit.*

Ich darf noch mal an das CDU-Wahlprogramm zur Landtagswahl erinnern, in dem auf Seite 75 steht:

*Wir werden ... die Umweltzonen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen, generelle Fahrverbote weiterhin ablehnen, denn sie sind unsozial und treffen all jene, die täglich auf dem Weg zur Arbeit auf das Automobil angewiesen sind.*

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die blaue Plakette heißt, dass wir sämtliche Dieselfahrzeuge inklusive Euro-5-Fahrzeuge komplett aus den Umweltzonen herausnehmen – flächendeckend. Das sind bundesweit über zwölf Millionen Fahrzeuge, deren Wert Sie dann mit der blauen Plakette deutlich vermindern. Mit der Entscheidung von CDU und Grünen, hier jetzt die blaue Plakette einzuführen, kann man konstatieren: Die Landesregierung lässt die Fahrer von Euro-5-Dieseln im Regen stehen, sie lässt sie fallen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist ein grün-schwarzer Beitrag zur Politikverdrossenheit, die wir in Baden-Württemberg auch zunehmend spüren.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie wollen Sie denn das geltende Recht umsetzen?)

Wir müssen schon feststellen, dass sich andere Städte, die sich auch mit dieser Frage beschäftigen, wesentlich detaillierter damit auseinandersetzen. Ich will als Beispiel einmal Hamburg nennen. Dort sagt man jetzt nicht: „Wir gehen in die gesamte Umweltzone“, wie wir es dann in der gesamten Region Stuttgart sehen. Vielmehr sagt man: „Wir gehen gezielt vor und überlegen ganz konkret, das Gebot der Verhältnismäßigkeit anzuwenden.“

Deswegen machen Sie es sich zu einfach, wenn Sie pauschal die blaue Plakette fordern und gleichzeitig Nachrüstungen wollen. Aber mit der blauen Plakette belassen Sie eben die Fahrer von Euro-5-Dieseln – auch mit einer Nachrüstung – vor den Toren Stuttgarts. So können Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, keine Verkehrspolitik in Baden-Württemberg machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Ich darf aus der E-Mail eines Bürgers von 2017 zitieren:

*Ich wende mich hiermit direkt an Sie, um meinem Ärger Ausdruck zu verleihen und Sie aufzufordern, eine Totalenteignung meines zwei Jahre alten, neu gekauften Wagens zu verhindern. Im Vertrauen auf den umwelttechnischen Sachverstand sowie das integrale und verantwortungsbewusste Verhalten von Politik und Autoindustrie haben wir uns vor zwei Jahren einen nagelneuen VW-Bus gekauft.*

Mit der Entscheidung, flächendeckend eine blaue Plakette einzuführen, sorgt Grün-Schwarz nicht nur dafür, dass die Verunsicherung in der Bevölkerung zunimmt, sondern generiert auch einen Wertverlust in Milliardenhöhe und gibt viele Fahrzeuge im Grunde der Verschrottung preis.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Um es, lieber Herr Kollege Katzenstein, ganz konkret zu machen: Es gibt zum Stand 31. Januar 2018 in Stuttgart – nur in der Stadt – über 12 000 Fahrzeuge mit Euro-4-Norm. Wenn Sie dann ab Oktober, wie angekündigt, die Sperrung vollziehen, können zumindest diese 12 200 Fahrzeuge verschrottet werden, denn die können generell nirgends mehr fahren. Sie müssen es dann schon verantworten, dass Sie dies mit der Verhältnismäßigkeit, die das Gericht vorgegeben hat, in Einklang bringen. Wir sagen: Es muss intelligentere Lösungen geben als diesen massiven Wertverlust und die Verunsicherung der Bevölkerung in Baden-Württemberg.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Welche? Mit welcher Wirkung?)

Wir haben deswegen auch sehr deutlich gesagt und fühlen uns darin bestätigt, dass es ein Fehler war, in die Sprungrevision zu gehen und nicht die Berufung zu nutzen, um auch inhaltliche Argumente austauschen zu können. Es war ja nicht Bestandteil des Gerichtsverfahrens, auch die Verhältnismäßigkeit zwischen Gesundheitsschutz und Verboten in den Blick zu nehmen. Und zur Verhältnismäßigkeit gehört eben auch die Bewertung, dass wir bereits in den letzten Jahren hervorragende Fortschritte erzielt haben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Katzenstein?

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Nein, sonst komme ich mit der Zeit nicht hin.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nein. Gut. – Fahren Sie bitte fort.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Er wird sich ja nachher äußern. Dann kann ich in der zweiten Runde darauf eingehen.

(Zurufe der Abg. Hermann Katzenstein und Daniel Renkonen GRÜNE)

Wir haben seit 1990 im Bereich der Stickoxide trotz deutlich mehr Verkehr eine Verbesserung um über 70 % erreicht. Der Diesel hat einen Anteil von 60 % im Straßenverkehr. Rechnet man dann die Gesamtmenge der Stickoxide ein, ergibt sich ein Anteil von 43,5 %.

Die Grenzwertdiskussion war kein Bestandteil des Gerichtsverfahrens. Aber es ist schon so, dass Wissenschaftler inzwischen auch erhebliche Zweifel an den Grenzwerten haben. Diese Diskussion muss auch geführt werden, auch wenn sie bei der Gerichtsentscheidung nicht maßgeblich war.

Trotz E-Mobilität und vieler anderer Technologien brauchen wir den modernen Diesel. Denn wir wissen: Der Diesel trägt zum Klimaschutz und zur Einsparung von CO<sub>2</sub> bei – ein grünes Dilemma, indem Sie die Stickoxide eben höher bewerten als CO<sub>2</sub>.

Ich finde es schon bemerkenswert, wenn dann grüne Bundestagsabgeordnete wie Herr Krischer in einer unverschämten Art und Weise auch baden-württembergische Wissenschaftler diffamieren, die dazu beitragen, eine sachliche Diskussion einzuführen. Das weise ich hier in aller Form zurück. So können wir nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir brauchen einen attraktiven ÖPNV, und wir brauchen auch Mobilitätsalternativen. Da sind wir einer Meinung.

Jetzt brauchen wir eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen zur Luftreinhaltung. Dazu gehört auch, dass wir die Automobilindustrie in die Pflicht nehmen. Auch das steht außer Frage. Zur Verlässlichkeit der Politik gehören die Vermeidung einer Enteignung der Autofahrer sowie intelligentere Lösungen als flächendeckende Verbote, wie sie durch die blaue Plakette erreicht werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Renkonen das Wort.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Guter Mann!)

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Haußmann, ich hatte eigentlich gedacht, dass Sie zumindest die Mooswand als Maßnahme vorschlagen. Aber wir haben nicht gehört, wie die Fraktion der FDP/DVP das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in der Praxis umsetzen will.

In dem Urteil geht es doch um eines: Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in den Städten muss verbessert werden.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist der politische Auftrag, den wir, die Parteien, vom Gericht unmissverständlich bekommen haben. Das Gericht hat – das war erstaunlich – auch gesagt, dass die Lebensqualität der Menschen, der Anwohner, vor den wirtschaftlichen Interessen steht. Und das aus gutem Grund; denn wenn man sich einmal in eine Wohnung am Stuttgarter Neckartor begibt, bekommt man einen Eindruck von der dortigen Situation. Die Menschen dort sind tagtäglich einer Abgas- und einer Lärmfahne von 70 000 Fahrzeugen ausgesetzt. Wenn ein Lastwagen vorbeifährt, klirren die Kaffeetassen. Das hat nichts mehr mit Lebensqualität zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Herre AfD:  
Das hat aber nichts mit den Werten zu tun!)

Deshalb brauchen wir Lösungen, die sich nicht nur um das Thema Fahrbeschränkungen drehen. Das ist ein absolutes Worst-Case-Szenario. Wir haben immer gesagt: Fahrbeschränkungen gibt es erst dann, wenn alle anderen Maßnahmen nicht greifen. Herr Haußmann, es ist aber nun einmal wissenschaftlich erwiesen, dass die blaue Plakette die wirksamste Maßnahme ist, um die Werte teilweise zu halbieren. Man muss mir einmal erklären, wie wir von den 72 Mikrogramm Stickoxiden am Stuttgarter Neckartor auf 40 Mikrogramm heruntersinken wollen. Wie soll das ohne Maßnahmen wie die blaue Plakette in eineinhalb Jahren gehen? Deshalb werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass die blaue Plakette eingeführt wird.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Thomas Dörf-  
linger CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:  
Sehr gut!)

Es ist völlig unverständlich, dass auch der neue CSU-Verkehrsminister – kaum im Amt – selbst einer Expertise des Umweltbundesamts widerspricht und sich beharrlich weigert, die blaue Plakette in Deutschland einzuführen. Das ist aus unserer Sicht ein politischer Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn Sie, Herr Haußmann, von Trauerspiel reden, muss man natürlich einen anderen Punkt ansprechen, der wirklich ein Trauerspiel ist, nämlich das Verhalten der Automobilindustrie in unserem Land. Das muss ich hier so offen sagen, auch wenn Baden-Württemberg natürlich teilweise von der Automobilindustrie, was die Arbeitsplätze angeht, sehr stark abhängig ist. Aber dass man für seine Produkte, die man dem Bürger als „green“ und „blue“ verkauft hat, jetzt nicht die Verantwortung übernehmen will, das geht politisch gar nicht.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Thomas Dörf-  
linger und Karl Rombach CDU)

Es gibt – das sind neue Zahlen von der Kfz-Innung – 260 000 bis 300 000 betroffene Pkw-Halter im Land, deren Dieselfahrzeuge nur die Euronorm 5 oder abwärts erfüllen, die von den jetzt ins Auge gefassten Maßnahmen natürlich betroffen wären. Es ist eine Selbstverständlichkeit und wird von uns auch politisch gefordert, dass die Automobilindustrie sich nicht länger um eine technische Nachrüstung drückt und nicht mehr mit dem Märchen in Bezug auf das Softwareupdate kommt. Die Industrie muss die Verantwortung übernehmen und diese Fahrzeuge technisch nachrüsten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Daniel Renkonen)

Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erwarten auch von der neuen Bundesregierung, dass sie hier entsprechend Druck macht.

Aber es geht ja nicht nur um das Thema „Technische Nachrüstungen“, sondern es geht auch um das Thema „Strukturwandel in der Automobilindustrie“. Wenn ich mit Busunternehmen rede, sagen die zu mir: „Wir würden ja gern Elektrobusse kaufen, damit die Luft sauberer wird, aber es gibt momentan keinen Hersteller in Deutschland, der Elektrobusse verkauft.“ Erst jetzt am Ende des Jahres EvoBus. Es gibt bislang nur einen polnischen Hersteller, der Elektrobusse verkauft, nämlich die Firma Solaris, und das bereits tausendfach europaweit. Das heißt – das muss ich wirklich sagen –, es ist doch in den Konzernzentralen etwas schiefgelaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir brauchen also dringend den Strukturwandel hin zur Elektromobilität. Diese Landesregierung wird alles daransetzen, dass sich die Elektromobilität etabliert. Wir haben die dritte Landesinitiative Elektromobilität gestartet mit einem Förderprogramm für 2 000 neue Ladesäulen als Beitrag, um die Luftbelastung zu senken, auch im ländlichen Raum. Ich finde, diese Zahl kann sich bereits sehen lassen.

(Beifall des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Dann haben wir das Thema Carsharing. Über alternative Mobilitätsformen wird gar nicht geredet, sondern es wird immer nur über technische Nachrüstung und über Fahrverbote geredet. Aber dass es auch Möglichkeiten gibt, mithilfe von Carsharing Fahrten in die Städte zu vermeiden,

(Abg. Emil Sänze AfD: Wer finanziert das?)

das ist bei vielen noch gar nicht angekommen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Kein einziges Carsharing-Auto! – Abg. Martin Rivoir SPD: Die fahren doch!)

Deshalb wollen wir Grünen das Carsharing ausbauen. – Herr Kollege Rivoir, hören Sie zu! – Ein Carsharing-Auto ersetzt 15 Privatautos.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Aber nur, wenn sie stehen, nicht, wenn sie fahren!)

Das ist ein Beitrag zur Luftreinhaltung, und der wird von der Landesregierung gefördert. Beim Kauf eines neuen vollelektrischen Carsharing-Fahrzeugs gibt es vom Land Baden-Württemberg einen Festbetrag von 6 000 €. Wenn das kein Wort ist! Das ist eine Maßnahme von uns, auf alternative Mobilitätsformen umzusteigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Thomas Dörflinger CDU)

Dann zum Thema Binnenverkehr. Beim Güterverkehr in den Stadtzentren kann man beispielsweise die eine oder andere Fahrt ersetzen. Ich denke da jetzt an die Kurierdienste oder an die Post. Die Post ist da schon sehr fortschrittlich gewesen. Aber wir haben das sogenannte E-Lastenfahrrad, das wir jetzt mit 4 000 € fördern. Wir erleben gerade einen unheimlichen Boom an Anträgen zu diesem Förderprogramm. Das heißt, die Bevölkerung ist auch bereit, über alternative Mobilitätsfor-

men nachzudenken, um die Luft in den Städten zu verbessern, meine Damen und Herren.

Wie gesagt, Fahrbeschränkungen sind für uns das letzte Mittel. Wir sagen ganz eindeutig, wir müssen den Luftreinhalteplan verschärfen und ausbauen. Wir müssen den ÖPNV stärken, so wie es auch der Verband der Verkehrsunternehmen gefordert hat. Er hat ein Sofortprogramm für den ÖPNV gefordert. Wir brauchen mehr Expressbusse. Wir haben einen Mobilitätsfonds in Höhe von 20 Millionen € aufgelegt. Davon wollen wir 10 Millionen € für den Ausbau von Expressbussen zur Verfügung stellen, um die Luft in den Städten zu verbessern, meine Damen und Herren.

Ich finde, hier müssen wir weitermachen. Wir müssen auch überlegen, ob wir, das Land Baden-Württemberg, nicht noch mehr Geld in den Ausbau des ÖPNV stecken.

(Zurufe der Abg. Martin Rivoir und Peter Hofelich SPD)

Beim Schienenverkehr haben wir jetzt höhere Regionalisierungsmittel und können dadurch auch mehr Schienenleistungen bestellen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Mehr Kapazitäten!)

Wir haben das Metropolexpresskonzept, das eine Kapazitätsausweitung – vollkommen richtig – um 20 % nach sich zieht,

(Abg. Winfried Mack CDU: Dringend notwendig!)

damit die Menschen nicht mehr wie Ölsardinen in den Zügen stehen müssen.

Wir haben also viel vor, und trotzdem sind wir, die Grünen, der Auffassung, dass die Zukunft im Elektromobil liegt und nicht im Diesel.

Dazu möchte ich mit einem bemerkenswerten Zitat von Herrn Krzysztof Olszewski schließen. Der Name sagt den meisten wahrscheinlich nichts; er ist der Gründer und Geschäftsführer der Solaris GmbH in Polen – ich will jetzt keine Schleichwerbung betreiben. Dieser Mann hat bereits im Jahr 2006 – 2006! – folgenden Satz gesagt: „Der Diesel ist am Ende. Dem Elektroantrieb gehört die Zukunft.“

Besten Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Der Satz ist bemerkenswert, aber nicht richtig! – Abg. Andreas Stoch SPD: Aus Polen kommt derzeit viel Unfug!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dörflinger das Wort.

**Abg. Thomas Dörflinger CDU:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts stellt uns vor weitere Herausforderungen. Ja, wir hätten uns gern auch einen anderen Ausgang gewünscht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Selbst hineinmanövriert!)

Aber am Ende bedeutet das Urteil keinen Automatismus für Fahrverbote.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

(Thomas Dörflinger)

Die Richter haben in ihrem Urteil besonders betont, dass Fahrverbote nur kommen dürfen, wenn sie auch verhältnismäßig sind. Dafür haben sie strenge Vorgaben gemacht, z. B. ausreichende Übergangsfristen, Stufenlösungen, aber auch Ausnahmen. Das alles ist entscheidend für das, was wir in der Zukunft tun werden, wobei wir aber zuerst einmal die genaue Urteilsbegründung abwarten sollten, die uns ja für den April zugesagt ist.

Für mich und für die CDU-Fraktion ist klar: Bevor irgendein Auto aus der Stadt ausgesperrt wird, müssen zuallererst alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Stefan Herre AfD)

Das heißt vor allem, dass zuerst alle Fahrzeuge modernisiert werden müssen, die oft im Dauerbetrieb in der Stadt unterwegs sind, wie Busse, Taxen oder auch die Dienstwagenflotten der Behörden. Kein Autofahrer versteht es übrigens, wenn sein erst drei Jahre altes Dieselfahrzeug nicht mehr in die Stadt einfahren kann, während immer noch Euro-3-Busse durch Stuttgart fahren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! Grüner OB!)

Auch der Ausbau des ÖPNV – dazu haben wir auch schon vom Vorredner einiges gehört –, der Elektromobilität oder auch intelligenter Verkehrsleitsysteme haben klar Vorrang vor Verboten. Es muss alles neu in den Blick, was uns hilft, die Luft zu verbessern.

Das Gutachten, auf dessen Basis das Verwaltungsgericht Stuttgart geurteilt hat, ist jetzt aber auch schon wieder fast ein Jahr alt. Seitdem ist die Technik weiter. Heute sind deutlich saubere Autos auf den Straßen unterwegs. Ich denke auch an die neueste Generation des Diesels, die der Abgasnorm Euro 6d entspricht. Auch das müssen wir alles bei unserem Handeln berücksichtigen.

Deshalb ist es richtig, dass der Verkehrsminister das Wirkungsgutachten auf die Höhe der Zeit bringt und dann den Luftreinhalteplan aktualisiert.

Auch das milliardenstarke Sofortprogramm „Saubere Luft“ sowie unser eigener Landesfonds Luftreinhaltung müssen jetzt die Chance bekommen, wirksam zu werden und sich zu entfalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben immer gesagt: Wir wollen saubere Luft in den Innenstädten; denn der Gesundheitsschutz ist ein besonders hohes Gut.

(Zuruf: So ist es!)

Wir haben aber auch den Ehrgeiz, dies am Ende ohne Fahrverbote zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Was aber, wenn trotz aller Anstrengungen nicht der gewünschte Erfolg eintritt und daher Fahrverbote notwendig werden,

weil wir, Herr Kollege Haußmann, natürlich auch ein Urteil umzusetzen haben? Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt es auf das Wie an. Es ist zu prüfen, ob Beschränkungen z. B. nur an sogenannten Alarmtagen ausreichen. Zudem muss untersucht werden, ob auch kleinere Zonen oder auch die Sperrung nur einzelner Strecken eine Lösung sein können. Auch das gehört zur Verhältnismäßigkeit.

Die blaue Plakette wäre am Ende die Ultima Ratio, die zur Lösung beitragen kann.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Die fordert ihr doch! Die fordert doch Ihr Fraktionsvorsitzender!)

– Die Ultima Ratio am Ende; vorher muss man die Chance haben, alle anderen Maßnahmen wirken zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, viele Menschen sind auf die Mobilität angewiesen. Sie sichern die Existenz vieler Familien in unserer Wirtschaft – der Logistik, des Handwerks, der Gastronomie, des Einzelhandels und vieler Bereiche mehr. Deshalb setzen wir uns auch für weitreichende Ausnahmeregelungen ein, damit Fahrverbote am Ende nicht zu Berufsverboten werden.

Wie gesagt: Das alles soll nur dann gelten, wenn es uns nicht gelingt, Fahrverbote durch gezielte Maßnahmen abzuwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen bei der Luftreinhaltung gewaltige Fortschritte. Der Stickoxidausstoß durch den Straßenverkehr in Deutschland ist seit 2000 um 70 % gesunken. Auch landesweit zeichnen sich gute Erfolge ab. Die Stickoxidbelastung ist seit 2010 teilweise um über 50 % zurückgegangen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

In neun bisher belasteten Städten unseres Landes werden erstmals die Grenzwerte für Stickoxid und Feinstaub eingehalten. Das ist eine gute Nachricht. Diesen Städten werden schnell weitere folgen, die die Grenzwerte einhalten; davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD)

Selbst in Stuttgart kommen wir messbar voran. Bei der Stickoxidspitzenbelastung wurden am Neckartor 2017 gerade noch drei Überschreitungen gemessen. 2016 waren es 35 und 2015 noch 61. Wir haben hier einen klaren Trend, der zeigt: Die Maßnahmen der Landesregierung zur Luftreinhaltung greifen. Die Luft wird schnell besser, und das ohne Fahrverbote. Hören wir endlich damit auf, Gesundheit und Mobilität immer gegeneinander auszuspielen. Beides ist auch nebeneinander möglich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE – Abg. Anton Baron AfD: Von den Grünen kommt nicht so viel Beifall!)

Ich bedaure es übrigens sehr, dass gerade die jüngsten deutlichen Verbesserungen im Revisionsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht nicht berücksichtigt werden konnten.

(Thomas Dörflinger)

Es ist bekannt, dass unsere Fraktion in Leipzig lieber in die Berufung gegangen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Nur dann hätten wir nämlich die neuen Tatsachenargumente einbringen können. Die Ergebnisse des Dieselpipfels vom November oder die bereits abgeschlossenen Softwareupdates bei Dieselmotoren mussten bei der Entscheidung in Leipzig außen vor bleiben. Jetzt kommt es darauf an, dass am Ende nicht die Autofahrer auf dem Schaden sitzen bleiben.

Millionen Dieselfahrer haben auf eine Technologie vertraut, die wirtschaftlich ist, die zuverlässig ist,

(Abg. Anton Baron AfD: Ist sie auch!)

die CO<sub>2</sub> spart und der obendrein Zehntausende Familien im Land ihr Einkommen verdanken. Sie alle verlangen zu Recht eine Antwort auf die Frage, wie sie ihr Fahrzeug weiterfahren können und wie sich der Wertverlust begrenzen lassen kann.

Ja, wir brauchen für die Betroffenen gangbare Wege aus der Verbotssackgasse. Dabei ist auch die Industrie in der Pflicht. VW hat letzte Woche einen Nettogehaltsgewinn von 11,4 Milliarden € präsentiert.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Weckt das Begehrlichkeiten?)

Bei solchen Profiten ist das Engagement der Konzerne für geeignete Nachrüstlösungen sicherlich noch ausbaufähig. Dazu gehört für uns auch die Möglichkeit der technischen Nachrüstung. Die Hersteller – da schließe ich ganz besonders die Importeure ein – sind nun dringend gefordert, im Interesse ihrer Kunden, aber auch im Interesse der Luftreinhaltung deutlich mehr Engagement zu zeigen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich erwarte von der Automobilindustrie Lösungsvorschläge. Nur immer zu sagen, was nicht gehen wird, ist deutlich zu wenig und wird der Situation, in der wir gerade sind, nicht gerecht.

Ich sage aber auch ganz klar und wiederhole mich da: Wer die aktuelle Debatte nur nutzen möchte, um, wie die Deutsche Umwelthilfe, seinen ideologischen Kampf gegen das Auto zu begründen,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Abmahnverein!)

der handelt töricht und schadet unserem Industriestandort ganz erheblich.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit den Grünen los? Die klatschen irgendwie nicht!)

Erlauben Sie mir auch noch eine ganz persönliche Anmerkung: Ich frage mich manchmal schon, ob es wirklich der Diesel ist, der zum Himmel stinkt, oder nicht doch das Geschäftsgabaren der Deutschen Umwelthilfe.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD sowie der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst wenn Hamburg oder andere Städte Fahrverbote aussprechen, sollten wir den Ehrgeiz entwickeln, es anders zu machen, es besser zu machen.

(Zuruf von der AfD: So ist es! Bravo!)

Der Anspruch Baden-Württembergs muss es sein, immer an der Spitze zu stehen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Auch im Umweltschutz! – Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie uns daher den baden-württembergischen Weg gehen, einen Weg, der die Gesundheit der Menschen schützt, der aber ohne Fahrverbote auskommt. Jetzt ist nicht die Zeit der Mutlosen, der Skeptiker und der Bedenkenträger. Jetzt ist die Zeit der Ärmelhochkrempler und der Anpacker. Die Aufgabe ist groß. Das sollte uns aber nicht hindern, sie mit Ehrgeiz anzugehen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Packen wir es daher beherzt an. Packen wir es gemeinsam an.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: Ausgezeichnete Rede!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Balzer.

**Abg. Dr. Rainer Balzer AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Kollegen Abgeordnete! „Rote Karte für Grün-Schwarz beim Thema Fahrverbote – nächster Akt im Trauerspiel ‚Koalition der Konflikte‘“ – welch ein schöner Titel, den sich die FDP/DVP hier ausgedacht hat.

Ein Trauerspiel – wahrlich. Aber dieses Mal nicht im Theater – das wäre nämlich schön –, sondern in der realen Welt. Es geht um Vermögensverluste für die Autofahrer. Es geht um 250 000 Arbeitsplätze in der Autoindustrie, und es geht um mehr als 120 000 Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, haben wir bei dieser Aktuellen Debatte vielleicht ein Beziehungsdrama? Ein Beziehungsdrama – natürlich; denn es schmerzt die FDP/DVP beim Schauen auf die CDU, beim Denken, wie es früher war, beim Denken „Wir haben doch viel besser auf die Regierungsbank gepasst“. Das geht vielen Menschen so bei der Betrachtung der verflochtenen Zeit. In der Tat ist das, was die grüne Landesregierung hier macht, verantwortungslos.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ganz im Gegenteil!)

Die CDU schaut zu und hat Schwierigkeiten mit diesen Entwicklungen. Dieselfahrverbote sind nun möglich. Auch wenn die Landesregierung beteuert, dass sie das auf keinen Fall will, ist der Schaden jetzt schon immens. Schauen Sie auf den Wertverlust der Dieselfahrzeuge.

(Dr. Rainer Balzer)

In der Tat geht der Kampf gegen Autos weiter. Die Idee der Grünen einer Gesellschaft ohne Selbstbestimmung, ohne Individualverkehr nimmt immer weitere Formen an.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Sie kennen mit Sicherheit alle den Bericht von Herrn Professor Walter Krämer von der Uni Dortmund. Sie wissen ganz genau, dass es keine wissenschaftlich seriöse Studie gibt, die einen Zusammenhang zwischen Stickoxiden und Erkrankungen oder gar Todesfällen belegt. Sie wissen ganz genau – das ist wiederum sicher –, dass die Luft in Stuttgart sauberer ist als vor zehn Jahren.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Nicht sauber genug!)

Die Grenzwerte sinken schneller, als die Bürger sich einen neuen Wagen kaufen können.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Was die Grenzwerte betrifft, so wird von Interessengruppen gezielt so getan, als ob die Luft immer dreckiger würde. Dabei ist das Gegenteil der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

– Hören Sie doch einfach einmal zu. – Am Neckartor ist die Zahl der Überschreitungsstunden bei Stickoxid von 853 im Jahr 2006 auf drei gesunken – vielleicht können Sie einmal die Prozentzahl ausrechnen –,

(Lachen bei der AfD)

die Zahl der Überschreitungstage beim Feinstaub ist von 175 auf 45 gesunken. Das ist noch leichter auszurechnen.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das ist aber immer noch zu viel! Nicht schönrechnen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, in Wirklichkeit geht es hier doch nicht um Grenzwerte, es geht auch nicht um technische Vorschriften, es geht nicht um die vorgebliche Pflicht zur Reinhaltung der Luft, sondern es geht um die Einschränkung des Verkehrs, und zwar nur des Individualverkehrs –

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

ausgerechnet des Individualverkehrs. Sie wollen doch in Wirklichkeit die selbstbestimmte Mobilität abschaffen.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Reden Sie doch hier nicht vom Fahrrad. Sie wissen doch selbst ganz genau: In dieser Hügellandschaft und auch im Schwarzwald kann das Fahrrad doch nur im Freizeitbereich halbwegs vernünftig genutzt werden.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Unsinn! – Lachen bei der AfD – Glocke des Präsidenten)

Sie wissen ganz genau, dass bei schlechtem Wetter, im Winter, bei Regen das Fahrrad für Menschen, die einen halbwegs anspruchsvollen Beruf ausüben,

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Es gibt auch Elektrofahrräder! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fahrräder mit Schneepflug!)

die dementsprechend gekleidet sind, uninteressant ist.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Unsinn! – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

– Muss ich mir das gefallen lassen?

(Glocke des Präsidenten)

Sie wissen auch ganz genau, dass es Industrievertreter, Berufstätige gibt, die im Jahr 50 000 oder 80 000 km auf der Straße unterwegs sind, um Kunden zu besuchen. Auch das werden Sie durch das Fahrrad, durch Elektroautos oder durch die Bahn nicht ersetzen können.

(Beifall bei der AfD)

Vor wenigen Jahren war zu dem Thema Verkehrspolitik noch Vernünftiges zu hören: Güter gehören auf die Bahn. Davon ist bei Ihnen, bei den grünen Ideologen, nichts mehr zu hören. Und die CDU schaut bei dem Thema leider zu – bei der Genehmigung der Gigaliner. Sie wissen doch alle ganz genau: Jede Erweiterung von Neubaugebieten oder die von Ihnen bevorzugte Nachverdichtung von städtischen Quartieren zieht neuen Verkehr nach sich. Und die CDU schaut zu, wie diese Landesregierung eine deutsche Erfolgsgeschichte, den Dieselmotor, in den Ruin treibt.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Der Dieselmotor wird von deutschen Automobilherstellern als Erfolgsmodell gebaut.

(Abg. Anton Baron AfD: Detroit lässt grüßen!)

Er ist aufgrund des hohen Verbrennungsdrucks und der hohen Temperatur der wirtschaftlichste Antrieb. Er ist der wirtschaftlichste, der ideale Antrieb für alle Arten von Mobilität –

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

für Schiffe, Traktoren, Eisenbahnen und für Generatoren für die Stromerzeugung, auch für Notstromaggregate, wenn wieder mal kein Wind weht, und natürlich auch für Pkws.

(Beifall bei der AfD)

Aber Begriffe wie „Wirkungsgrad einer Gesamtkette vom Kraftwerk zum Nutzer“ sind bei den hier herrschenden Physikkennnissen nur äußerst schwer vermittelbar.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es erleichtert die Diskussion ungemein, wenn man sich um Naturwissenschaft nicht kümmern muss, aber dafür die gesunde Meinung vertritt: Der Strom kommt aus der Steckdose, und wenn keine Sonne und kein Wind sogenannte erneu-

(Dr. Rainer Balzer)

erbare Energie erzeugen, wird es auch irgendwie gehen – mit Strom aus Frankreich oder so.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Was schlagen Sie denn vor?)

Übrigens sind Sie ja der Meinung, die ganze Fahrerei sei eh überflüssig. Und die CDU schaut leider zu, wie diese Erfindung aus Deutschland madig gemacht wird, madig gemacht wird von ideologischen Systemveränderern, von Menschen, die ein anderes Bild unserer Gesellschaft haben, die diese deutsche Erfinderkultur ablehnen. Man hört auf obskure Vereine wie die Deutsche Umwelthilfe, penetrante Selbstgerechtigkeit von ein paar selbst ernannten Weltrettern, die sich hochtrabend und offiziös Deutsche Umwelthilfe nennen, finanziert mit Spenden japanischer und koreanischer Autohersteller,

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

die keinen Dieselmotor bauen können. Sie finanziert sich durch zweifelhafte Abmahnmethoden. Als klageberechtigter Verbraucherschutzverband kassiert man bei Privatleuten und Mittelständlern ab. Und die CDU schaut zu.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident – – Leider ist er nicht mehr da. In der Landespressekonferenz sagte er: „Es geht nicht um Fahrverbote, sondern um Fahrbeschränkungen.“

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Da hat er recht!)

Erklären Sie das doch den Tausenden Dieselfahrern in Stuttgart: Sie können überall fahren, nur nicht in der Stadt, in der Sie wohnen. – Auch nicht schlecht.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ist es auch gut, wenn man ein Urteil einfach ignorieren will?)

Die Bürger sind es, die diese Fahrzeuge in gutem Glauben gekauft haben. Die Politik erzeugt mit ihrer unüberlegten Verbotspolitik einen Preisverfall. Sie beschädigt damit die Kunden und die Autohersteller. Aber offensichtlich denkt die Landesregierung leider nicht an die Bürger, sondern sie tut nur so. Und am Ende der Legislaturperiode schaut sie dann ein bisschen zu, und die CDU schaut komplett zu. Rote und grüne Ideologen

(Abg. Martin Rivoir SPD: Na, na, na!)

wollen die Menschen in den öffentlichen Nahverkehr schieben. Diejenigen Mitglieder von SPD und Grünen, die so daherreden, kennen die Struktur unseres Landes und den ländlichen Raum im Besonderen nicht.

(Beifall bei der AfD)

Es ist das gleiche Gewächs, das gleiche Unkraut wie der kostenlose Nahverkehr für alle,

(Abg. Anton Baron AfD: Sozialismus!)

eine Bevorzugung städtischer Gebiete. Denn wir wissen, es gibt keine kostenlosen Leistungen, sondern sie werden irgendwie bezahlt.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Deshalb heute die Frage an Sie: Kennen Sie das Buch „Einsam, überwacht und arbeitslos“? Es passt zur heutigen Politik, zu Ihrer Dieselpolitik. Gefragt ist nicht nüchterne Aufklärung, nicht Differenzierung, sondern die Anklage des Fortbewegungsmittels Auto – gegen den Wohlstand, der damit erarbeitet wurde.

Es ist sinnigerweise ein Buch von Ihnen – der heutige Oberbürgermeister von Stuttgart ist auch dabei gewesen –, übrigens 1984 erschienen – sehr sinnreich. Es beschreibt die Politik, die heute hier gemacht wird: „Einsam“ durch falsche Familienpolitik, „überwacht“ durch Maas'sche Zensurgesetze, „arbeitslos“ durch Arbeitsplatzabbau, auch in der Industrie.

Herr Verkehrsminister, an dieser Stelle: Kennen Sie das Gutachten des KIT in Karlsruhe zu den Messungen in Stuttgart? Leider hat von den Veröffentlichungen die geneigte Öffentlichkeit wenig gehört. Denn die Medien – dementsprechend uninteressiert – bzw. die dort Tätigen haben eines, nämlich den richtigen Glauben. Nachzulesen ist das Gutachten bei der Landesanstalt für Umwelt. Dort steht:

*Verkehrsbedingte Schadstoffemissionsfragen sind gelöst. Die Bestandsdurchdringung muss noch erfolgen. Verkehrsbedingte Immissionsfragen*

sind durch Euro 6d und die Fahrmessungen – also die Abgasmessungen im Fahrbetrieb – und durch Einbau des Partikelfilters gelöst.

Dieses Wissen und auch das Berücksichtigen dieses Wissens wären eine gute Politik für ein technologieorientiertes, ein modernes Deutschland, und nicht das Hinterherhängen ideologischer Utopien der menschenfeindlichsten Art.

(Beifall bei der AfD – Glocke des Präsidenten)

– Ich bin gleich so weit. – Herr Verkehrsminister, ich habe Sie vor einem Jahr schon gefragt, warum Sie sich auf 7 % Feinstaub aus den Abgasen im Straßenverkehr konzentrieren.

*Die Partikelbelastung des Abgases von Dieselfahrzeugen ist geringer als die Partikelbelastung der Stadtluft und des städtischen Hintergrunds.*

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

– So das Ergebnis der Messungen des KIT in Karlsruhe.

Aber natürlich haben Sie mal wieder recht: Wenn ich mit Messwerten Politik machen möchte, dann baue ich die Messstellen dort auf, wo die Werte so herauskommen, wie ich sie haben möchte, wie ich sie brauche;

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das ist doch ein alter Hut! – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

am besten direkt im Auspuff eines alten Autos oder unmittelbar am Straßenrand, wohl wissend, dass 2, 3 m nebendran –

(Glocke des Präsidenten)

lesen Sie es nach – die Werte nur noch halb so hoch sind.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

(Dr. Rainer Balzer)

Aber dann kann man sie politisch nicht mehr so gut instrumentalisieren. Am Neckartor fallen die Werte von 70 auf 35 Mikrogramm pro Kubikmeter – 40 Mikrogramm pro Kubikmeter sind der Grenzwert –, wenn Sie nur 2 m weitergehen.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört! – Glocke des Präsidenten)

Die Messstelle steht – –

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, haben Sie meine Signale verstanden?

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Jawohl. Ich komme zum Ende.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Gut.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Die Messstation – damit es aber bekannt ist, sage ich es noch – steht dort, wo keine Luft mehr durchziehen kann. Man hat eine schöne Gebäudeecke gefunden. Ich bin gespannt, mit welchen Kniffen Sie tatsächlich dieses Urteil in irgendeiner Art und Weise umsetzen wollen: straßenweise sortierte Fahrverbote, am besten nach dem Wetter ausgerichtet, oder einfach nach der Willkür, wie Sie es hier

(Der Redner hält das Buch „Einsam, überwacht und arbeitslos“ hoch.)

schon vor über 30 Jahren selbst beschrieben haben.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Rivoir.

**Abg. Martin Rivoir** SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Vorab, Herr Dörflinger: Gratulation zu Ihrer mutigen Rede. Ich hätte eigentlich fast alles, was Sie gesagt haben, unterschreiben können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das kannst du noch nachholen! – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Große Koalition!)

Danke für die klaren Worte und Ausführungen. Ich will schon einmal sagen, dass dieses Urteil aus Leipzig schon eine Klatsche für diese Landesregierung war. Da kann jetzt auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass einige sagen: „Endlich haben wir Rechtssicherheit“, und sich darüber freuen, Rechtssicherheit zu haben. Ich meine, wenn man als derjenige, der eigentlich die Gesetze macht, ein Gericht braucht, um Rechtssicherheit zu haben, dann ist das schon auch ein Armutszeugnis und eigentlich Politikversagen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Wir gehen eigentlich davon aus, dass man, wenn man vor Gericht geht, den Streit gewinnen will und nicht Rechtssicherheit haben will – aber wie auch immer.

Es ist schon klar: Unsere Einschätzung zu der Frage, ob wir nun in Berufung gehen oder die Sprungrevision machen, war

die richtige. Wir haben gesagt: Sprungrevision ist ein großer Fehler, geht in Berufung. Denn in einer Berufung werden noch einmal die inhaltlichen Dinge abgeklärt und diskutiert. Wir hatten ja seit dem ersten Urteil den Berliner Dieselpipfel, jetzt gibt es die Softwareupdates. Es gibt ja auch schon verbesserte Luftwerte in Stuttgart. Dies hätte alles bei einem Berufungsverfahren berücksichtigt werden können. Aber der Herr Verkehrsminister will ja die Fahrverbote – ideologisch motiviert –, und insofern hat er sich halt in dieser Koalition nun durchgesetzt. Man hatte die Sprungrevision gewählt und hat jetzt den Salat hier in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, Herr Minister, wir haben nach wie vor das Gefühl – ich habe dieses Wort hier vor einem halben Jahr schon einmal benutzt –: Sie nehmen diese kalte Enteignung der Dieselfahrer billigend in Kauf.

(Beifall bei der SPD, der AfD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Herr Minister, Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg ist ein reiches Land. Aber auch in diesem reichen Land können sich die meisten Leute eben nicht alle drei Jahre ein neues Auto leisten. Das ist doch die soziale Frage,

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus!)

um die es hier geht.

Dann will ich auch noch einmal zu dem Stichwort „Reiches Baden-Württemberg“ eines sagen – ich glaube, Herr Dörflinger, Sie sind auch darauf eingegangen –: Unser Wohlstand hier hängt auch damit zusammen, dass wir eine tolle, gute Diesels-technologie in diesem Land entwickelt und weiterentwickelt haben und den sauberen Diesel hier auch fertigen und an den Markt bringen. Auch das ist eine Quelle unseres Wohlstands. Wer diesen mit der Hatz, die hier gegen den Diesel veranstaltet wird, bekämpft, legt die Axt an einen Pfeiler unseres Wohlstands in diesem Bundesland.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD)

Dann zu dem Titel der Aktuellen Debatte. Dieses wilde Durcheinander, das Grüne und Schwarze hier in den letzten Wochen nach der Urteilsverkündung geboten haben, ergibt natürlich schon ein erbärmliches Bild. Man möchte sich eigentlich mit Grausen abwenden, aber das Thema ist leider zu ernst.

Ich möchte kurz die Chronologie darstellen; zum Teil wurde das ja schon zitiert. Der Ministerpräsident verkündet staats- tragend-vernünftig im SWR, dass er keine Fahrverbote für Euro-5-Diesel mit Softwareupdate haben möchte. Zeitgleich verkündet der Verkehrsminister, er wähe sich jetzt endlich an seinem Ziel, der Durchsetzung von Fahrverboten, damit man zum Ende dieses Jahres Euro-4-Dieselfahrzeuge aus Stuttgart verbannen könne

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich!)

und nächstes Jahr dann gleich die Euro-5-Diesel.

(Abg. Anton Baron AfD: Und dann im Ausschuss nicht da sein!)

(Martin Rivoir)

Eine Partei, zwei Meinungen. Der Kabinettskollegin Hoffmeister-Kraut geht es gleich um Ausnahmeregelungen – auch recht. Der Parteifreund der Wirtschaftsministerin, Herr Reinhart, sieht – wie Sie auch – keinerlei Automatismus für Fahrverbote, die aus diesem Urteil folgen könnten. Ein großes Tohuwabohu,

(Abg. Anton Baron AfD: Verhältnismäßigkeit!)

das uns diese Landesregierung hier dargeboten hat, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Man sieht eben, dass diese Koalition eigentlich nur in dem Augenblick zusammenhält, in dem man die Probleme mit viel, viel Geld zuschütten kann. Wenn das nicht mit Geld geht, streiten sie auf offener Bühne, dass es eigentlich peinlich ist für dieses Bundesland.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Warum haben wir dieses Problem eigentlich? Warum diskutieren wir hier darüber? Wir haben das Problem doch deswegen, weil zu viele Menschen jeden Tag mit dem Auto in die Stadt hineinfahren wollen und müssen. Sie fahren deswegen in die Stadt hinein, weil sie keine Alternativen haben, weil es an einem guten ÖPNV-Angebot und anderen Alternativen mangelt. Deswegen fahren sie in die Stadt, und deswegen haben wir – speziell hier in Stuttgart – ein Problem mit der Luft.

Die politische Verantwortung für diesen Zustand, für zu viele Autos und zu schlechten ÖPNV, trägt der Verkehrsminister. Da sitzt er. Sieben Jahre ist er jetzt im Amt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Sieben Jahre! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Fünf Jahre mit wem zusammen?)

Eine Veränderung, eine grundlegende Verkehrswende ist in diesem Land nicht erkennbar. Es fehlt an grundlegenden Maßnahmen. Ein paar zähle ich Ihnen jetzt einmal auf.

Die finanzielle Unterstützung, meine Damen und Herren, für ein vernünftiges Busangebot in der Fläche

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

soll 2021 kommen – anderes Parlament, anderer Gesetzgeber. Ob das kommt, weiß niemand. Alles wird in die Ferne geschoben.

Es gibt in Baden-Württemberg – wir haben es hier schon mehrfach diskutiert – keinerlei Förderung für neue Schienenfahrzeuge, um den ÖPNV auszubauen.

Es fehlt die verbindliche Fortführung des LGVFG. Der Bund – unsere Koalition – hat mit 1 Milliarde € im Bundes-GVFG Mittel für die Förderung des Nahverkehrs und den Ausbau der Schiene vorgelegt. Frau Sitzmann, Herr Verkehrsminister: Wo sind Ihre Angebote an die Kommunen, den ÖPNV auszubauen? Nichts, nichts.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Sie zögern, Sie machen nichts. Oder wo ist die Initiative des Landes für einen kraftvollen Ausbau der S-Bahn und der Stadtbahn in Stuttgart und anderen Städten unseres Landes? Nichts hören wir. Es fehlen die Finanzmittel, obwohl Sie eigentlich im Geld schwimmen.

(Zuruf von den Grünen: Und jetzt das Thema S 21!  
– Gegenruf von den Grünen: Genau, S 21!)

Meine Damen und Herren, auch beim Radverkehr – das ist ja das Lieblingsthema unseres Herrn Verkehrsministers – ist keine Strategie erkennbar. Über Ankündigungen und Expertenrunden ist man nicht hinausgekommen. Jeder Landrat kann Ihnen sofort fünf oder zehn Radwegeprojekte, die Aufgabe des Landes wären, aufzählen. Nichts passiert; das ist die Realität im Land Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Dann noch eine Realität in diesem Bundesland – fast jeden Tag lesen wir es in den Zeitungen –: Der regionale Zugverkehr, das Rückgrat unseres ÖPNV, ist chaotisiert. Verspätungen und Zugausfälle sind an der Tagesordnung. Meine Damen und Herren, bei dem Zustand, in dem der Zugverkehr in Baden-Württemberg ist, steigt kein Pendler freiwillig auf die Schiene um. Lieber fahren die Pendler mit dem Auto, auch wenn sie im Stau stehen müssen. Das ist der Zustand.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, all das, was ich aufgezählt habe, voranzubringen, das wäre eigentlich Ihre Aufgabe, Herr Minister;

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wo waren Sie denn die letzten sieben Jahre? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das kannst du dir schenken!)

es ist Ihre politische Verantwortung, gerade im Schienennahverkehr.

(Unruhe)

Ich habe es ja schon einmal gesagt: Da sind Sie sozusagen der oberste Fahrdienstleiter unseres Landes Baden-Württemberg. Als oberster Fahrdienstleiter sollte man eigentlich eine schmutzige Schirmmütze aufhaben. Aber die Bahn, Herr Minister, setzt Ihnen im Grunde jeden Tag die Narrenkappe auf.

(Heiterkeit)

Sie wehren sich nicht dagegen; Sie bekommen es nicht hin. Wir haben Chaos im Land: auf der Filsbahn und auf vielen anderen Bahnen. Sie schaffen es nicht, die Bahn dazu zu bekommen, ein verlässliches Zugangebot in Baden-Württemberg zu schaffen. Ebendas ist das Problem, das wir hier in diesem Bundesland haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ich will es einmal zusammenfassend auf den Punkt bringen: Es ist und bleibt eine Tatsache, dass hier eine grüne Quadriga auf ganzer Linie versagt hat: Ein grüner Ministerpräsident, ein grüner Verkehrsminister, ein grüner Regierungspräsident und

(Martin Rivoir)

ein grüner Oberbürgermeister schaffen es seit Jahren nicht, eine gute Luft nach Stuttgart zu bekommen, die Verkehrsprobleme zu lösen und den ÖPNV vernünftig auszubauen. Das ist ein Armutszeugnis!

Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP – Vereinzelt  
Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin immer wieder überrascht und entzückt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

welche Allmacht mir manche hier im Parlament zutrauen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, Ohnmacht!)

so, als würde ich die gesamte Regierung allein steuern,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sie haben die politische Verantwortung! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: S-21-Geld verbuddelt für nichts!)

sämtliche Züge im Land allein fahren – deswegen kommen sie auch zu spät –, und als wäre wegen mir die Luft dreckig, weil wir keine saubere Luft reinschaulen. Lieber Martin Rivoir, das ist eine ziemlich billige Nummer gewesen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Eine gute!)

Vor allem bin ich immer wieder überrascht, zu sehen, wie die SPD völlig vergessen hat, dass auch sie einmal an der Regierung war – immerhin waren es fünf Jahre von den sieben.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, genau! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da können wir Ihnen Beispiele sagen! Denken Sie nur mal an die Haushaltsdebatten! Bei diesem Thema wäre ich mal ganz vorsichtig! – Weitere Zurufe von der SPD – Lebhaft Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Jürgen Walter GRÜNE zur SPD: Sie haben im Stuttgarter Gemeinderat die Verkehrswende verhindert! Der „Diesel-Körner“! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Danke. – Da heute sehr viel über Fahrverbote gesprochen worden ist und so getan wurde, als wären wir Grünen die Erfinder der Plakette und hätten diese von Anfang an nur deswegen ins Spiel gebracht, um Fahrten, um das Autofahren zu verhindern, möchte ich gern einmal einen kleinen Blick in die Geschichte werfen.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh weh!)

– Das tut Ihnen weh, weil Sie das nicht wissen.

(Widerspruch bei der AfD – Unruhe)

In den Neunzigerjahren hat man bei weltweiten Untersuchungen festgestellt, dass die Luft in Ballungsräumen so schlecht ist, dass es die Menschen krank macht.

(Lachen bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Es gab zahlreiche Untersuchungen. Hieraus abgeleitet hat die Weltgesundheitsorganisation dann den Staaten Grenzwerte empfohlen, die einzuhalten sind, und zwar sollten diese im Laufe der Zeit schrittweise abgesenkt werden. Daraus abgeleitet hat die Europäische Union – und zwar mit Zustimmung aller Nationalregierungen – dieses Grenzwertesystem eingeführt.

(Zurufe von der AfD – Unruhe)

Und nun tun alle so, als wäre das vom Himmel gefallen. – Die AfD kann man doch an dieser Stelle vergessen.

(Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie heute die „Stuttgarter Nachrichten“ gelesen?)

Sie glauben ja auch, dass es keine wissenschaftlichen Belege für den Klimawandel gibt.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ja! Lächerlich!)

Genauso beziehen Sie sich heute auf einen emeritierten Mathematikprofessor, der so tut, als könne er die Gesundheitswissenschaften aushebeln.

(Abg. Anton Baron AfD: Willkürliche Grenzwerte! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Soll ich eigentlich immer gegen den Krach anreden, oder bekomme ich auch einmal etwas mehr Ruhe?

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Ich habe ja hier schon einmal ein Zeichen gegeben.

(Glocke des Präsidenten)

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Aufgrund dieser Einschätzung hat die Bundesregierung ein Konzept entwickelt, wie man beim Verkehr die Luft sauber bekommt. Das ist keine Willkür gewesen, sondern es war eine Grundlage. Dieses Konzept mit den Plaketten ist im Jahr 2006 – das war die erste Große Koalition unter Merkel –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ui!)

in Deutschland eingeführt worden. Es ging um die Einführung der roten Plakette, der gelben Plakette und der grünen Plakette.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Mit langen Fristen!)

Damals hat man schon gesagt: Wenn noch etwas ist, wird auch eine weitere Plakette kommen.

All denen, die heute so tun, als wäre eine Plakettenregelung ein allgemeines Fahrverbot, muss ich sagen: Die Plakettenregelung war von Anfang an getragen von dem Ansatz: Wir sortieren über die Plakettenregelung die alten Fahrzeuge, die dreckig sind, aus und lassen mit der Plakette die sauberen, die besseren Fahrzeuge zu.

(Minister Winfried Hermann)

Deshalb hat man 2008 die rote Plakette scharf gestellt – übrigens in Baden-Württemberg unter Beteiligung der FDP/DVP; damals war die FDP/DVP mit in der Regierung. 2010 hat man die gelbe Plakette scharf gestellt, und 2012 – das war dann unsere und meine Verantwortung – hat man die grüne Plakette scharf gestellt. Das Konzept ist aber sehr alt. Heute haben übrigens alle Redner gesagt: Wir haben große Erfolge bei der Luftreinhaltung erzielt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Genau!)

Warum denn? Weil man es mit dieser Plakettenregelung geschafft hat, alte und dreckige Fahrzeuge auszusortieren, die Flotten zu modernisieren, haben wir heute in Baden-Württemberg nur noch in einer Stadt, nämlich in Stuttgart im Bereich der B 14, eine Grenzwertüberschreitung bei Feinstäuben. Das ist der Erfolg der Regelung der grünen Plakette.

(Beifall bei den Grünen)

Bundesweit ist die Frage im Wesentlichen aufgrund dieser Plakettenregelung erledigt.

Was haben diese Plaketten eigentlich bedeutet? Sie tun heute so, als würden die Autofahrer enteignet. Das waren damals jeweils Eingriffe in den Fuhrpark des ganzen Landes, und es war jeweils eine massive Aussortierung – nicht anders als heute. Nehmen wir mal die grüne Plakette: 12 % der Pkws, 40 % der leichten Nutzfahrzeuge und sogar 49 % der schweren Nutzfahrzeuge waren davon betroffen. Mit anderen Worten: Was Sie heute als massiven Eingriff darstellen, hat eigentlich über viele Jahre jedes Mal mit Einführung einer neuen Plakette stattgefunden. Es hat jedes Mal eine Debatte gegeben, aber am Ende sind alle Befürchtungen, wonach Chaos eintritt, es nicht überprüfbar ist und nichts bringt, nicht eingetroffen.

Sie haben heute unisono gesagt: Die Luft ist deutlich besser geworden. Das geschah aufgrund dieser Maßnahmen, weil man den Mut zu Plaketten gehabt hat.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Tanja Gönner war in dieser Zeit sehr mutig und hat es hier gemacht, und die FDP/DVP war immer dabei, die CDU auch. Das hat die Ministerin ja nie allein gemacht. Heute tun Sie so, als wäre all das nicht geschehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt!)

Was heute diskutiert wird, ist die Folge dieser Politik: Man muss über die Plakettenregelung eine Modernisierung der Flotte einleiten, wenn man die Luft im Straßenraum sauber bekommen möchte.

Es kommt immer wieder das Argument, es werde nur dort gemessen, wo es dreckig ist. Es ist klar definiert, wo Messstationen sein müssen, wo sie nicht sein dürfen, und nach genau diesen Vorgaben sind die aufgestellt. Wir haben Kontrollstationen. Es gibt nicht nur die eine Messstation, die auch noch Außenfühler hat – das habe ich auch schon dreimal erklärt –, zum Teil in 200 m Abstand. Wir haben an einer anderen Stelle der B 14 nochmals eine Kontrollmessstation. Diese Messstationen sagen eindeutig: Auch seitdem diese Grenzwerte – seit 2005 – gültig sind, sind sie in Stuttgart immer noch nicht eingehalten, und zwar auf der ganzen Achse,

(Abg. Anton Baron AfD: Weil Sie die Werte zu weit runtersenken!)

nicht nur am Neckartor – Tendenz fallend, aber nicht so schnell, wie man es gern hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Damit will ich Folgendes sagen: Bei all den Reden habe ich immer wieder gemerkt: Sie nehmen das Problem der Luftverschmutzung nicht wirklich ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: So ist es! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ist es! Genau!)

So werden wir auch nicht weiterkommen.

(Zuruf von der CDU)

Die Gerichte sind mehrfach von Bürgerinnen und Bürgern und der Deutschen Umwelthilfe angerufen worden. Ich finde es ziemlich billig, eine Organisation anzugreifen, die vor Gericht geht und einen Prozess nach dem anderen gewinnt.

(Beifall des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Wie kann das sein? Wenn es so eine Deppenorganisation wäre, müssten ihre Forderungen eigentlich von jedem Gericht abgelehnt werden. Mit ihren Rechtsanwälten argumentieren sie strikt bezogen auf das Umweltrecht. Deswegen wird bei jedem Gericht festgestellt, dass Gesundheitsschutz ein hohes Gut ist und dass Politik und Wirtschaft dafür sorgen müssen, dass die Luft sauber ist. Das ist unser Auftrag.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die Einhaltung von Gesetzen ist ja auch nicht ganz unwichtig! – Abg. Anton Baron AfD: Sie sind doch sieben Jahre in der Regierung!)

Es ist aber genauso der Auftrag der Bundesregierung und der Automobilindustrie. Herr Haußmann, wenn jemand die Rote Karte verdient hat, ist es zuallererst die Autoindustrie

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jawohl! – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: So ist es!)

mit ihren schlechten Fahrzeugen, die an NO<sub>x</sub> das Fünf- bis Zehnfache dessen ausstoßen, was auf dem Papier steht. Die sind zuallererst schuldig, weil alle unsere Anstrengungen – auch wenn Herr Rivoir sie immer noch bestreitet –, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, von den Schlechtfahrzeugen Euro 5 konterkariert werden. Wir wären heute schon durch, wenn die Fahrzeuge wirklich so gut wären, wie es auf dem Papier steht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die zweite Rote Karte gebührt der Bundesregierung. Es ist sehr lustig, dass Herr Rivoir unsere Regierung beschimpft und behauptet, wir seien zerstritten. Schaut doch einmal nach Berlin!

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Oh Gott! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da wollten Sie doch unbedingt hin!)

(Minister Winfried Hermann)

Die Umweltministerin von deiner Partei kämpft seit vier Jahren für eine blaue Plakette.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Dein früherer Wirtschaftsminister Gabriel war konsequent dagegen und hat dies verhindert. So viel zur Einigkeit in der SPD. Es gibt Streit in vielen Parteien. Deswegen ist es ganz schlecht, wenn man auf andere zeigt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die SPD streitet doch nie intern! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Jetzt kommen wir noch einmal zu den Gründen. Wie kam es eigentlich zu so schlechten Fahrzeugen? Wir haben zum einen den Betrugsfall VW mit Abschaltvorrichtungen, die illegal sind. Es wurden ungefähr 2,3 Millionen Fahrzeuge in den Verkehr gebracht, die eigentlich gar nicht zugelassen sind. Diese Fahrzeuge sind jetzt zwangsweise nachgerüstet worden. Warum? Wenn sie nicht nachgerüstet worden wären, wären sie stillgelegt worden. Das hat das Kraftfahrt-Bundesamt übrigens schon den Ländern mitgeteilt, und unsere Behörden hätten diese Fahrzeuge stilllegen müssen. Das ist jetzt nicht geschehen, denn man hat nachgerüstet.

Aber die anderen 2,5 Millionen, bei denen auch die Nachrüstung versprochen worden ist: Das ist sozusagen eine andere Form von Betrug. Das ist nämlich der Betrug, dass man bei dem Fahrzeug das Thermofenster, also die Abgasreinigung, öfter ausgeschaltet als eingeschaltet hat. Das ist ein zweiter Betrug. Genau dieser ist noch nicht behoben.

Viele haben gesagt: Beim Dieselpipfel hat man doch versprochen, dies zu machen. Jetzt sind sieben Monate vergangen, und kein einziges Fahrzeug ist nach dieser Methode nachgerüstet worden, obwohl wir übrigens bei unserem Gerichtstermin genau darauf Wert gelegt und gesagt haben: Wir wollen durch die Nachrüstungen Fahrverbote vermeiden – wenn sie denn gekommen wären.

Damit bin ich auch bei dem Richter des Verwaltungsgerichts Stuttgart. Er hat unseren Vorschlag, keine Fahrverbote zu machen, sondern auf die blaue Plakette zu setzen, weitere Maßnahmen zu ergreifen und auf die Nachrüstung zu setzen, abgewiesen mit der Begründung: „Ihr könnt uns doch nichts versprechen, was ihr selbst gar nicht einhalten könnt, weil das ja ein Versprechen der Automobilindustrie ist.“

Wir haben damals gesagt: „Man wird schon sehen. Wir kriegen das hin.“ Ich hatte übrigens auch die Hoffnung, weil ich dachte: Jetzt haben sie es in der Automobilindustrie kapiert. Wenn sie den Diesel, wenn sie ihr Image retten will, muss sie jetzt wenigstens bei der Nachrüstung aktiv sein.

Was ist geschehen? Nichts. Zweieinhalb Millionen Fahrzeuge wurden nicht nachgerüstet. Heute kann man hören: „Es dauert noch einmal ein Jahr, bis wir das vielleicht schaffen.“ Geschweige denn, dass sich die Automobilindustrie an die Hardwarenachrüstung gemacht hätte. Der ADAC hat zusammen mit uns nachgewiesen, dass auch die Hardwarenachrüstung gilt und möglich ist. Zusammen könnte man also wirklich etwas tun. Wenn man die Diesel sauber haben will, muss man sich da engagieren. Auch da hat die Bundesregierung kläglich versagt und hat die Automobilindustrie keine Verantwortung übernommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Nun haben sich heute viele ein bisschen in der Weise geäußert, als gäbe es hier keinen Rechtsstaat. Wir sind in einem Verfahren. Wir haben vom Verwaltungsgericht Stuttgart den Auftrag bekommen, Fahrverbote zu machen. Dort heißt es: „Fahrverbote auf Strecken“

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– oder in Zonen. Dagegen haben wir Revision eingelegt, weil wir gesagt haben: Das Land kann das gar nicht allein. Wir sind nicht zuständig. Zuständig ist der Bund. Das Bundesverwaltungsgericht hat uns mit aller Klarheit gesagt, der Richterspruch in Stuttgart könne im Großen und Ganzen nicht kritisiert werden, den müsse man anerkennen.

Nur in einem einzigen Punkt – das ist unser Erfolg bei dieser Gerichtsverhandlung – hat der Verwaltungsrichter in Stuttgart nicht recht. Man kann, wenn man Eingriffe in die Nutzung von Eigentum macht, das nicht in kurzen Fristen machen. Vielmehr hat das Bundesverwaltungsgericht gesagt: Ihr müsst mindestens bis zum September 2018 warten, bis ihr die ältesten Fahrzeuge rausnehmt, und ihr müsst mindestens bis September 2019 warten,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

bis ihr das bei anderen Fahrzeugen macht. Aber die Frage, ob die kommen oder nicht, hat er überhaupt nicht mehr infrage gestellt. Er hat gesagt: Das Gericht in Stuttgart hat nachgewiesen, dass alle Maßnahmen – das ganze Paket: besserer ÖPNV, Umrüstung auf Elektromobilität, Förderung des Radverkehrs, Förderung des Fußverkehrs, alles, was wir angestoßen haben – in der Summe nicht so viel bringen, dass wir unmittelbar und in Kürze die Grenzwerte erreichen können. Das war die Begründung des Verwaltungsgerichts, und das war jetzt auch die Begründung des Bundesverwaltungsgerichts, zu sagen:

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das stimmt doch nicht! Die Verhältnismäßigkeit wurde besonders hervorgehoben!)

„Weil das so ist, müsst ihr handeln.“ Das kann man natürlich ignorieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ignoriert doch keiner! Das ist eine Rechtsfrage!)

Aber die Verhältnismäßigkeit, hat das Gericht gesagt, hat sich eindeutig auf die Fristen und nicht auf die Maßnahme bezogen. Sie können das nachlesen. Wir haben ja die kurze schriftliche vorläufige Begründung des Bundesverwaltungsgerichts.

(Zuruf: Gibt es die?)

Wir werden natürlich noch prüfen – da gebe ich Herrn Dörfinger recht –, was in der ausführlichen Begründung steht. Dann schaut man sich an, was genau da drinsteht. Aber weiterhin ignorieren geht nicht.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir, die Landesregierung, haben klar zugesagt – wir sind auch in der Pflicht und haben da auch gar keinen Spielraum mehr –:

(Minister Winfried Herrmann)

Wir müssen den Luftreinhalteplan überarbeiten, den Entwurf, wir müssen selbstverständlich auch die Maßnahmen daraufhin überprüfen, wie viel sie bringen, also die Maßnahmen von den Busspuren bis zur Förderung des Radverkehrs. Dafür möchte ich dann gern auch einmal die Unterstützung von denen haben, die heute sagen: Wir wollen keine Fahrverbote. Es ist klar, dass Busspuren auch zulasten des Autoverkehrs gehen müssen; denn wenn der Bus im Stau steht, kann er nicht wirksam werden. Auch solche Maßnahmen gehören zu diesem Paket.

Wenn unsere Maßnahmen, die wir übrigens modellhaft durchgerechnet haben, nicht dazu führen, dass wir die Grenzwerte, die wir einhalten müssen, auch wirklich einhalten, dann gilt die Ultima Ratio. Aber das ist eine Ultima Ratio: Wenn alles andere nicht ausreicht, müssen wir es machen. Wenn man das ausrechnen kann, kann man nicht hier hinstehen und sagen, das werde wahrscheinlich alles gut. Das wird sich dann weisen, ob das gut wird.

Aber klar ist auch eines: Wir werden natürlich keine Fahrbeschränkungen anordnen, wenn wir die Grenzwerte erreicht haben.

(Zuruf von der AfD: Dann macht ihr neue!)

Das ist doch völlig klar. Dafür, dass wir so etwas nicht machen, stehe ich auch.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Aber wir werden alles tun – und damit einen ganzen Katalog umsetzen –, damit wir in Stuttgart und anderswo endlich saubere Luft bekommen. Dafür werde ich mich sehr einsetzen. Ich kann nur darum bitten, dass mich viele dabei unterstützen.

(Abg. Anton Baron AfD: Keinesfalls!)

Denn wir alle sind in der Pflicht, den Gesundheitsschutz als Gut hochzuhalten. Wir haben ein Abwägungsgebot, auch gegenüber Wirtschaftsinteressen, aber man kann die Gesundheit nicht immer hintanstellen. Das geht eben nicht.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Thomas Dörflinger CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ist es!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich noch einmal dem Kollegen Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben uns vorgeworfen, wir würden dieses Thema nicht ernst nehmen. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie im Jahr 2016 vor Gericht einen Vergleich vereinbart haben, der vorsieht, dass es ab 2018 am Neckartor 20 %

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weniger Verkehr!)

weniger Verkehr gibt. Da frage ich: Wer hat den Vergleich geschlossen, ihn jedoch nicht umgesetzt? Das waren doch Sie, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf: So ist es!)

Herr Dörflinger, herzlichen Dank für die Mutrede, aber wenn ich hier höre, dass Ihr Fraktionsvorsitzender sagt: Die blaue Plakette ist unser Ziel, weil sie mehr Übersichtlichkeit bietet –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein, nein! Ultima Ratio!)

Wenn Sie sich für die blaue Plakette einsetzen, weil sie zu mehr Übersichtlichkeit führt, dann zäumen Sie das Pferd von der falschen Seite auf. Sie müssen doch schauen: Wir wollen die Nachrüstung. Da sind wir uns doch einig. Wir wollen die Softwarenachrüstung, wir wollen die Hardwarenachrüstung. Keiner der Redner – Sie nicht, der Minister nicht, Herr Renkonen nicht – hat gesagt: Wenn es eine Nachrüstung gibt, dann bekommt ihr auch die blaue Plakette. Darüber ist überhaupt nicht gesprochen worden. Damit ist klar: Mit dem Ziel, die blaue Plakette einzuführen, machen Sie die Nachrüstung obsolet. Das ist doch die falsche Richtung. Sie müssen in die andere Richtung gehen. Deswegen auch die Diskussion hier bei dieser Thematik.

Jahr für Jahr – das wurde angesprochen – werden die Stickoxidwerte besser. Wir haben in Stuttgart schon jetzt – das ist ein Riesenerfolg – einen Euro-6-Anteil von 42,8 % bei den Dieselfahrzeugen. Wir sind da wesentlich schneller vorangekommen, als wir noch vor zwei Jahren geplant haben.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke des Präsidenten)

Das sollten wir noch mit aufnehmen. Bevor wir die blaue Plakette als Ultima Ratio einführen, gibt es neben Mobilitätsalternativen immer noch andere Alternativen,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ja welche denn?)

etwa streckenbezogene Überlegungen. Von unserem Minister haben wir noch einmal klar gehört: Er will die blaue Plakette. Damit werden jedoch im Grunde genommen die ganzen Überlegungen obsolet. Das ist die falsche Verkehrspolitik für Baden-Württemberg.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Anton Baron AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Renkonen das Wort.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Wenn ich das Geflüte hier so höre, dann frage ich mich: Wie wollen Sie eigentlich Recht und Gesetz umsetzen und einhalten?

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Wie kann man willkürlich solche Grenzwerte setzen?)

In Ihren Wortbeiträgen – sowohl bei der AfD als auch bei der SPD – ist nicht deutlich geworden, wie Sie das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts umsetzen wollen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

(Daniel Renkonen)

Sie haben keine einzige Maßnahme genannt, und gegen die blaue Plakette wettern Sie auch.

(Abg. Anton Baron AfD: Natürlich! Haben wir gemacht! Sie lehnen es ab! – Abg. Andreas Stoch SPD: Hören Sie schlecht? Aus dem Nahverkehr!)

Zur FDP/DVP, Herr Haußmann, möchte ich eines sagen: Wir haben natürlich einen Vergleich abgeschlossen, aber wir haben bereits von Anfang an gesagt: Wir brauchen als wirkungsvollstes Instrument die blaue Plakette, und da stehen der Bund bzw. die CSU permanent auf der Bremse. Sonst hätten wir solche Maßnahmen auch schon schneller umsetzen können.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich finde die Debatte einfach ziemlich verlogen. Man darf doch nicht immer nur vom Auto her denken, man muss einmal von den Betroffenen her denken, was die da durchmachen müssen. Das hat doch das Urteil auch deutlich gemacht. Es dreht sich hier immer alles nur um das Auto, aber es dreht sich nicht um die Menschen. Wir brauchen doch menschengerechte Städte und müssen Maßnahmen entsprechend umsetzen. Deshalb auch der Luftreinhalteplan.

(Beifall bei den Grünen)

Dafür stehen wir.

Das ist auch so ein Quark, Martin, mit der Enteignung. Wer enteignet denn eigentlich den Autofahrer?

(Abg. Anton Baron AfD: Schon einmal die Dieselfahrzeugpreise gesehen? Wertverfall!)

Wir enteignen doch keinen Autofahrer. Wir nehmen keinem sein Auto weg, sondern es gibt möglicherweise Fahrbeschränkungen, aber nur in den Städten, die die Grenzwerte überschreiten. Da kann man doch nicht von einer Enteignung reden.

(Abg. Anton Baron AfD: Natürlich!)

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Das war nur peinlich! Schade, dass ich keine Redezeit mehr habe!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich nochmals dem Kollegen Rivoir das Wort.

**Abg. Martin Rivoir** SPD: Vielen Dank. – Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Drei Punkte.

Beim Feinstauburteil zum Neckartor sehen Sie ja, wie man sich an Gesetze und Urteile hält. Der Verkehrsminister holt das Geld von der Finanzministerin, zahlt es an den Justizminister, und der gibt es wieder zur Finanzministerin. Das ist ein Perpetuum mobile der Strafen und der entsprechenden Zahlungen.

Der zweite Punkt, den ich ganz klar nennen will:

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das erste war aber schon nichts!)

Wenn die Automobilindustrie beim Diesel betrogen hat, muss sie natürlich dafür bezahlen, dass diese falschen Dieselmotoren nachgerüstet werden. Das ist völlig klar eine Aufgabe der Industrie.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da sind wir uns einig!)

Dritter Punkt: Für die blaue Plakette sind wir auch. Aber der Herr Minister hat gerade gesagt, wie die Fristen bei der Einführung der grünen Plakette waren. 2006 wussten die Leute mit klarer Ansage, dass 2012 die grüne Plakette gilt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus!)

Das sind die Übergangsfrieten. Es geht um die Wirtschaftlichkeit des Fahrzeugbestands. Nicht im Januar sagen, es gibt im September eine blaue Plakette, sondern im Januar 2018 sagen, dass es in den Zwanzigerjahren – wir müssen darüber reden, wann das dann sein wird – die blaue Plakette gibt. Dann hat jeder Klarheit und Planungssicherheit, und dann wird hier auch nicht so viel Geld verbrannt. Darum geht es im Endeffekt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, rufe ich jetzt nochmals **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Antisemitismus entschlossen bekämpfen – Drucksache 16/3622**

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt jetzt vor, und ich kann es verkünden:

Beteiligt haben sich 133 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 115 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein ein Abgeordneter;  
enthaltend haben sich 17 Abgeordnete.*

Dem Antrag Drucksache 16/3622 ist damit mehrheitlich zugestimmt, und somit ist Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

\*

Mit Ja haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbel Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

(Präsidentin Muhterem Aras)

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Claus Paal, Julia Philippi, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulstblei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Ernst Kopp, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stichelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfe.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Dr. Heinrich Fiechtner.

Mit **N e i n** hat gestimmt:

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon.

Der Stimme **e n t h a l t e n** haben sich:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Harald Pfeiffer, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

\*

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Die gläserne Decke durchbrechen – mehr Frauen in Aufsichtsräte, Parlamente und Verwaltungsspitzen – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte – –

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten. Das ist auch ein sehr wichtiges Thema, wenn ich das hinzufügen darf. – Vielen Dank.

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Wie immer darf ich die Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich wie immer der Verweis auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Walker das Wort.

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich anlässlich des morgigen Weltfrauentags zunächst über Männer sprechen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Jawohl!)

Der Titel der Debatte lautet: „Die gläserne Decke durchbrechen – mehr Frauen in Aufsichtsräte, Parlamente und Verwaltungsspitzen“. Aber auch für die Männer scheint es eine Art gläserne Decke zu geben. Auch Männer sind heute, im Jahr 2018, noch in vielen Arbeitsbereichen deutlich unterrepräsentiert.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja, bei Geburten!)

Besonders offensichtlich wird diese Unterrepräsentanz von Männern, wenn wir uns die unbezahlte Haus- und Familienarbeit ansehen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Zwar gibt es heute immer mehr Männer, die nach der Geburt ihrer Kinder die Elternzeit in Anspruch nehmen, aber im Durchschnitt sind das dann in der Regel maximal zwei bis drei Monate.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ruhe!)

Die Erwerbsarbeit unterbrechen, die Karriere vorübergehend auf Eis legen, das gehe hier fast gar nicht, hört man immer wieder – und dann drohe der Karriereknick.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Psychische Störung! – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Abg. Beate Böhlen GRÜNE meldet sich.)

Wer viele Kinder großzieht und deshalb dann nur in Teilzeit und in schlecht bezahlten Jobs arbeitet – – Da wird eine Unterbrechung gewünscht.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Moment! – Haben Sie einen Antrag zur Geschäftsordnung, Frau Abg. Böhlen?

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Entschuldigung! Nein!)

– Nein. – Also, fahren Sie bitte fort, Frau Abg. Walker.

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Darf ich fortfahren?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich bitte um Ruhe.

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Zuhören lohnt sich auf jeden Fall. Man kann vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch etwas lernen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Udo Stein AfD: Dass Mann und Frau unterschiedlich sind, ja! – Weitere Zurufe)

– Genau. – Man muss sagen, wenn man sich die Zahlen anschaut und die Argumente zur Kenntnis nimmt: Die Männer haben natürlich an dieser Stelle auch recht. Denn dass es zu einem Karriereknick kommen kann, das sieht man ja auch bei den Frauen.

(Thekla Walker)

In der häuslichen Pflege und in dem Bereich der Arbeit, den wir allgemein unter dem Begriff „Hausarbeit“ zusammenfassen, sieht es nicht anders aus. Auch hier gibt es offensichtlich eine Art gläserne Decke. Aus einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2016 geht hervor, dass der größte Teil der Arbeit in diesem Bereich weiterhin von Frauen geleistet wird. Sie bringen für die unentlohnte Hausarbeit 60 % mehr Zeit auf als Männer. Auch für die Fürsorge für Angehörige wenden Frauen doppelt so viel Zeit auf wie Männer. Also: Waschen, kochen, Kinder und pflegebedürftige Familienangehörige betreuen, all das wird immer noch überwiegend von den Frauen gestemmt.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist daran falsch?)

Das sind alles Aufgaben, die erst einmal erledigt werden müssen, damit eine Familie überhaupt funktionieren kann, damit sich andere Familienmitglieder überhaupt der Erwerbsarbeit widmen können.

Problematisch ist diese geringe Teilhabe von Frauen an bezahlter Arbeit natürlich vor allem dann, wenn es um das individuelle Einkommen, die beruflichen Chancen und vor allem die Altersversicherungsansprüche der Frauen geht. Die Altersarmut – das wissen Sie, meine Damen und Herren – ist weiblich.

(Zuruf von der AfD: Das stimmt!)

Es ist zwar richtig, immer wieder den immensen Wert für unsere Gesellschaft zu betonen, den Kindererziehung oder die Pflege haben. In den Ohren derjenigen, die genau das gemacht haben, muss es aber wie Hohn klingen, wenn sie im Alter dann beim Sozialamt anklopfen müssen.

Die massive Unterrepräsentanz von Männern geht bei den sogenannten Careberufen weiter. Es sind kaum Männer als Geburtshelfer, Erzieher, Kranken- und Altenpfleger oder auch – das betrifft den Bildungsbereich – als Grundschullehrer präsent. In der erwerbsmäßigen Carearbeit setzt sich der Gender Care Gap weiter fort.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: „Gender Care Gap“! Ich glaube, ich spinne!)

Der Frauenanteil liegt hier bei bis zu 80 %.

Mit der hohen Verantwortung in diesen Berufen gehen ein niedriger Lohn und oft auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse einher. Die Statistik zeigt: Ist der Frauenanteil in einer Berufsgruppe sehr hoch, dann kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass es sich um eine schlecht bezahlte Tätigkeit handelt. Das finde ich – freundlich formuliert – unfair; das richtige Wort ist hier „skandalös“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch viele Bereiche, in denen Männer ganz gut im Rennen sind – man könnte auch sagen: überrepräsentiert. Ich denke hier an Aufsichtsräte oder an die Vorstände DAX-notierter Unternehmen.

(Abg. Anton Baron AfD: Automechaniker! Auf der Baustelle!)

Auf allen Führungsebenen finden wir hier nach wie vor fast ausschließlich Männer. Das hat sich ein bisschen geändert. Seit Einführung der Miniquote von 30 % für Aufsichtsräte 2016 stoßen etwas mehr Frauen durch die gläserne Decke. Die Quote wirkt also. Das kann man an dieser Stelle schon mal feststellen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU – Abg. Anton Baron AfD: Auf der Baustelle bräuchten wir auch mehr Frauen!)

Aber auch in der Politik sind Männer nach wie vor stark überrepräsentiert: in den Gemeinderäten, in den Kreistagen und am deutlichsten im Landtag von Baden-Württemberg.

(Abg. Anton Baron AfD: Eijejei!)

Mit einem Männeranteil von rund 75 % sind wir im Landesparlament von Baden-Württemberg bundesweit top.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje! Lächerliches Argument!)

Was den Frauenanteil anbelangt, sind wir natürlich Schlusslicht – man könnte auch sagen: Flop. Sie alle hier im Saal können mit diesem Geschlechterverhältnis doch nicht zufrieden sein. Ich hoffe, dass wir hier bald Fortschritte erreichen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Die grün geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren schon einiges getan, um diesen Missständen und strukturellen Benachteiligungen zu begegnen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert. Sie wissen, bei der frühkindlichen Betreuung waren wir einmal Schlusslicht. Diesen Bereich haben wir in den vergangenen Jahren deutlich nach oben gefahren und um insgesamt 50 % ausgebaut. Wir geben in diesem Jahr zum ersten Mal mehr als 900 Millionen € für die frühkindliche Betreuung aus.

Auch im Bereich der Ganztagsgrundschulen müssen wir weiterkommen. Dort werden wir den Ausbau ebenfalls entsprechend vorantreiben.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir haben das Chancengleichheitsgesetz für den öffentlichen Dienst auf den Weg gebracht. Wir setzen uns für paritätische Gremienbesetzungen, Quotenregelungen und auch für starke Gleichstellungsbeauftragte ein.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau, für lauter Unfug!)

Mit den Kontaktstellen „Frau und Beruf“ fördern wir Frauen beim Wiedereinstieg.

Ebenso sieht es bei den Hochschulen aus. In diesem Bereich haben wir eine 40-%-Quote für Hochschulrätinnen und ein Stimmrecht für die Gleichstellungsbeauftragten in der Berufungskommission eingeführt. Der Anteil der Professorinnen in Baden-Württemberg ist noch niedrig. Er ist jetzt auf im-

(Thekla Walker)

merhin 20 % gestiegen, aber auch hier muss man in Zukunft noch deutlich mehr tun, um den Frauenanteil in den Leitungspositionen der Wissenschaft zu erhöhen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Walker, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der sollte sich erst mal für seinen Zwischenruf entschuldigen!)

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Nein. – Aber auch in der Landesregierung sieht es heute anders aus. Wenn Sie einmal zehn Jahre zurückgehen in das Kabinett Oettinger, dann werden Sie feststellen, dass es nur eine Ministerin und keine einzige Staatssekretärin gab. Immerhin haben wir jetzt im Kabinett Kretschmann II – zehn Jahre später – vier Ministerinnen, eine Staatsrätin sowie fünf Staatssekretärinnen, also immerhin eine Quote von 47,6 %.

(Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn!)

Über solche Erfolge können wir uns freuen. Aber darauf dürfen wir uns natürlich nicht ausruhen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Rüdiger Klos AfD: Wo war der Schuldenstand höher?)

Nehmen wir den Frauenanteil in den Parteien: Geht da nicht noch mehr? Keine Sorge, ich erspare Ihnen jetzt einen ausführlichen Werbeblock. Aber in keiner anderen Partei engagieren sich mehr Frauen und sind in Führungspositionen und Gremien vertreten als bei uns Grünen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn!)

Unser Erfolgsmodell ist die Quote. Die Quote wirkt.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch völliger Quatsch!)

Wenn Ihnen 50 % zu viel sind, dürfen Sie auch in kleinen Schritten anfangen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Warum nicht 80?)

Wenn ich durch die Reihen schaue, dann stelle ich fest: Für manche wären schon 20 % ein Quantensprung. Also: Trauen Sie sich! Machen Sie es!

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Sie sprechen halt mehr die Frauen an! Ist doch okay!)

Natürlich muss auch die öffentliche Hand mehr tun. Der öffentliche Dienst nimmt insgesamt schon eine Vorbildfunktion ein. Hier wird vieles richtig gemacht. Aber wenn man sich die Führungspositionen anschaut, sieht es auch da nicht besonders gut aus, obwohl 70 % der Absolventen unserer Hochschulen in Kehl und auch in Ludwigsburg weiblich sind. Dort werden ja die künftigen Fachkräfte für die Verwaltungen und als Bürgermeisterinnen, Landrätinnen, Amtsleiterinnen ausgebildet.

Wenn man sich die Bilanz insgesamt anschaut, sieht man: Es gibt in insgesamt 35 Landkreisen derzeit nur drei Landrätinnen,

(Abg. Anton Baron AfD: Aber woran liegt das?)

nur sieben Oberbürgermeisterinnen und 80 Bürgermeisterinnen in unseren 1 101 Gemeinden in Baden-Württemberg. Verglichen mit dem Frauenanteil in der Bevölkerung insgesamt ist das schon ein demokratisches Armutszeugnis.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Was hat das damit zu tun?)

Wer die Organigramme der Rathäuser, der Landratsämter und auch der Ministerien durchschaut, der oder die fragt sich, warum die überwiegende Anzahl der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst weiblich ist, nur nicht in den Führungsetagen. Da sieht es genau andersherum aus.

(Abg. Anton Baron AfD: Warum ist das so?)

Liebe Verwaltungsspitzen, solltet ihr eine Amtsleiterin, eine Dezernentin oder Abteilungsleiterin suchen: Die top ausgebildeten Frauen, die qualifizierten Frauen, die Absolventinnen der Hochschulen, wie ich vorhin schon sagte, sind da. Wer sucht, der findet auch. Insofern gilt es jetzt, diese Führungspositionen dementsprechend zu besetzen.

All das ginge noch leichter und schneller – ich komme zum Anfang zurück, zur Familienarbeit, zu den Careberufen –, wenn sich auch Männer stärker an der Haus- und Familienarbeit beteiligen sowie Careberufe ausüben würden.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Das entlastet die Frauen. Da bin ich ganz sicher. Das verschafft auch der Wertschätzung und der Entlohnung in diesen Berufen einen enormen Schub. Wir müssen vielleicht auch die Frauen noch mehr unterstützen, damit die Männer diese gläserne Decke durchstoßen. Hier geht es aber vielleicht auch weniger um Fördern. Vielleicht müssen wir hier auch noch mehr fordern – also: weg von diesen gläsernen Decken, wo auch immer.

Lassen Sie uns jedes Jahr am Internationalen Frauentag Bilanz ziehen, wie es um die Fortschritte in den verschiedenen Bereichen bestellt ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Razavi.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Jetzt bitte nicht noch mal das Quotengewäsch!)

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Jahr 2018 markiert einen ganz besonderen Jahrestag im Kampf der Frauen um politische Gleichberechtigung. Vor hundert Jahren trat in Deutschland das Frauenwahlrecht in Kraft.

(Nicole Razavi)

Als erste Frau überhaupt in einem deutschen Parlament ergriff die Abgeordnete Marianne Weber im Karlsruher Ständehaus das Wort, also in einem Vorläuferparlament dieses Hauses. Sie stellte schon damals ganz selbstbewusst klar – ich zitiere sinngemäß –: „Wir Frauen sind für die Aufgaben im Parlament besser vorbereitet, als vielleicht die meisten von Ihnen glauben.“ Das hieß damals: Männer aufgepasst, wir Frauen können es besser, als ihr denkt. Ich kann diesen Satz heute, hundert Jahre später, nur 1 : 1 wiederholen. Er ist heute genauso richtig wie damals.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Und genauso falsch!)

Ich füge hinzu: Oft genug machen wir es ja auch tatsächlich besser, liebe Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD – Zuruf: Sehr richtig! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Steile These!)

Das Ringen um Gleichberechtigung hat viele Erfolge gebracht.

(Abg. Anton Baron AfD: Beispielsweise?)

Seit zwölf Jahren wird Deutschland höchst erfolgreich von einer Frau regiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Eijei! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Dieses Haus hat eine Präsidentin,

(Vereinzelt Beifall)

und immerhin vier von zehn Ministern unserer Landesregierung sind Frauen.

Übrigens, Frau Kollegin Walker, Sie haben sich ein bisschen verrechnet.

(Abg. Anton Baron AfD: Bei den Grünen ist es normal, dass sie sich verrechnen!)

Unter Günther Oettinger waren es deutlich mehr Frauen: Ministerin Stolz, Ministerin Gönner, Ministerin Schavan, Staatssekretärin Gurr-Hirsch, Staatssekretärin Lichy und Ministerin Werwigk-Hertneck. Es waren also deutlich mehr Frauen. Das will ich nur einmal einwerfen.

(Abg. Anton Baron AfD: Mit Rechnen haben es die Grünen nicht so! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas Ruhe. Wir sind ein Parlament. Zwischenrufe sind erlaubt. Sie sollten aber so sein, dass Frau Abg. Razavi mit dem Mikrofon die Chance hat, ihre Rede vernünftig zu Ende zu bringen. – Vielen Dank.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Es wäre nett gewesen, man hätte meine Zeit angehalten. Die läuft jetzt einfach weiter.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die bekommen Sie, Frau Razavi, keine Sorge. Ich habe die Zeit im Blick.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie kriegen die Zeit gleichberechtigt!)

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Gut. – Alle die Genannten machen ihre Arbeit gut. Doch bei allen Fortschritten, die wir in den letzten hundert Jahren zweifellos gesehen haben, ist noch viel Luft nach oben. Bis heute müssen Frauen ihren Anspruch auf volle Teilhabe besonders rechtfertigen. Eine Frau in einem Spitzenjob ist nach wie vor eine besondere Nachricht und nicht selbstverständlich.

Seien wir doch einmal ehrlich: Trotz gleicher und vielleicht sogar höherer Qualifikation als die männlichen Kollegen muss sich eine Frau oft genug immer noch sehr viel mehr beweisen. Die Frage „Kann die das überhaupt?“ steht zumindest unausgesprochen immer noch oft im Raum – bei Männern und bei Frauen.

Das gilt draußen in den Unternehmen, das gilt im öffentlichen Dienst, das gilt auch bei uns hier im Parlament. Davon, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, müssen wir wegkommen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

In den Vorständen der börsennotierten deutschen Unternehmen kommt auf 13 Männer auch heute noch nur eine Frau. Nur gut ein Fünftel der deutschen Professuren sind mit Frauen besetzt, obwohl die Studentinnen mittlerweile in der Mehrheit sind.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Noch nicht einmal auf jedem zehnten Chefsessel in den 1 100 Rathäusern in Baden-Württemberg sitzt eine Bürgermeisterin. Schauen wir einmal in die landesbeteiligten Unternehmen – das hat Herr Kollege Deuschle vor ein paar Jahren abgefragt –: Von 1 193 Führungskräften sind gerade mal 217 Frauen. Wir haben also auch da im Land selbst einen großen Nachholbedarf.

(Abg. Sascha Binder SPD: Wieder eine weniger! – Zuruf: Toto-Lotto!)

Für mich ist klar: Frauen leisten im realen Leben nicht selten mehr als Männer. Denn sie sind es, die heute oft die Doppelbelastung zwischen Beruf und Familie zu stemmen haben. Sie sind es, die beim Chef häufig und härter um Anerkennung und um faire Bezahlung kämpfen müssen. Sie sind es, die im Zweifel auch wesentlich öfter die Anstrengungen der häuslichen Pflege stemmen und vieles mehr. Ja, es sind die Frauen, die den Laden zusammenhalten und am Laufen halten. Das ist die Wahrheit.

Wahr ist aber auch: Wir Frauen haben oft einen anderen Blick aufs Leben und auch einen anderen Blick auf uns selbst. Viele Frauen – übrigens auch immer mehr Männer – wollen ganz bewusst eine ausgewogene Balance zwischen Beruf und Familie. Andere entscheiden sich auch 2018 bewusst für die Fa-

(Nicole Razavi)

milie und gegen bezahlte Arbeit. Sie bringen sich ein im Ehrenamt, in der Elternarbeit, in der Nachbarschaftshilfe, vielleicht auch in einem Kommunalparlament. Diese Arbeit ist unbezahlt, aber vor allem unbezahlbar. Auch diese Frauen verdienen unseren Respekt; auch ihre Entscheidung muss möglich bleiben.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP)

Wir sollten gerade am Weltfrauentag auch ihre Leistungen für unser Miteinander, für unsere Gesellschaft wertschätzen. Wir sollten es niemandem erlauben, die selbstbestimmten Lebensentwürfe von Frauen gegeneinander auszuspielen. Das wäre sicherlich nicht das, was sich unsere Vorgängerinnen vor hundert Jahren erkämpft haben.

Die Freiheit, sich selbst zu entscheiden, ist ein hohes Gut, und sie ist auch etwas Gutes. Lassen Sie uns also nicht den Fehler machen, durch falsch verstandenen Gleichstellungseifer nun auch noch die Frauen in die Männerklischees von gestern zu zwingen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Damit wäre für unsere Gesellschaft und auch im Übrigen für uns Frauen nichts gewonnen. Frauen können und wollen den Weg in die Spitze oft nicht gehen, weil ihre Ansprüche an das richtige Gleichgewicht dann nicht mehr erfüllbar wären.

(Abg. Anton Baron AfD: Ein bisschen mehr Selbstvertrauen!)

Wenn wir also die gläserne Decke nachhaltig durchbrechen wollen, dann helfen uns letztendlich keine Quoten und keine Regulierungen; wir brauchen vielmehr eine Veränderung der Kultur. Wir müssen den Beweis führen, dass Führungsaufgaben im Job und Familienarbeit vereinbar sind, dass auch Auszeiten keine Karrierekiller sind und es auch ganz oben eben nicht nur um Härte geht, sondern vor allem um Kompetenz.

Apropos Kompetenz – das sage ich auch an unsere eigene Adresse durchaus selbstkritisch –: Es sind nicht immer nur die Männer oder die Gesellschaft, die uns mit der Frage „Kann die das?“ im Weg stehen, oftmals sind wir es auch selbst, die die Frage stellen: Kann ich das?

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Die stellt sich ja wohl jeder!)

Kurzum: Wir Frauen brauchen wirkliche Veränderungen, wir brauchen selbst mehr Mut und Vertrauen in unsere eigenen Fähigkeiten und zum Wettbewerb auf Augenhöhe. Was wir nicht brauchen und wollen sind ein Schutzstatus und paternalistische Förderprivilegien.

Damit bin ich beim Wahlrecht. Auch hier sollten wir es uns nicht zu einfach machen. Wir dürfen nicht die Lösung des Problems suchen, indem wir einfach Stellschrauben am Regelwerk verändern. Eine Liste allein bringt nicht automatisch mehr Frauen ins Parlament.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, genau!)

Im Einzelfall mag das sogar ins Gegenteil umschlagen. Einige Frauen, die hier heute im Parlament sitzen, wären unter Umständen nicht da, wenn es bei der letzten Wahl ein Listenwahlrecht gegeben hätte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Genau! So ist es!)

Wenn wir es ernst meinen, dass wir mehr Frauen im Landtag wollen, dann brauchen wir keine Liste. Nein, wir müssen stattdessen alle miteinander in den Parteien dafür sorgen, dass mehr Frauen in den Wahlkreisen kandidieren, dass sie den Weg ins Mandat genauso selbstverständlich anstreben, wie es die Männer tun.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Bei den Grünen – die Kollegin Walker hat es gesagt – klappt es schon ganz gut, bei uns klappt es zumindest immer besser.

Wir wollen – da spreche ich für meine Fraktion – mehr Frauen in den Parlamenten, weil die Parlamente ein Querschnitt der Gesellschaft sein müssen

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und weil – das sage ich ganz selbstbewusst – wir Frauen der Politik auch guttun

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Anton Baron und Udo Stein AfD)

– da könnten die Männer ruhig ein bisschen mehr klatschen –, weil wir anders ticken, weil wir anders an die Dinge herangehen und weil wir mindestens so zielorientiert sind wie unsere männlichen Kollegen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und der AfD)

Ja, wir brauchen mehr Frauen in der Politik. Aber das Wahlrecht ist dafür nicht das richtige Instrument. Es führt nicht zum Ziel, im Zweifel lenkt der Zufall.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Wenn wir es ernst meinen, dann müssen wir uns schon mehr einfallen lassen. Da ist es mit Lippenbekenntnissen und Placebos, meine Herren, nicht getan. Dann müssen wir uns ernsthaft und glaubhaft damit auseinandersetzen, wie wir Frauen für die Politik und für die Kandidatur auf allen Ebenen gewinnen können, wie wir Frauen Mut machen, an sich und ihre Fähigkeiten zu glauben. Da liegt es auch an uns Frauen selbst, die heute hier in den Parlamenten sitzen, mit gutem Vorbild, selbstbewusst voranzugehen, so wie es Marianne Weber vor hundert Jahren getan hat. Wir Frauen sind tatsächlich für die Aufgaben im Parlament sehr gut vorbereitet und auch für andere Führungspositionen in unserer Gesellschaft.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wolle.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Morgen, am 8. März, ist Weltfrauentag. An diesem Tag geht es darum, auf Missstände in der ganzen Welt aufmerksam zu machen, wie z. B. Kinderarbeit, weibliche Genitalverstümmelung und Ehrenmorde, die dank Merkels Migrationspolitik längst in Deutschland angekommen sind.

(Beifall bei der AfD – Oh-Rufe – Abg. Rüdiger Klos  
AfD: Ja, das ist die Wahrheit! – Abg. Reinhold Gall  
SPD: Das ging jetzt aber schnell!)

Ja, es ist nicht zu leugnen: Kandel ist überall.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Das einzige Problem, das die Grünen an solch einem wichtigen Tag bewegt, ist, wie man den Frauenanteil in den Aufsichtsräten, in den Parlamenten und in den Verwaltungsspitzen erhöhen kann – wie man hört, durch die Einführung der Frauenquote.

Zu diesem Thema stellen sich uns, der AfD-Fraktion, folgende Fragen: Wie wollen Sie verhindern, dass dies nicht, wie bereits 2003 in Norwegen, zum sogenannten Goldröckchenphänomen führt? Weil sich nämlich dort nicht ausreichend kompetente und – wie Sie auch besprochen haben – führungswillige Frauen fanden, besetzen dort rund 70 Frauen etwa 300 Aufsichtsratspositionen und verdienen sich eine goldene Nase.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Zweitens: Führt die politische Konzentration auf das weibliche Geschlecht nicht automatisch zu einer Diskriminierung der anderen Geschlechter Ihrer Gender-Pseudowissenschaften wie Transmann, Transfrau und Transgender?

(Beifall bei der AfD)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: War das alles? – Zuruf von der SPD: Das war's schon? Reicht auch!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Wir fahren in der Aussprache fort.

(Unruhe)

Man muss die Redezeit nicht ausschöpfen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ach so! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr richtig! – Unruhe)

Die zehn Minuten sind ein Maximum.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wölflle.

**Abg. Sabine Wölflle** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal Dank an die Grünen, dass sie die heutige Aktuelle Debatte zu diesem Thema beantragt ha-

ben. Es war hier eigentlich jedes Jahr immer Konsens, dass wir am Rande des Internationalen Frauentags ein frauenpolitisches Thema diskutieren. Also vielen Dank, dass Sie das heute aufgegriffen haben.

Eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und mit gleichen Chancen ihre Lebens- und Berufsplanung ohne Benachteiligung aufgrund ihres Geschlechts erleben können, muss selbstverständlich sein. Dies ist unabdingbar, wenn wir uns in unserer Gesellschaft weiterentwickeln wollen.

Leider sind wir in der Realität noch nicht so weit. Das Weltwirtschaftsforum hat aktuell 144 Länder im Hinblick auf Geschlechterlücken geprüft, und zwar unter vier Themengebieten: wirtschaftliche Teilhabe, Zugang zu Bildung, Zugang zu Gesundheit und politische Partizipation. Hierbei landete Deutschland unter 144 Ländern auf Platz 12. Das ist aber kein Grund zur Freude, denn bei der letzten Erhebung im Jahr 2006 waren wir noch auf Platz 5.

Woran liegt das? Neben den skandinavischen Ländern überholen uns Schwellenländer wie Ruanda, die Philippinen und Nicaragua. Für unser hoch entwickeltes Industrieland, für dieses reiche und wirtschaftlich starke Land ist das wirklich kaum zu akzeptieren.

Staaten wie Burundi, Barbados und Bahamas haben im Bereich „Wirtschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit“ bessere Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt als Deutschland. Diesbezüglich liegen wir auf Platz 43 hinter Australien.

Wir hinken also bereits Jahrzehnte hinterher. Schweden hat schon vor 40 Jahren die entsprechenden Weichen gestellt; heute sieht man die Erfolge. So lange will ich nicht warten, bis wir eine geschlechtergerechte Gesellschaft haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Noch nie waren Frauen besser ausgebildet als heute. Die heute eher späte Mutterschaft ist auch ein klares Indiz dafür, dass sich Frauen zunächst einmal ein Fundament schaffen wollen, auf dem sie später, nach der Elternpause, aufbauen können.

Im Jahr 2018 haben die baden-württembergischen Frauen die höchste Geburtenrate seit 1973. Das hat seine Ursache nicht darin, dass sich Frauen am liebsten mit Kindern, Küche und Kirche beschäftigen, sondern sie wollen sich natürlich auch beruflich weiterentwickeln.

Die Rahmenbedingungen für die Frauen haben sich seit 1973 verbessert. Daran haben wir, die SPD in Bund und Land, einen erheblichen Anteil.

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Selbstlob stinkt!)

Der Ausbau der Elternzeit, der Rechtsanspruch auf Rückkehr in den Job und der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr helfen beiden Elternteilen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

(Abg. Anton Baron AfD: Nur kann sich das keiner leisten!)

(Sabine Wölfle)

Dazu haben wir, die SPD, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner – liebe Kollegin Walker, das haben wir gemeinsam getan; es war nicht allein ein grüner Erfolg; wir haben das gemeinsam gemacht – in der letzten Legislaturperiode den Pakt für Familien auf den Weg gebracht und haben damit einen entscheidenden Sprung nach vorn tun können.

Wir haben jetzt also hervorragend ausgebildete Frauen, die sich nach dem ersten Kind nicht in die berufliche Versenkung zurückziehen müssen. Sie arbeiten als Altenpflegerinnen, als Polizistinnen, im Handwerk, in den Verwaltungen oder in der Industrie. Sie sind heute – das war vor hundert Jahren noch sehr viel anders – auch als Ärztinnen und als Richterinnen auf dem Vormarsch. So weit, so gut.

Wir haben aber immer noch ein großes Delta, wenn wir uns die Leitungsebenen anschauen. Sogar in Bereichen, in denen mehrheitlich Frauen tätig sind, finden sich in der Leitungsebene überwiegend Männer. Das können wir am Beispiel Pflege und Gesundheit sehr gut beobachten. So sind heute von den Studienabsolventen im Bereich Medizin fast zwei Drittel Frauen. Der Anteil der Frauen unter den leitenden Ärztinnen und Ärzten in unseren baden-württembergischen Krankenhäusern liegt aber bei 9 %.

(Abg. Anton Baron AfD: Auf der Baustelle sieht es auch ganz mau aus!)

Entweder verzichtet also ein Großteil der Ärztinnen – aus welchen Gründen auch immer – darauf, Leitungsverantwortung zu übernehmen, oder aber es wird ihnen strukturell schwer gemacht. Die Gespräche, die ich in den letzten Jahren dazu führte – auch aufgrund eines Antrags, den ich in der letzten Legislaturperiode eingebracht habe –, belegen tatsächlich eher Letzteres.

Natürlich sind persönliche Beweggründe zu akzeptieren, eine strukturelle Benachteiligung von Frauen im Beruf jedoch nicht. Dazu gibt es auch einen klaren Auftrag unseres Grundgesetzes.

Deshalb bin ich froh, dass die SPD unter der Federführung von Bundesministerin Manuela Schwesig in der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags zwei große, entscheidende Gesetze – auch gegen schwere Widerstände aus der Union – auf den Weg gebracht hat. Sie sagten „Miniquote“. Das war leider ein Kompromiss. Wir wollten deutlich mehr; das war mit der Union nicht zu machen.

Das eine ist also das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen, mit dem insbesondere die feste Geschlechterquote von mindestens 30 % für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen eingeführt wird,

(Zuruf von der AfD)

und das andere ist das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen.

*Gleichberechtigung ... fällt nicht vom Himmel. Sie ergibt sich nicht einfach so. ... Soll sie sich durchsetzen, braucht sie Gesetz und Quote.*

Dieses Zitat stammt aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 25. Februar, Autor war Heribert Prantl – einer, der immer gesagt hat, er sei ein Quotengegner. In dieser Kolumne bringt er ganz klar zum Ausdruck: Ohne Quote und ohne gesetzliche Vorgaben passiert nichts. Recht hat er.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wird schon stimmen!)

Jetzt kann man zu Quoten stehen, wie man will, aber der Erfolg gibt dem recht.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen kann man deutlich sehen: Die Quote wirkt. Und sie wirkt nicht nur auf dem Papier, sondern sie wirkt zunehmend auch in den Köpfen.

Was ist mit unserer Landesverwaltung? Auch hier vollzieht sich der Fortschritt nur im Schnecken tempo. Aber wir haben in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit den Grünen dieser Schnecke etwas Beine gemacht und haben das Chancengleichheitsgesetz auf den Weg gebracht.

Ich möchte – wie so oft von diesem Platz aus – auch bei diesem Thema an Artikel 3 Absatz 2 unseres Grundgesetzes erinnern:

*Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.*

Darauf baut auch das zum Ende der letzten Legislaturperiode verabschiedete Chancengleichheitsgesetz. Dieses Gesetz war richtig, und wir werden nach wie vor ein prüfendes Auge auf die Umsetzung richten. Wir haben es gehört: Die Zahl der Absolventinnen, speziell in Kehl, ist sehr hoch.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist ungerecht!)

Wir werden sehen, wie sich dies später dann auf den Leitungsebenen widerspiegelt. Im kommenden Jahr gibt es dazu eine Evaluation; diese müssen wir uns gemeinsam anschauen und müssen das Gesetz dann vielleicht sogar nachschärfen.

(Zuruf von der AfD: Oder aufheben!)

Nun zum letzten Bereich, zur Politik: Zunächst einmal warten wir immer noch auf die großen gleichstellungspolitischen Vorhaben dieser Landesregierung.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie stellen sich ja schon mit der FDP prozentual gleich!)

In der letzten Legislaturperiode ging die CDU mit „Frauen im Fokus“ auf die Straße. Dies war eine große Sache. Aber der Erfolg stellte sich offenbar nicht ein; zumindest hört man nichts mehr davon. Das einzige frauenpolitische Thema ist aktuell die Änderung des Landtagswahlrechts – und hier sind die Koalitionspartner hoffnungslos zerstritten. Der vor Kurzem vorgelegte und auch als solcher bezeichnete Kompromissvorschlag – der gar kein Kompromiss war; denn die CDU hat an diesem Kompromiss ja gar nicht mitgewirkt – wurde gerade juristisch in Stücke gerissen.

(Sabine Wölfe)

Zur Änderung des baden-württembergischen Landtagswahlrechts möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Auch wir, die SPD-Fraktion, wollen den Anteil der Frauen in diesem Parlament erhöhen.

(Abg. Anton Baron AfD: Aber wie?)

Dass dies nicht leicht zu erreichen ist, wissen wir selbst. Aber wir sind bereit, in einen konstruktiven Dialog einzutreten.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Kollegin Razavi, laden Sie uns dazu ein; wir kommen, und wir diskutieren gern mit Ihnen darüber.

Ich halte es in einem ersten Schritt für dringend notwendig, dass dieser Wille von allen Fraktionen im Landtag – oder jedenfalls von der überwiegenden Zahl der Fraktionen – geteilt wird. Das erfordert insbesondere, dass die CDU-Fraktion ihren Beschluss zur Ablehnung einer Reform des Landtagswahlrechts zurücknimmt. Heute, einen Tag vor dem Internationalen Frauentag, und im 100. Jahr seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts – damals durch die SPD – für Frauen in Deutschland böte sich hierfür eine gute Gelegenheit.

Was wir nicht wollen, ist, auf einen Dialog mit Ihnen so lange warten zu müssen, bis sich die Koalitionsfraktionen auf einen bilateralen Kompromiss geeinigt haben, der uns dann als nicht mehr veränderbare Grundlage für eine Beratung vorgelegt wird.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: So ist es doch immer!)

In dieser Form wird in deutschen Parlamenten aus gutem Grund nicht über Änderungen im Wahlrecht diskutiert.

Seien wir als Parlament Vorbild und geben heute, einen Tag vor dem historisch wichtigen Tag, ein starkes Zeichen an die Frauen in diesem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Integration von Frauen in Leitungsteams hat positive Auswirkungen auf den Unternehmenserfolg. Das ist nicht nur an anderer Stelle wissenschaftlich erwiesen, sondern es ist auch eines der Ergebnisse der Bachelorarbeit meiner Tochter, die sich im letzten Jahr mit den Auswirkungen der Geschlechterrolle bei Führungsaufgaben beschäftigt hat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Deine Tochter, echt? – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das arme Kind!)

Ich möchte nun entlang des Debattentitels die Bereiche Verwaltung, Wirtschaft und Politik anreißen, möchte aber auch noch zum Internationalen Frauentag kommen.

2005 hat das Land Baden-Württemberg das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern

im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg verabschiedet. Wir haben hierzu 2013 den letzten Bericht von der Landesregierung bekommen; der nächste müsste 2019 vorgelegt werden.

Was waren denn die Ziele dieses Landesgesetzes? Die Ziele waren: die berufliche Förderung von Frauen, eine Verbesserung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen, eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in Bereichen mit Unterrepräsentanz, der Abbau von Benachteiligungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer.

Dieses Gesetz war gleichzeitig der Startschuss zur Einführung eines gleichstellungsorientierten Personalmanagementsystems.

Dem Bericht 2013 kann man entnehmen – es lohnt sich, diese 60 Seiten mal detailliert durchzulesen –, dass man bei Weitem noch nicht am Ziel ist, aber dank dieses Gesetzes schon einiges erreicht wurde – auch weil sich jedes Ministerium, jede Behörde intensiv damit beschäftigt hat.

2013 – letzter Stand – lag der Frauenanteil in der Landesverwaltung bei 58,3 % gegenüber 56 % in 2009. Im gehobenen Dienst waren es 63,9 % und im höheren Dienst 48,2 % – jeweils auch mit Steigerungen bei den Angestellten. Ich will nicht alle Zahlen vortragen.

Das Fazit lautet – ich darf zitieren –:

*Die Ergebnisse des vorliegenden Berichts zeigen, dass in Baden-Württemberg insgesamt die positive Bilanz einer konsequent betriebenen Gleichstellungspolitik überwiegt. Der Bericht belegt, dass merkliche statistisch nachweisbare Fortschritte zu verzeichnen sind. Dies gilt vor allem im Hinblick auf den kontinuierlich gestiegenen Frauenanteil in den höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen ... Aber auch bei den Maßnahmen, die der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen, wie z. B. Teilzeit- oder Telearbeit, hat sich einiges getan.*

*Neben der positiven Entwicklung zeigt der Bericht aber auch die noch bestehenden Defizite auf: Chancengleichheit und Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen sind noch nicht umfassend erreicht. ... Auch für Teilzeitbeschäftigte sind die Chancen in der Karriereentwicklung weiter zu verbessern.*

*Abschließend bleibt festzustellen: Es ist zwar viel erreicht worden im Hinblick auf die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg, doch es bleibt noch Handlungsbedarf. ... Auch um ihre Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten, muss sich die baden-württembergische Landesverwaltung aktiv um die gut qualifizierten Frauen bemühen und für sie attraktiv bleiben.*

An dieser Stelle darf ich auch den vielen Beauftragten für Chancengleichheit herzlich danken, die sich in den Landesbehörden mit viel Engagement für dieses Thema einsetzen und viel dazu beigetragen haben, dass wir in der Landespolitik und in den Landesbehörden Fortschritte erreicht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

(Jochen Haußmann)

Wir sehen, die Rahmenbedingungen sind ganz entscheidend, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, der Teilzeitarbeit und der Qualifizierung. Genau das ist in unserem Technologieland Baden-Württemberg im wirtschaftlichen Bereich natürlich auch von besonderer Bedeutung. Wir wissen, dass die Unternehmen heute Programme hierzu auflegen und enorme Aktivitäten zur Förderung von Frauen entfalten, auch was die Steigerung des Interesses von Mädchen und Frauen an der Technik betrifft.

Dazu wurden aus Landessicht schon einige Punkte angesprochen, wie die Kontaktstellen „Frau und Beruf“, die sich zwischenzeitlich etabliert haben und von ihrem Netzwerk her in ganz Baden-Württemberg tätig sind. Es gibt aber noch viele weitere Bereiche wie beispielsweise den Arbeitskreis Diversity, den Wirtschaftskongress „Spitzenfrauen – Wege ganz nach oben“ oder den Arbeitskreis Unternehmerinnen, die allesamt helfen, Frauen in Unternehmen zu bringen, auch in Führungsfunktionen.

Die FDP/DVP hat 2017 einen Antrag zum Diversity-Management gestellt, um dieses Thema nicht nur bei den Landesbehörden, sondern auch ganzheitlich bei den Unternehmen im Personalmanagement voranzubringen. Wir sehen, dass die Unternehmen, die das Diversity-Management in ganzheitlicher Form einführen, umsetzen und tatsächlich aktiv gestalten, deutlich bessere Ergebnisse hinsichtlich der Frauenanteile in Führungspositionen aufweisen.

Ich selbst war vor dem Einstieg in die Landespolitik über 20 Jahre in verschiedenen mittelständischen Unternehmen und weiß, dass gerade auch bei kleinen und mittelständischen Unternehmen häufig enorme Aktivitäten unternommen werden, um auch Frauen in Führungsfunktionen zu bringen. Dies geht auch ohne Quote. Sehen Sie es mir als jemandem, der aus dem Mittelstand, aus inhabergeführten Unternehmen kommt, nach, dass ich meine Schwierigkeiten habe, inhabergeführten Unternehmen, bei denen die Inhaber das volle Risiko tragen und in der Verantwortung stehen, eine Quote vorzuschreiben, wie es teilweise in anderen Ländern Europas der Fall ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ich komme zur Politik: Unser Fraktionsvorsitzender hat schon mehrfach angeboten, dass wir auch zum Thema Wahlrecht für Gespräche zur Verfügung stehen. Der Ball liegt bei den Handelnden, den Regierungsfractionen, uns entsprechend einzuladen. Wir haben immer wieder angeboten, dass wir auch für Gespräche zur Verfügung stehen.

Ich will aber einen weiteren Punkt ansprechen: Warum ist es vielleicht auch schwierig, gerade in der Politik auch Frauen zu gewinnen, die sich entsprechend engagieren? Gerade das Parteiengagement wirkt eben doch immer wieder abschreckend, weil es sehr zeitintensiv ist und weil es viele Präsenztermine gibt, die oft zu nicht familienfreundlichen Zeiten stattfinden.

Da könnte auch das Land aus unserer Sicht mit Aktivitäten, mit Initiativen vorangehen. Angesichts der Nachteile, die mit dem Präsenzprinzip verbunden sind, bieten sich gerade durch die Digitalisierung auch Möglichkeiten, neue Wege zu gehen, die es auch Frauen, die vielleicht nicht so viel Zeit haben, er-

möglichen, an der Politik, der Kommunalpolitik, der Parteiarbeit aktiv teilzunehmen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir entsprechende Initiativen ergreifen – auch über die Landesförderung aus dem Bereich der Digitalisierung.

Gestatten Sie mir zum Abschluss noch einige Worte zum Internationalen Frauentag, der, wie jedes Jahr, am 8. März, also morgen, stattfindet. Zunächst einmal gilt auch mein herzlicher Dank allen Frauen und Männern, die sich für den Frauentag einsetzen und mit vielen Veranstaltungen in Deutschland, aber auch in Europa und in der Welt dafür sorgen, dass wir jedes Jahr den Internationalen Frauentag begehen. Wie wichtig dies ist, wissen wir nicht nur aus der Diskussion hier im Landtag. Vielmehr wissen wir auch, dass die Gleichberechtigung von Frauen in sehr vielen Ländern überhaupt nicht erreicht ist.

Es geht um die Verletzung von Menschenrechten, es geht um Mädchen- und Frauenhandel, es geht um Zwangsprostitution in der Welt, und Gewalt gegen Frauen ist in vielen Ländern gang und gäbe. Ich freue mich, dass die Bundesrepublik am 1. Februar 2018 die Istanbul-Konvention ratifiziert hat: Neue Impulse für die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt. Ich habe den Sozialminister angeschrieben, nachdem wir dazu in der letzten Legislatur einen Antrag eingebracht hatten, wie wir uns diese Umsetzung vorstellen.

Häusliche Gewalt gegen Frauen erleben wir auch im Alltag in Baden-Württemberg und in Deutschland. Eine Studie aus dem Jahr 2004 zeigt, wie viele Mädchen und Frauen von häuslicher Gewalt betroffen sind.

Abschließend sage ich an dieser Stelle auch einen herzlichen Dank an die drei Fraueninformationszentren in Stuttgart, Heilbronn und Freiburg, die sich in vielen Themen rund um den Internationalen Frauentag, die wir hier aufgreifen – Mädchenhandel beispielsweise –, Tag für Tag mit großem persönlichen Engagement einsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Mielich das Wort.

**Staatssekretärin Bärbl Mielich:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebes Publikum! Es ist, wenn wir über die gläserne Decke sprechen, sehr sinnvoll, sich zunächst einmal anzuschauen: Wo stehen wir denn selbst dabei? Ich bemühe da einmal den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Danach lag 2014 der Anteil von Frauen in Führungspositionen deutschlandweit unverändert bei 29 % und damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Auch infolge des Inkrafttretens des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen – Frau Wölfle, Sie haben eben darauf hingewiesen – ist der Frauenanteil natürlich gestiegen, und zwar bei Aufsichtsratsmitgliedern um 3,7 Prozentpunkte. Das ist zwar ein guter Anfang, aber es muss natürlich deutlich mehr werden.

Im öffentlichen Dienst der Länder leiteten Frauen mit einem Anteil zwischen 13 % – in Thüringen – und 35 % – in Bre-

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

men – Abteilungen in den obersten Landesbehörden. Im Bund werden ein Drittel der Abteilungsleitungen von Frauen wahrgenommen. Im Bereich der Justiz sind Leitungsfunktionen ab der Besoldungsstufe R 3 in Baden-Württemberg zu 13 % mit Frauen besetzt; Berlin hat hier mit 37 % den höchsten Anteil.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin Mielich, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

**Staatssekretärin Bärbl Mielich:** Nein. – An den Hochschulen in unserem Land sind Professuren lediglich zu 22 % mit Frauen besetzt. Frau Ministerin Bauer hat heute ja auch eine Initiative gestartet mit dem Ziel, dass sich dieser Anteil deutlich erhöhen muss.

Das sind die bundesweiten Zahlen. Auf die landesweiten Zahlen haben Frau Razavi und auch Frau Wölfler eben schon hingewiesen. Von den elf Ministerposten im aktuellen Kabinett werden vier von Frauen bekleidet; das sind immerhin 36 %. Das entspricht genau dem Anteil, den wir auch in der letzten Legislaturperiode hatten. Aber wir haben in dieser Legislaturperiode einen deutlich höheren Anteil an Staatssekretärinnen und Ministerialdirektorinnen; immerhin 43 %, also zehn von 23.

Wir haben – das hat Frau Walker eben noch einmal deutlich formuliert – in den 44 Stadt- und Landkreisen lediglich vier Landrätinnen; das sind tatsächlich sogar mehr, als wir im Jahr 2011 hatten. Da gab es nämlich nur eine einzige.

Wir haben – Stand 1. März 2018 – insgesamt folgende Verteilung bei den vom Land zu besetzenden Aufsichtsratspositionen: Von insgesamt 359 Aufsichtsratspositionen sowie den Stellvertreterpositionen waren 229 mit Männern und lediglich 130 mit Frauen besetzt.

Wenn wir ein erstes Fazit ziehen, dann können wir sagen – das ist ja auch in allen Redebeiträgen eben sehr deutlich geworden –: Wir haben noch sehr viel zu tun. In den letzten sechs Jahren gab es eine deutlich positive Entwicklung, aber das kann natürlich nicht davon ablenken, dass es noch viel zu tun gibt. Ferner gibt es auch noch einzelne Bereiche, in denen wirklich große Unterschiede bestehen. Das gilt auch für die Landesverwaltung und die einzelnen Ressorts.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt ist auch ein wirtschaftlicher Faktor. Noch immer nutzen wir Talente und Potenziale der weiblichen Bevölkerung nicht genug. Der Internationale Währungsfonds kommt in einer Studie aus dem Jahr 2013 zu dem gleichen Schluss, nämlich dass der Anteil der Frauen, gemessen an wirtschaftlichen Aktivitäten, Wachstum und Wohlstand, weit unter ihrem Potenzial liegt – mit gravierenden Folgen.

Meine Damen und Herren, die oben genannten Zahlen verdeutlichen, dass es immer noch zu viele Barrieren gibt, die Frauen von einer Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt abhalten. Das ist im Jahr 2018 nicht zeitgemäß, und es ist nicht klug. Karriereentwicklungen entstehen nicht allein aufgrund einer Vielzahl individueller Entscheidungen. Wir können auch hier sagen – wenn wir uns die Frauen und auch die Männer hier im Parlament anschauen –: Natürlich ist eine Karriereplanung immer abhängig davon, wie die individuelle Lebenspla-

nung aussieht, was wir uns insgesamt vorstellen und welche Unterstützung es gibt, wenn Entscheidungen getroffen werden. Diese Entscheidungen werden natürlich immer auch von einem Rahmen beeinflusst; ein Rahmen kann Entscheidungen behindern, aber auch befördern, er kann Rollenbilder festigen oder sie überwinden helfen. Das heißt, es geht letztendlich darum, Möglichkeiten zu schaffen.

Da kommen wir, Staat und Gesellschaft, ins Spiel. Ob es eine Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit gibt, ob Verfahren und Kriterien zur Leistungsbeurteilung objektiv sind und ob Vorurteile zu Stereotypen werden – das sind eben genau die nicht individuellen Entscheidungen.

Wer von einer gläsernen Decke spricht, ist sich dessen bewusst, dass genau diese Mechanismen auch tatsächlich funktionieren. Es geht eben nicht um die Beurteilung der individuellen Entscheidungen. Diese können und sollen die Frauen und Männer natürlich für sich selbst treffen.

Es geht nicht darum, dass wir Gesetze formulieren, die eine ganz klare Richtung vorgeben, sondern es geht letztendlich darum, dass wir die Möglichkeiten schaffen müssen, damit Entscheidungen auch wirklich getroffen werden, ein Wunsch- und Wahlrecht, wie wir es in vielen anderen Bereichen haben, auch wahrgenommen wird, dass der Rahmen ein Rahmen bleibt und nicht zum Käfig wird, sodass die individuellen Entscheidungen zum Wo und Wann aufgrund der Voraussetzungen möglicherweise nur noch begrenzt zu treffen sind.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben eine klare Vorstellung davon, was dies heißt. In einer Publikation des Bundesfamilienministeriums vom letzten Jahr stand unter dem Stichwort „Memorandum Familie und Arbeitswelt – die NEUE Vereinbarkeit“, dass es ein neues Selbstverständnis gibt – ich sehe jetzt gerade die vielen jungen Menschen auf der Besuchertribüne –, dass die Erwartung der jungen Menschen ganz klar ist, dass es eine faire Verteilung der Aufgaben in dieser Gesellschaft geben muss. Voraussetzung dafür sind gleiche berufliche Entwicklungschancen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

An diesem Erwartungshorizont müssen wir unsere Politik orientieren.

Ich habe zu Beginn meiner Rede die Auswirkungen des Gesetzes des Bundes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst geschildert. Hier zeigt sich – das ist ja auch das Credo, das Frau Walker eben deutlich gemacht hat –, dass eine Quote helfen kann, wo es einen äußeren Druck braucht. Das sehen wir in der Politik, auch hier in der Zusammensetzung des Landtags, sehr deutlich. Dort, wo die Quote wirkt, haben wir einen hohen Frauenanteil.

(Beifall bei den Grünen)

Im Übrigen möchte ich sagen, dass auch die Europäische Kommission in ihrem Aktionsplan zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles genau dasselbe sieht. Eine verbindliche Quote ist auch dort ganz deutlich formuliert. Die Kommission führt als dritten von acht Aktionsschwerpunkten unter dem Stichwort „Die gläserne Decke durchbrechen“ aus, die Kommission werde insbesondere auf die Annahme des Vorschlags

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

zur Gewährung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern unter den Aufsichtsratsmitgliedern hinarbeiten. Also auch da eine ganz klare Positionierung.

Aber, meine Damen und Herren, was auch klar ist und was hier in den Redebeiträgen deutlich geworden ist, was aber auch in unserer praktischen Politik immer wieder deutlich wird: Eine Quote allein reicht nicht aus. Das zeigen die bundesrepublikanischen Entwicklungen seit dem Inkrafttreten des deutschen Gesetzes.

Das ist auch gar nicht möglich; denn ganz klar ist: Es geht letztendlich darum, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Karriere möglich ist, dass aber auch die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Sorgearbeit möglich ist. Quoten können die Voraussetzungen für gleiche berufliche Entwicklungschancen schaffen, aber sie schaffen nicht – ganz klar – die faire Aufteilung der Aufgaben in der Sorgearbeit. Genau darum geht es aber, wenn wir weiterkommen wollen in der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch in Bezug auf die Verteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit, weil die Aufteilung der Aufgaben nicht ausschließlich auf interne Unternehmens- und Verwaltungskulturen gelegt wird, sondern darüber hinaus die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit umfasst, und zwar für alle, unabhängig vom Geschlecht.

Vereinbarkeit ist das zentrale Schlagwort, wenn es um die Gleichstellungspolitik geht. Wir müssen als Gesellschaft anstreben, dass wir Sorge- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt aufteilen, dass Kindererziehung und Pflege von Angehörigen von Männern und Frauen gleichermaßen wahrgenommen werden. Dazu braucht es professionelle Rahmenbedingungen, die dort Angebote schaffen, wo sie benötigt werden.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin Mielich, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

**Staatssekretärin Bärbl Mielich:** Nein.

(Abg. Anton Baron AfD: Wozu sind Sie dann da? Um hier schöne Reden zu schwingen! – Abg. Sabine Wölfe und Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD zur AfD: Ihr habt doch noch Redezeit!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe schon mehrfach gesagt: Man muss nicht begründen, warum man eine Zwischenfrage zulässt oder nicht zulässt. Das ist die Entscheidung der Rednerin oder des Redners. Da gibt es keine Debatten. – Danke.

**Staatssekretärin Bärbl Mielich:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich fahre gern fort.

Wenn wir die professionellen Pflegeangebote vor allem auch in der ambulanten Pflege und die Kinder- und die Kindertagesbetreuung verbessern, Ganztagsangebote an Schulen schaffen, erst dann – davon bin ich überzeugt – legen wir den Hebel wirklich an die gläserne Decke.

Für Baden-Württemberg haben wir in der Vergangenheit bedeutende und nachhaltige Erfolge gerade und vor allem im öffentlichen Dienst erzielt. Wir haben die Kinderbetreuung massiv ausgebaut – das ist eben schon angesprochen worden –

und wir haben auch die Möglichkeiten des Ganztagsschulangebots mit Mittagstisch deutlich ausgebaut. Gerade in dieser Woche sind die neuesten Veröffentlichungen hierzu vonstatten gegangen.

Im öffentlichen Dienst haben wir die Arbeitszeitregelungen so verändert, dass sie besser mit den Erfordernissen der Sorgearbeit in Einklang zu bringen sind. Das verbrieftes Recht der Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit ist im öffentlichen Dienst Wirklichkeit.

Uns freut, dass mittlerweile zumindest ein Teil der Privatwirtschaft hier neue Wege geht. SAP hat in der letzten Woche ein Modell veröffentlicht, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeiten lässt, weitestgehend selbst zu bestimmen, an welchen Orten sie arbeiten wollen, und nur einen kleinen Prozentsatz der Arbeitszeit in der Firma zu leisten. Das Ganze hat den Hintergrund, dass mittlerweile längst klar geworden ist, dass es letztendlich auf die Effektivität der Arbeit ankommt und nicht auf den Ort des Einsatzes. Auch da gibt es also von Unternehmensseite – in diesem Fall SAP – die große Möglichkeit, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Familie und Sorgearbeit oder Familie und Beruf besser vereinbaren können.

Wir haben im öffentlichen Dienst eine Vorreiterposition, und wir sollten das auch in Richtung Wirtschaft ausweiten. Für uns im öffentlichen Dienst ist die Telearbeit eine große Möglichkeit. Sie stellt bei uns in der Verwaltung eher die Regel als die Ausnahme dar.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin Mielich, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

**Staatssekretärin Bärbl Mielich:** Nein.

(Zuruf von der SPD: Was?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Fahren Sie bitte fort.

**Staatssekretärin Bärbl Mielich:** Wir eröffnen Landesbediensteten die Möglichkeit eines Sabbaticals.

Aber wir müssen, wie gesagt, auch dringend an das Thema Pflege heran. Wie Sie wissen, tun wir, das Ministerium für Soziales und Integration, das mit Herzblut. Die Strategie 2020 ist auch aus gleichstellungspolitischer Sicht ein Leuchtturm. Diesen Weg müssen wir ganz konsequent weitergehen.

In diesem Sinn möchte ich noch erwähnen: Wir, Minister Lucha und ich, haben uns letzte Woche mit dem neu gewählten Landesfrauenrat – dessen Mitgliedern ich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich zu ihrer Wahl gratuliere – getroffen. Wir haben uns da sehr offen ausgetauscht und konstruktiv über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit gesprochen. Wir sind uns sehr einig darüber, wie wichtig es ist, dass wir als zwei zentrale Partner in diesem Land sehr viel mehr zusammenarbeiten müssen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Der Landesfrauenrat hat uns zu Recht auf das Thema „Personalentwicklung und Frauen in Führungsverantwortung in den

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

Landesministerien“ angesprochen. Wir nehmen das Thema „Frauen in Führung“ sehr ernst. Wir wollen ein Gesamtkonzept auf den Weg bringen, das auf den folgenden Säulen steht:

Transparenz herstellen: Wir wollen für die Amtsspitze und die personalwirtschaftlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger ein Monitoring erarbeiten, das offenlegt, wie hoch der aktuelle Frauenanteil in welchen Besoldungsgruppen ist. Denn nur wer die Tatsachen und Zahlen kennt, kann fundierte Entscheidungen treffen und nachsteuern, wo es notwendig ist.

Coaching, Mentoring und Peer Groups: Wir greifen hier sowohl auf moderne Arbeitsorganisation als auch auf Erfahrungen aus dem klassischen Netzwerkgedanken in Organisationen zurück – doch nicht als informelles Machtinstrument, sondern als breites Instrument der beruflichen Entwicklung.

Und wir möchten uns in einem weiteren Schritt breiter aufstellen. Solche Angebote sollen nicht nur zur Verfügung stehen, wenn der nächste Schritt auf der Karriereleiter ansteht. Vielmehr wollen wir Frauen und Männer bei ihrer individuellen Berufsplanung begleiten, um früh zu unterstützen und Potenziale zu fördern.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Sorgearbeit wollen wir weiter ausbauen. Das richtet sich gerade an Führungsfunktionen. Wir wollen unsere positiven Erfahrungen mit geteilter Führung und geteilter Arbeit weiter ausbauen. Denn die Übernahme von Führung am Arbeitsplatz und die Übernahme von Verantwortung in der Sorgearbeit dürfen sich nicht ausschließen. Dazu brauchen wir neue Modelle und eine entsprechende Offenheit.

Herr Haußmann, Sie haben am Schluss Ihrer Rede die Ratifizierung der Istanbul-Konvention angesprochen. Auf diese möchte ich noch kurz eingehen. Hier liegt einer unserer Schwerpunkte. Wir sind erst einmal sehr froh, dass es die Konvention gibt, weil sie auch einen sehr guten Rahmen dafür schafft, in welchem Maß wir aktiv werden müssen, um z. B. gemeinsam mit den Kommunen Konzepte zu erarbeiten, wie Frauen- und Kinderschutzhäuser in der Fläche gut organisiert und installiert, aber auch finanziert werden können. Das ist einer der Schwerpunkte, die wir in diesem Jahr in der Frauenpolitik auf Landesebene in unserem Ministerium ausgemacht haben und zu dem wir auf jeden Fall am Ende des Jahres ein klares Konzept vorlegen werden, um zu schauen, wie wir es auf verbindliche und gute Füße stellen können.

Wir müssen letztendlich – das ist das Fazit der heutigen Debatte – die gläserne Decke durchbrechen. Das ist keine leichte Aufgabe. Eben hat sich sehr deutlich herauskristallisiert, wie viele Bausteine da zusammenkommen müssen, an welchen Stellschrauben gedreht werden muss. Wir können es nur weiterhin versuchen. Wir können die gläserne Decke an einer Seite anheben, bis sie kippt und dann zerbricht.

Uns allen geht es doch darum – das ist heute sehr deutlich geworden –, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit viel besser aufzuteilen, sodass wirklich eine Gleichstellung möglich ist.

Wir stellen fest: Auch in Baden-Württemberg machen sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände dafür stark, dass der Frauenanteil in den Führungsgremien deutlich erhöht wird.

Genau das, was Sie eben gesagt haben, ist eine ganz wichtige Erkenntnis, die sich Bahn bricht. Die Zusammenbeitskultur in Unternehmen, aber z. B. auch in Behörden oder im Parlament wird deutlich besser, wenn wir eine gut gemischte Belegschaft haben, wenn der Frauenanteil deutlich größer ist. Frauen und Männer sind sehr verschieden, sie haben unterschiedliche Wahrnehmungen. Beiden gehört die Hälfte der Macht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich für die Fraktion der AfD Frau Abg. Wolle das Wort.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Wir haben jetzt sehr viel über das Thema Gleichstellung gehört. Nach Artikel 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Und das ist auch gut so.

„Gleichstellung“ ist ein Kampfbegriff der Radikalfeministinnen,

(Lachen bei den Grünen – Beifall bei der AfD)

die ebenso die Genderideologie als Pseudowissenschaft erfunden haben. Was bedeutet eigentlich „Genderideologie“? Dale O’Leary beschreibt in ihrem Buch „The Gender Agenda“ fünf Leitsätze, von denen ich vier zitieren werde:

*1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.*

Das ist von 1997.

*2. Da mehr sexuelles Vergnügen zu mehr Kindern führen kann, braucht es freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.*

*3. In der Welt braucht es einen Sexualekundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt; es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.*

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört!)

*4. Die Welt braucht eine 50/50 – Männer/Frauen – Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbsarbeit nachgehen.*

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ganz genau!)

Simone de Beauvoir vertrat in ihrem Buch „Das andere Geschlecht“ die Meinung:

*Weil Frauen unterdrückt werden, müssen Frauen ihre weibliche Identität verleugnen, um in den Genuss der Privilegien von Männern zu kommen.*

(Carola Wolle)

Was vor einigen Jahrzehnten noch skurrile Thesen von Radikalfeministinnen waren, ist heute bereits Teil der Regierungsprogramme.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ganz genau! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Bitte?)

Doch nun konkret zur gläsernen Decke: Es ist im beruflichen Alltag nichts Ungewöhnliches, dass Arbeitnehmer trotz subjektiv empfundener Eignung nicht gefördert werden. Trotz aller Bemühungen gibt es kein Weiterkommen. Kollegen und Externe werden stets bevorzugt. Der Betroffene stößt an eine sogenannte imaginäre gläserne Decke – bei Männern alltäglich, bei Frauen dagegen stets ein untrügliches Anzeichen für die allgegenwärtige Diskriminierung.

(Beifall bei der AfD)

Doch warum erklimmen weniger Frauen als Männer die Karriereleiter? Werden sie tatsächlich von den Männern daran gehindert, nur weil sie Frauen sind? Aus feministischer Sicht ist dies selbstverständlich. Diese Sichtweise ist einfach zu verstehen, und jedes weitere Nachdenken, woran es tatsächlich liegen könnte, wird überflüssig.

(Beifall bei der AfD)

Umso größer ist dafür dann der daraus folgende Aktionismus, wie die heutige Debatte zeigt. Nachdenken kann manchmal hilfreich sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Sabine Wölfle SPD: Selbsterkenntnis ist der beste Weg zur Besserung! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oh ja, das hilft!)

Denn bei Frauen können durchaus andere geschlechtsspezifische Gründe vorliegen, warum sie erst gar nicht an die gläserne Decke stoßen. Es sind nun einmal Frauen, welche die Kinder zur Welt bringen. Nicht wenige haben den Wunsch, die Kinder dann auch selbst zu betreuen und zu erziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl! Genau!)

Kann dies nicht ebenso erfüllend sein wie eine Berufstätigkeit? Handelt es sich bei der Erziehung von Kindern und der Organisation des Haushalts wirklich um Tätigkeiten, die wertmäßig einer Berufstätigkeit nachstehen? Sollte nicht umgekehrt die Gesellschaft genau diese Lebensentwürfe wertschätzen? Dass dies oftmals als „Heimchen am Herd“ geringgeschätzt wird,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aber doch nicht von uns!)

das ist die eigentliche Diskriminierung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Karriereorientierte Frauen sind oft alleinstehend und kinderlos.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: So ein Quatsch!)

Ist dies wirklich das Leitbild für die Zukunft unserer Gesellschaft? Man könnte es wirklich meinen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Lassen Sie doch Frauen Frauen sein! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Wo steht das geschrieben? Kann man das nachlesen? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas Ruhe. – Fahren Sie bitte fort.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Aber viele Frauen sind offenbar schlauer als ihre Geschlechtsgenossinnen. Untersuchungen haben ergeben, dass sich gerade gut ausgebildete Frauen anstelle der Karriere für Kindererziehung und Familie entscheiden, sofern der Verdienst des Mannes ausreicht. Warum auch soll eine Frau sich dem Stress von Kindern plus Karriere aussetzen, wenn dies finanziell nicht notwendig ist?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau! So ist es!)

Warum müssen Frauen unbedingt Karriere machen?

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Weil sie es wollen!)

Warum bemisst sich der persönliche Erfolg im Leben am Erreichen einer weiteren Stufe auf der Karriereleiter?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sabine Wölfle SPD: Weil sie selbstbewusste Menschen sind! – Weitere Zurufe)

Für viele berufstätige Frauen ist der tägliche doppelte Kampf in Job und Kinderzimmer ein Spagat, auf den sie lieber heute als morgen verzichten könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Zurück in die Fünfzigerjahre! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Eine Frechheit ist das!)

Doch viele können sich das aus finanziellen Gründen überhaupt nicht leisten. Hier müsste der Staat unterstützend eingreifen und Familien mit Kindern noch stärker steuerlich entlasten.

(Beifall bei der AfD)

Weiter muss die Familienarbeit auch in der Rente, wie es bereits angesprochen wurde, viel mehr berücksichtigt werden.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Steuerbelastung steigt, und Frauen wird ein schlechtes Gewissen gemacht, wenn sie nicht berufstätig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: So ein Quatsch!)

Auch wird in jedem Bildungsbericht darauf hingewiesen, wie sehr die schulische Leistung, der schulische Erfolg vom Elternhaus abhängig ist. Leider wird diese richtige Aussage stets dazu missbraucht, mehr staatliche Betreuung zu fordern.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

(Carola Wolle)

Die umgekehrte Forderung wäre die richtige. Wenn der schulische Erfolg vom Elternhaus abhängt, sollten die Elternhäuser gefördert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Den Zusammenhang haben Sie nicht verstanden, oder?)

Denn die Ursache müsste bekämpft werden, statt die Folgen zu therapieren.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Wolle, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Abg. Carola Wolle** AfD: Nein.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nein, keine Zwischenfrage.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist doch gar nicht Herr Fiechtner, der die Zwischenfrage stellen will!)

**Abg. Carola Wolle** AfD: Aber das Gegenteil geschieht. Eine Frau ist offenbar erst dann ein vollwertiger Mensch, wenn sie zusammen mit den Männern die Karriereleiter erklimmt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Auch in der Politik?)

Die Kollateralschäden im Bildungsbereich übernimmt der Staat. Die Schäden an den Kinderseelen sind dagegen irreparabel.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ist das die Zukunft, die wir uns wünschen? Sicher nicht. Es ist aber die Zukunft, welche Sie mit Ihrer Phantomdiskussion von gläsernen Decken und ähnlich abstrusen feministischen Hirngespinnsten erreichen werden.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Warum stehen Sie eigentlich da vorn?)

Wann kommen Sie endlich zur Besinnung?

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wölfle.

**Abg. Sabine Wölfle** SPD: Vor ein paar Tagen hat das Magazin „Die Zeit“ einen Artikel herausgebracht, bei dem simuliert wurde, was eigentlich in Deutschland in den Parlamenten gewählt würde, würden nur Frauen wählen. Es überrascht mich gar nicht: Die AfD wäre in verschiedenen Parlamenten gar nicht vertreten.

Ihre Rede hat heute gezeigt: Die Frauen sind klüger, als Sie glauben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Deswegen ist die SPD bei 15 %!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein und setzen unsere Sitzung um 16:00 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 15:01 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 16:00 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren!

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

### Regierungsbefragung

Das erste Thema, gemeldet von der FDP/DVP-Fraktion, lautet:

Aktuelle Vorgänge beim Landesamt für Besoldung und Versorgung

Ich darf das Wort Herrn Abg. Dr. Aden erteilen.

**Abg. Dr. Gerhard Aden** FDP/DVP: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Landesamt für Besoldung und Versorgung ist ein unverzichtbarer Dienstleister unserer Landesverwaltung und weiterer Institutionen. Seine Mitarbeiter verrichten meist geräuschlos, mit Fleiß und Akribie ihre Tätigkeiten in der Abwicklung der Lohn- und Pensionszahlungen, Beihilfe usw.

Leider kamen in den letzten Monaten mehrere Probleme auf und drangen in die Öffentlichkeit. So wurde das LBV zum Ziel eines Cyberangriffs, mit dem die Rechenkapazität zum Schürfen von Kryptowährungen missbraucht werden sollte. Die Folge war das Abschalten des seitherigen Kundenportals und das Aufsetzen einer neuen Software unter der Adresse „www.service-bw.de“.

Als Zweites stellte die Einführung der neuen Abrechnungsoftware BABSYS+ verbunden mit Personalmangel die Mitarbeiter in der Beihilfestelle vor große Herausforderungen. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer lag 2014 bei knapp elf Arbeitstagen. Jetzt liegt diese ausweislich uns vorliegender Dokumente bei fünf Wochen, also 25 Tagen.

Als dritter und entscheidender Fall sind Doppelzahlungen von Lohnsteuerbeträgen an das Finanzamt Stuttgart-Körperschaften bekannt geworden. Hier hat ausweislich der Information des Finanzministeriums an den Vorsitzenden des Finanzausschusses ein Bearbeiter manuell eine zusätzliche Überweisung der Lohnsteuer von dem Landesamt für Besoldung und Versorgung in dem Zeitraum zwischen 2008 und 2014 vorgenommen, mit einem ausgelösten Schaden in Höhe von 91 Millionen €.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

von denen bisher 38 Millionen € wieder zurückgeholt werden konnten.

(Dr. Gerhard Aden)

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ich frage die Landesregierung, ob Sie bereits Erkenntnisse haben, warum diese Praxis der Doppelzahlung im Jahr 2014 beendet wurde und warum dies wohl niemand bemerkt hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor allem: verschwiegen! Bis jetzt! Untersuchungsausschuss!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Ich bitte die Regierungsvertreterinnen und -vertreter, möglichst kurze Antworten von maximal fünf Minuten zu geben, damit möglichst viele Fragen gestellt werden können. – Vielen Dank.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Aden, herzlichen Dank für das Lob, das Sie in der Ausführung zu der Frage zum Ausdruck gebracht haben. Dem Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jeden Tag eine Vielzahl von Fällen zu bearbeiten haben, schließe ich mich sehr gern an.

Um auf Ihre Frage einzugehen: Worum geht es? Sie haben es angesprochen: Es gab doppelte Steuerzahlungen durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung in den Jahren 2008 bis 2014. Sie haben auch korrekt den Betrag genannt, um den es geht. Es wurden nach unserem Kenntnisstand 91 Millionen € zu viel bezahlt. Wir konnten 38 Millionen € der Überzahlung zurückfordern. Bei den noch fehlenden rund 53 Millionen € wird noch geprüft, inwieweit eine Rückforderung möglich ist. Das ist relativ schwierig, weil eben nach einer gewissen Zeit eine Verjährung vorliegt.

Wir haben am 21. Februar den Finanzausschuss über diese Thematik informiert, und wir haben die Öffentlichkeit am 22. Februar per Pressemitteilung informiert. Sowohl das Schreiben an den Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen als auch die Pressemitteilung geben den Stand unserer Erkenntnisse zu diesem Zeitpunkt wieder.

Ein wichtiger Punkt dabei ist, dass wir sehr zeitnah, nachdem wir von der Problematik Kenntnis genommen hatten, eine Revisionsgruppe eingesetzt haben, die ebenfalls in dieser Februarwoche ihre Arbeit aufgenommen hat und die alle Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, aufklären soll. Wir haben auch den Rechnungshof und die Staatsanwaltschaft informiert.

Die Revisionsgruppe arbeitet nun. Wir haben zugesagt, dass wir den Finanzausschuss in der kommenden Woche darüber informieren wollen, was wir bis dahin wissen. In der Tat ist es aber so, dass ich Ihnen heute noch keine Neuigkeiten aus der Revisionsgruppe berichten kann. Sie ist jetzt dabei, aufzuarbeiten, hat uns aber noch keinen Bericht vorgelegt, aus dem ich hier vortragen könnte.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Bitte, Herr Abg. Dr. Aden.

**Abg. Dr. Gerhard Aden** FDP/DVP: Das ist ja noch nicht sehr umfangreich, was Sie uns in diesem wichtigen Fall mitgeben konnten. Ich möchte eine Nachfrage stellen.

Wer ist denn der Dienstherr des zu Unrecht empfangenden Finanzamts Stuttgart-Körperschaften, und wie hält dieser es mit der Frage, ob dieses Finanzamt gegenüber Rückforderungen seitens des LBV aus den Jahren 2008 bis 2011 die Einrede der Verjährung geltend gemacht hat?

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Herr Dr. Aden, ich möchte zunächst einmal eine Bemerkung vorwegschicken: Wir haben uns dafür entschieden, Sie so schnell zu informieren – den Finanzausschuss und auch die Öffentlichkeit –, wie es uns möglich war. Daran geknüpft ist aber, dass wir die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, noch nicht beantworten können, weil an der Aufklärung ja gerade erst gearbeitet wird.

Insoweit bitte ich einfach um Verständnis. Einen Tod muss man sterben. Wenn man spät informiert, kann man auch vollumfänglich antworten; wenn man früh informiert, muss man im Hinblick auf die Beantwortung von Fragen um Geduld biten.

Die Frage ist ja: Warum ist das nicht aufgefallen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, genau!  
– Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: So ist es!)

Warum hat die Finanzverwaltung die Doppelzahlung nicht entdeckt?

Es ist so, dass das LBV eine Doppelrolle hat. Es nimmt den Lohnsteuerabzug nicht nur für die Beamtinnen und Beamten sowie die Angestellten des Landes vor, sondern wickelt ihn als Dienstleister auch im Auftrag anderer öffentlicher Einrichtungen für deren Beschäftigte ab. Aus Sicht des Finanzamts besteht die für sämtliche Bedienstete anzumeldende und abzuführende Lohnsteuer nur in einem aggregierten Betrag, also einer einzigen Zahl.

Die Lohnsteueraußenprüfung, die das LBV überprüft, bezieht sich allein auf die konkreten Lohnsteuersachverhalte, die das LBV originär, also außerhalb seiner Rolle als Dienstleister, betreffen.

Die anderen Lohnsteuersachverhalte werden bei den jeweiligen Einrichtungen überprüft. Die konkreten Abläufe werden derzeit vom Finanzministerium aufgeklärt. Entsprechende weiter gehende Prüfaufträge sind bereits erteilt.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur FDP/DVP:  
Noch ein bisschen Geduld! Aber das ist vorbildliche  
Transparenz, oder?)

Dann danke ich Ihnen, Frau Staatssekretärin Dr. Splett. Damit ist dieses Thema für heute abgeschlossen.

Ich rufe das zweite Thema auf, gemeldet von der AfD-Fraktion:

Fehlende staatliche Kontrolle und Umfang des türkischen Konsularunterrichts in Baden-Württemberg

Wem von der AfD-Fraktion darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dürr, bitte.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kollegen! Mit der Kleinen Anfrage Drucksache 16/3390 fragten die Grünen nach dem Konsulatsunterricht, mit dem ca. 22 500 Schüler durch Lehrer, die vom türkischen Staat kommen, unterrichtet werden – in ihrer Muttersprache und in der heimatischen Landeskunde, wozu neben Geschichte, Kultur und Geografie auch Religionsunterricht gehören kann. Die Curricula werden von den Herkunftsländern ausgestaltet und verantwortet. – Da wundere sich noch jemand über das Wahlergebnis beim Erdogan-Referendum im Frühjahr 2017 in unserem Land.

Die Grünen wollen das ändern und wollen erreichen, dass, wie in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg als Land dies übernimmt, es gestaltet, verantwortet und bezahlt. Dies würde Kosten in Höhe von knapp 60 Millionen € jährlich auslösen, weil daran dann möglicherweise viel mehr Schüler teilnehmen würden.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung, Frau Ministerin: Jetzt nehmen ca. 22 500 Schüler hieran teil. Wie hoch ist das Potenzial? Wie viele türkischstämmige Schüler gibt es denn in Baden-Württemberg insgesamt – mit türkischem Pass, mit Doppelpass oder mit deutschem Pass –, und wie viele Lehrer unterrichten über das türkische Konsulat in baden-württembergischen Staatsschulen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Kultusministerin Dr. Eisenmann.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Muttersprachlicher Unterricht“ umfasst insgesamt 14 unterschiedliche Nationen und Herkunftsländer, die das Modell des Konsulatsdienstes gewählt haben. Die alternative Möglichkeit ist die, dies in staatlicher Verantwortung zu machen, wie es einige Bundesländer, beispielsweise Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, praktizieren.

Ich möchte zunächst sagen, dass wir, was den Konsulatsunterricht angeht, grundsätzlich keine Probleme anzeigen haben. Es gibt italienische Kinder, griechische Kinder, kroatische Kinder, die dies machen. Deshalb gibt es da vom Grundsatz her zunächst einmal gar nichts zu beanstanden.

Richtig ist, dass wir im Rahmen bzw. im Vorfeld des Referendums in der Türkei die Sorge mancher Eltern vernahmen, der muttersprachliche Unterricht könnte indoktrinieren. Dieser dient dazu, an die Muttersprache heranzuführen, die Muttersprache zu pflegen, ausgehend von der „Wanderarbeiter“-Richtlinie der Europäischen Union aus dem Jahr 1977 – das ist also vielleicht nicht gerade das jüngste Gesetzeswerk, auf dessen Basis wir arbeiten. Auch da haben wir festgestellt, dass es im Grunde so gut wie keine Beanstandungen gab. Sofern es diese gab, sind wir dem in aller gebotenen Sachlichkeit nachgegangen.

Sowohl bei den Regierungspräsidien wie auch bei den Staatlichen Schulämtern auf allen Ebenen sind Ansprechpartner benannt für den Fall, dass es beim muttersprachlichen Unterricht aufseiten der Eltern oder der Schulen Gesprächsbedarf gibt. Dem kommen wir dann nach. Das heißt, wir gehen mit großer Sorgfalt und mit großer Intensität vor. Deshalb ist es für uns zunächst einmal nicht erkennbar, was wir am Konsu-

latsunterricht als Grundsystem, bezogen auf die 14 Länder, ändern sollten.

Was sich allerdings grundsätzlich verändert hat – auch dies kann man der Antwort zur Anfrage entnehmen, auf die Sie sich beziehen –, ist, dass der Zuspruch zum muttersprachlichen Unterricht in den letzten sieben Jahren um über 30 % gesunken ist. Wir haben heute rund 50 % weniger griechische Kinder im muttersprachlichen Unterricht als im Schuljahr 2010/2011; wir haben 45 % weniger italienische Kinder im gleichen Zeitraum, und wir haben übrigens auch gut 30 % weniger türkische Kinder, die am muttersprachlichen Unterricht teilnehmen.

Die Frage, ob der muttersprachliche Unterricht also als Grundprinzip, als Angebot in dieser Form – ob staatlich oder als Konsulatsdienst – überhaupt noch zukunftsfähig ist, liefert Stoff für eine Diskussion, die man tatsächlich in aller Ruhe führen müsste. Die Stärkung der muttersprachlichen Kompetenz, die Verantwortung hierfür und der Umgang mit Muttersprache sind wichtig; diese Möglichkeit muss man den Kindern geben. Aber inwieweit hierzu noch der Rahmen eines muttersprachlichen Unterrichts nötig ist, ist angesichts des Schülerrückgangs von über 30 % insgesamt tatsächlich eine Frage.

Eine andere Frage ist die, ob nicht die Muttersprache vielfach im häuslichen Umfeld gepflegt wird und ob nicht in vielen Familien tatsächlich eher die jeweilige Muttersprache gesprochen wird als Deutsch. Damit verbunden ist die Frage, ob nicht die Stärkung der deutschsprachigen Kompetenz über eine entsprechende Sprachförderung bei den Kindern wieder stärker in den Mittelpunkt rücken muss.

Ich will ausdrücklich einmal die italienischen Kinder als Beispiel nehmen, bei denen sich in den letzten sieben Jahren ein Rückgang um 45 % gezeigt hat. Wir wissen, dass vielfach gerade italienische Kinder Probleme mit der deutschen Sprache haben. Das kommt als Rückmeldung aus vielen Schulen; das wissen wir also. Die Frage ist also, ob nicht die deutsche Sprachförderung viel stärker wieder in den Mittelpunkt rücken muss. Denn seit 1977, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der „Wanderarbeiter“-Richtlinie, haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geändert, und in den kommenden Jahren werden wir möglicherweise vor ganz anderen Fragen stehen, die wir dann auch ganz anders beantworten müssten.

Deshalb bekennen wir uns zum Konsulatsunterricht in dieser Form. Wir beobachten und begleiten dies kritisch; wir sehen bei diesem Thema aber insgesamt Diskussionsbedarf.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich habe eine weitere Wortmeldung, und zwar von Herrn Abg. Lede Abal.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Frau Eisenmann, Ihnen ist ja sicher aus vergangenen Jahren bekannt, dass es immer wieder konkrete Probleme beim muttersprachlichen Unterricht gab, sei es, dass es wegen ungeeigneten Lehrpersonals zu Klagen kam, oder – das stand auch im Fokus – durch Lehrmaterialien, genauer gesagt, durch Inhalte dieser Lehrmaterialien. Es war natürlich über viele Jahre hinweg gerade aufgrund dieser Erfahrungen Usus, insbesondere vonseiten des Kultusministeriums, ein Auge darauf zu haben, welche Inhalte dort verbreitet werden.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Deshalb meine konkrete Nachfrage, ob dem Kultusministerium momentan irgendwelche beanstandenswerten Lehrinhalte, Lehrmaterialien im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts – unabhängig vom Herkunftsland – bekannt sind.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Herr Lede Abal, natürlich ist klar, wir haben die Verantwortung. Das ist ja Teil des Konsulatsunterrichts – in der Verantwortung der Konsulate – ja, aber selbstverständlich schauen wir uns die Lehrinhalte an. Wenn wir ehrlich miteinander sprechen, geht es vor allem um den Bereich der türkischen Kinder, in dem sich all diese Fragen stellen. Das kann man ja offen sagen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei mir nicht, aber bei anderen durchaus!)

– Bei vielen anderen. – Die Frage ist, inwieweit eine Einflussnahme im Sinne von Politik, von Religion zu befürchten ist. Natürlich haben wir uns die Lehrinhalte angeschaut. Wir sind auch in ständigem Kontakt mit dem türkischen Generalkonsul – das ist gar keine Frage –, und wir begleiten das hoch kritisch. Wir haben unseren Staatlichen Schulämtern, den Regierungspräsidien deshalb angekündigt, konkret Anlaufstellen zu benennen, damit diese mit den Schulen in Kontakt sind, weil wir da eine starke Sensibilität haben. Dazu bekenne ich mich.

Aber wir haben – um Ihre Frage zu beantworten – wenige Einzelfälle gehabt – ich habe das gerade schon auf Ihre Frage hin ausgeführt –, und denen sind wir nachgegangen. Es waren aber keine konkreten Anlässe, sondern eher das Gefühl, dass indoktriniert werden könnte. Ich habe das konkret auf die Zeit vor dem Verfassungsreferendum in der Türkei bezogen. Da war eine hohe Sensibilität. Aber konkrete Anlässe, bei denen wir hätten konkret eingreifen müssen, waren in dieser Form nicht erkennbar. Nichtsdestotrotz – Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste – haben wir einen kritischen Blick darauf.

Aber, wie gesagt, die Frage „Konsulat oder staatliche Aufsicht?“ und die Frage, ob muttersprachlicher Unterricht in dieser Form generell überhaupt noch zukunftsfähig ist, bieten Stoff für eine Diskussion, die wir tatsächlich führen sollten.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Frau Ministerin, ich habe eine Nachfrage. Ich weiß nicht, ob ich Sie gerade falsch verstanden habe. Ich habe Ihre ersten Ausführungen so verstanden: Wir haben den muttersprachlichen Unterricht, und man kann einmal darüber nachdenken, ob man ihn zurückfährt – auch in Anbetracht der sinkenden Nachfrage –, um den Bereich Deutsch mehr zu intensivieren.

Wenn ich das so richtig verstanden habe, würde mich das insofern wundern, als wir diverse Studien kennen, sei es der Cito-Sprachtest in Nordrhein-Westfalen, sei es die Längsschnittstudie in Schleswig-Holstein. – Sie nicken, sie sind Ihnen bekannt. Dann ist Ihnen auch die LMU-Studie aus München bekannt. – Diese Studien kommen zu einem zentralen Ergebnis: Wenn wir Kinder in ihrer Muttersprache, also in der Hauptsprache des Elternhauses, fördern, bauen wir ein Sprachverständnis auf. All diese Studien haben belegt, dass die Kinder dann auch in Deutsch besser sind.

Daher würde es doch durchaus Sinn machen, einerseits diese Sprachkompetenz als einen Sprachschatz zu sehen und diesen zu heben. Von meiner Ausbildung her bin ich ja Kaufmann; ich sehe also, das hat auch wirtschaftliche Vorteile, wenn man später in der Sprache beispielsweise in den Handel treten kann.

Aber für uns im Grundschulbereich ist doch das zentrale Ergebnis: Kann der Junge gut Türkisch? Kann das Mädchen gut Italienisch? Wenn Kinder ihre Muttersprache gut beherrschen, haben sie auch eine viel größere Chance, gut Deutsch zu lernen, und können viel besser integriert werden.

Sie nicken. Kann ich also davon ausgehen, dass Sie da keinen Gegensatz sehen, und müssten wir nicht umgekehrt den doppelten Weg gehen und sagen: „Wir fördern die Sprachkompetenz auch in der Muttersprache, weil wir wissen, dass darüber auch die Integration in die deutsche Sprache besser gelingen kann“?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Vielen Dank für Ihre Nachfrage, Herr Fulst-Blei. Es ist mir wichtig, dass ich da nicht missverstanden werde – ich habe es in einem Beisatz gesagt –: Die Bedeutung muttersprachlicher Kompetenz ist völlig unbestritten. Die Studien, die Sie genannt haben, kenne ich; diese sind auch richtig und belegen dies.

Die eigene Muttersprache – egal, welche – zu können und auch einen Bezug zu dem Land zu haben, aus dem die Familie kommt, ist ganz wichtig. Deshalb ist es immer ein Ziel, dass die Muttersprache möglichst perfekt gesprochen wird. Das ist die eine Seite.

Tatsächlich muss ich feststellen, dass der muttersprachliche Unterricht schon etwas bringt. Man muss sich einmal vergegenwärtigen: Die Basis, auf der wir arbeiten, ist von 1977. Es ist die „Wanderarbeiter“-Richtlinie; sie benennt also schon namentlich im Titel, dass es genau um Kinder geht, deren Eltern über Monate quer durch unterschiedliche Länder ziehen. Diese Kinder sollen den Kontakt zur Muttersprache nicht verlieren – niederschwellig – und sollen diese Sprache sprechen.

Nur: Ich glaube, dass wir heute, im Jahr 2018, eher ein anderes Problem haben. Die Muttersprache wird in den Familien gesprochen. Darauf habe ich mich bezogen. Das erkennen wir auch, wenn wir uns Vergleichsstudien anschauen, wenn wir uns beispielsweise Schuleingangsuntersuchungen anschauen, deren Ergebnisse erst kürzlich vom Sozialministerium veröffentlicht wurden: Die Gesundheitsämter stellen fest, dass in Baden-Württemberg stabil ein Drittel der Kinder im Alter von vier Jahren einen massiven Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache haben, dass Kinder mit Migrationshintergrund aber immer weniger einen Sprachförderbedarf im muttersprachlichen Bereich haben.

Deshalb: Ich teile Ihre Einschätzung. Wenn die Muttersprache heute in den Familien mit Migrationshintergrund anders gepflegt wird, vielleicht sogar intensiver gepflegt wird – wir hören auch häufig, dass in Elternhäusern nicht Deutsch gesprochen wird –, dann stellt sich für mich die Frage, ob sich etwas verschoben hat. Wir müssen natürlich weiter darauf achten, dass die Muttersprache qualifiziert gesprochen wird.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Ich kann übrigens in den Schulen durchaus auch muttersprachlichen Unterricht machen. Es gibt ja auch Möglichkeiten, sich da prüfen zu lassen. Die Möglichkeiten sind ja insgesamt vorhanden.

Die Frage, die wir politisch bewerten müssen, ist für mich: Müssen wir die Muttersprache noch so belegen, wie wir es heute tun, mit dem muttersprachlichen Unterricht? Wenn ja, in welchem Modell – Konsulat, staatlich? Oder ist es nicht vielmehr so, dass die Muttersprache heute eine ganz andere Wertschätzung in den Familien genießt, dort gut gelernt wird und wir eher vor dem Problem stehen, dass die Kinder in der deutschen Sprache zunehmend Defizite haben? Das ist für mich eine Diskussion, die ich offen anspreche, wobei ich jetzt nicht sage – – Aber ich glaube, dass dies ein Diskussionsansatz ist, mit dem wir uns tatsächlich befassen müssen.

Hinsichtlich der Wertschätzung und der Bedeutung der Muttersprache sind wir jedoch völlig einer Meinung, Herr Fulst-Blei.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Es gibt weitere Fragen, zum einen von Frau Abg. Reich-Gutjahr und danach von Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen, Frau Eisenmann.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie muss!)

– Sie müssen sie zulassen. Danke, dass ich fragen darf. – Das ist egal. Belassen wir es dabei. Wir wollen anständig sein.

(Heiterkeit)

Zu meiner Frage: Sie hatten vorhin die Zahlen genannt. Die Zahl derer, die an diesem Unterricht teilnehmen, ist rückläufig. Haben wir auch Erkenntnisse, warum das so ist? Liegt das daran, dass die Kinder jetzt in der x-ten Generation schon hier sind und deswegen ihr Selbstverständnis eben auch nicht mehr ist: „Ich bin Türke“, sondern: „Ich lebe in Deutschland und bin Deutscher“? Gibt es Erkenntnisse, woran das liegt?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Ich beziehe mich – nur, dass Sie die gleiche Grundlage haben – – Ihnen liegt das auch vor. Das ist die Antwort zu der Kleinen Anfrage Drucksache 16/3390.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Eine sehr gute Drucksache! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Ja, sie kommt von Frau Abg. Boser und Herrn Abg. Lede Abal. Auf Seite 2 der Drucksache ist aufgeführt, wie sich die Schülerzahlen entwickeln. Da können Sie sehen, dass insgesamt ein Rückgang um gut 30 % erfolgt ist. Das ist ein beträchtlicher Umfang.

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Warum?)

– Die Frage nach dem Warum – – Das ist eigentlich genau die Antwort, die ich auf die Frage von Herrn Fulst-Blei zu geben versuchte. Ist es so, dass das Empfinden der Muttersprache deshalb nicht mehr so im Mittelpunkt steht, weil sie inzwischen zu Hause stärker gepflegt wird? Wie sich dies genau begründet, kann ich Ihnen nicht sagen.

Interessanterweise haben wir den größten Einbruch – nicht flächendeckend; das können Sie der Statistik entnehmen – bei den griechischen Kindern – ich sagte es vorhin: 50 % –; bei den italienischen Kindern gibt es einen Rückgang um 45 % und bei den türkischen Kindern um gut 30 %.

Bei den Kindern aus anderen Ländern wie Kroatien, Portugal, Serbien ist die Entwicklung stabil geblieben – aber natürlich auf sehr niedrigem Niveau. Im Vergleich: Die großen Gruppen sind die griechischen, die italienischen und die türkischen Kinder.

Wir tun uns schwer bei der Frage, warum dies so ist. Aber mir geht es eigentlich darum, dass wir uns in der politischen Diskussion ein Stück weit darauf konzentrieren, um dann auch passgenaue Angebote zu machen, bevor wir darüber diskutieren, in welcher Form – staatlich oder konsulatmäßig – wir dies tun. Deshalb haben Sie recht. Aber ich kann Ihnen auch nicht im Detail begründen, inwieweit sich diese Verschiebung inhaltlich erklärt.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, bitte.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Ich möchte ganz gern eine Lernfrage für mich stellen. Also, ich war jetzt gerade überrascht, dass Sie gesagt haben – – Bei den Eingangsuntersuchungen bei der Grundschule wissen wir: Das Thema Defizite betrifft, sage ich einmal, auch die sogenannten „Biodeutschen“. – Ich finde diesen Ausdruck ja fürchterlich.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Ich auch.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Dort haben wir Defizite, und es war richtig, dass wir die Sprachförderung in Baden-Württemberg seit 2003 zunehmend ausgeweitet haben, dass das konsequent durchgeführt wird.

Habe ich Sie richtig verstanden? Haben Sie wirklich gesagt, dass es Erhebungen gebe, was den Sprachstand im muttersprachlichen Bereich angeht? Denn das würde mich wundern. Das hätte ich noch nie gehört.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Das haben Sie missverstanden. Da habe ich mich falsch ausgedrückt.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Ja, eben, deswegen. Ich sage mal: Ich glaube nicht, dass wir wirklich eine Einschätzung vornehmen können, auf welchem Niveau zu Hause gesprochen wird. Um meinen Freund Ali zu zitieren: Den Deutsch-Türken erkennst du am „Güle Güle, Beißzange“, also daran, dass sozusagen bestimmte Grundbegriffe der Heimatsprache vorhanden sind; sobald es jedoch in den Spezialisierungsbereich geht oder um spezielle Ausdrucksformen – –

Was ich also wirklich immer daneben finde, sind die Diskussionen, die immer wieder zu hören sind: „Na ja, die sprechen doch daheim türkisch; deshalb brauchen wir doch keinen Türkischunterricht mehr.“ Das hieße ja: Unsere sprechen alle deutsch; brauche ich deshalb keinen Deutschunterricht mehr? Wir sind uns in diesem Haus, glaube ich, alle einig, dass der Deutschunterricht trotzdem notwendig ist.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Deshalb meine Frage: Sie haben vorhin anerkannt – die Studien geben uns da auch recht –: Wenn ich eine Muttersprache gut fördere, habe ich auch im Bereich Deutsch eine deutlich bessere Leistung. Müssten wir da nicht tatsächlich einsteigen? Wären Sie bereit, in eine konsequentere Förderung einzusteigen?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Herr Fulst-Blei, noch einmal: Ich habe mich darauf bezogen, dass – das ist ja jetzt vom Sozialministerium veröffentlicht worden – bei der Schuleingangsuntersuchung der Kinder in Baden-Württemberg im Alter von vier Jahren ziemlich konsequent bei einem Drittel der Kinder massiver Sprachförderbedarf, bezogen auf die deutsche Sprache, festgestellt wird. Das ist ja kürzlich veröffentlicht worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

In unseren Schulen ist das Ergebnis zumindest so, dass natürlich – da haben Sie recht – nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund, sondern auch bei Kindern ohne Migrationshintergrund festgestellt werden muss, dass das Sprachvermögen in der deutschen Sprache massiv nachlässt. Bei Kindern mit Migrationshintergrund ist das natürlich noch stärker zu beobachten als bei anderen; auch diese Untersuchungen sind ja breit bekannt. Darauf habe ich mich bezogen.

Vom Grundsatz geht es mir also darum, dass wir darüber diskutieren, was wir in den Schulen brauchen. Zur Muttersprache habe ich mich vorhin bekannt. Das ist ohne Frage so. Es gibt aber nicht schon im Grundsätzlichen einen Unterschied. Ich glaube nicht, dass wir in den staatlichen Schulen für jede Muttersprache ein staatliches Angebot machen müssen; dies würden wir auch gar nicht hinbekommen. Beispielsweise leben in ganz Baden-Württemberg nur 99 Slowenen. Wenn im staatlich überführten System ein Anrecht auf Unterricht in der Muttersprache eingeführt wird, dann muss ich es flächendeckend anbieten, und zwar für alle.

Da sage ich tatsächlich – da mögen wir unterschiedliche Auffassungen haben –: Ja, Muttersprache ist wichtig, ist anerkannt; wir bieten auch Möglichkeiten, Stichwort Konsulatsunterricht. Aber angesichts der Zahlen, die wir sehen, und natürlich auch aufgrund der Erkenntnisse, dass in der Förderung der deutschen Sprache der Handlungsbedarf größer wird – das ist, glaube ich, unbestritten; das können Sie aus allen Schularten hören –, stellt sich für mich die Frage: Wie passgenau muss das Angebot sein, das wir machen? Genau das möchte ich damit sagen, ohne bereits eine abgeschlossene Meinung darüber zu haben. Ich glaube, darüber müssen wir diskutieren. Ich glaube, dass etwas aus dem Jahr 1977 nicht mehr der optimale Ratgeber für 2018 ist.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Nun darf ich Frau Abg. Felder das Wort erteilen.

**Abg. Sylvia Felder CDU:** Frau Ministerin, meine Frage geht eigentlich in die gleiche Richtung. Die „Wanderarbeiter“-Richtlinie ist bereits über 40 Jahre alt. Gibt es denn in anderen Bundesländern und vielleicht auch anderen europäischen Ländern ebenfalls solche Diskussionen, wie wir sie führen? Kommt es auch da zu einem Rückgang der Zahl der interessierten Schülerinnen und Schüler? Könnte man daraus eventuell auch schließen, dass man diese Richtlinie einmal auf den Prüfstand stellt und fragt, ob es nach 40 Jahren nicht einen anderen Weg und eine andere Notwendigkeit gibt?

Ist die Situation in anderen Ländern ähnlich wie bei uns, oder ist das nicht der Fall?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Vielen Dank, Frau Felder. – Für andere Länder, international bzw. in Europa, kann ich Ihnen nicht sagen, inwieweit dort die europäische „Wanderarbeiter“-Richtlinie von 1977 Anwendung findet. Für Deutschland gab es – wobei man das sicherlich noch einmal aktualisiert aufgreifen muss – seitens der Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode keinen Ansatz, dies auf europäischer Ebene – dort müsste man es ansiedeln – zu hinterfragen und neu aufzusetzen. Aber das ist ein Thema, bei dem man unter Umständen auch noch einmal das Gespräch suchen muss.

Was die Bundesländer angeht: In Deutschland haben wir – das ist klar – Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz, die in staatlichen Schulen ein Angebot machen, aber übrigens auch nicht für alle Sprachen, sondern nur für eine gewisse Auswahl von Sprachen. Dann muss ich eben auch sagen: Ich wähle aus, was ich anbiete. Biete ich es analog dazu an, was ich an Lehrerinnen und Lehrern habe? So habe ich natürlich eine größere Breite.

Viele Bundesländer haben wie wir das Konsulatsmodell. In Bayern ist es der Freiwilligkeit der Konsulate überlassen, ob sie ein Angebot machen. Das wird nicht staatlich unterstützt. Dafür investiert Bayern in den Bereich der Sprachförderung insgesamt. Also, die gehen in dieser Hinsicht schon seit vielen Jahren einen Sonderweg. – Das sind die Modelle, die Sie in Deutschland finden.

Mir geht es darum: Ich bekenne mich zur Förderung der Muttersprache. Da muss man schauen, welcher Weg notwendig ist. Wie viel Spielraum kann ich den Konsulaten geben? Mir ist es schon wichtig, zu sagen, dass wir mit sehr vielen Konsulaten völlig problemfrei zusammenarbeiten, im Wesentlichen eigentlich mit allen. Wenn ich von Problemen spreche, muss ich so ehrlich sein, zu benennen, welche Probleme wir denn meinen. Das habe ich vorhin getan. Aber die Diskussion über die grundsätzliche Frage, ob das überhaupt noch in die Zeit passt – wenn wir uns jetzt überlegen, ob wir das Konzept ändern müssen und wie wir es ändern müssen –, müssen wir, glaube ich, im Sinne der Schülerinnen und Schüler, die mehrsprachig sind, durchaus führen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich habe noch eine weitere Wortmeldung, und zwar von Herrn Abg. Lede Abal.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der hat doch die Anfrage gestellt!)

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE:** Frau Ministerin Eisenmann, Sie haben gerade auf den Rückgang der Schülerzahlen beim herkunftssprachlichen Unterricht hingewiesen. Es sind dennoch immerhin noch knapp 40 000, die in Baden-Württemberg dieses Angebot wahrnehmen. Das sind, soweit ich jetzt die Systematik der Drucksache kenne, natürlich die, bei denen eine Förderung durch das Ministerium erfolgt, weil da natürlich auch bestimmte Mindestvorgaben für eine Förderung notwendig sind, nämlich z. B. eine Mindestklassengröße. Für kleinere Klassen übernehmen Sie die Förderung ja nicht.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Deshalb wäre meine Frage, ob Sie es denn – ohne Festlegung, aber grundsätzlich – für denkbar halten, dass analog der Lösung in anderen Bundesländern – ich kenne jetzt namentlich Nordrhein-Westfalen, das da auch mit Mindestklassengrößen arbeitet; dort sind es, glaube ich, im Primarbereich 15 Kinder, die daran teilnehmen müssen – eine solche Lösung auch in Baden-Württemberg eingeführt wird.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Grundsätzlich bin ich – deshalb habe ich es auch so offen angesprochen, Herr Lede Abal – offen. Ich glaube, wir müssen uns mit dem Thema befassen. In dieser Hinsicht sehe ich tatsächlich einen Handlungsbedarf. Natürlich gibt es auch andere Modelle, wie in Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz. In Rheinland-Pfalz beispielsweise machen sie ein Angebot in unterschiedlichen Sprachen – da, wo sie Lehrerinnen und Lehrer haben, also nicht in allen Sprachen – mit staatlichen Lehrern, also mit Lehrern, die im Landesdienst sind, die das mit einer gewissen Ausbildung und mit einem gewissen Bildungsplan machen. Das ist ja das, was man klassisch unter staatlicher Hoheit versteht.

Wenn ich das für alle anbieten will, die es wollen – wenn ich jetzt einmal von 14 Nationen ausgehe –, und das staatlich überführe mit Bildungsplan, mit Lehrkräften etc., dann ergibt sich die Summe, die auch schon in der letzten Legislaturperiode strukturell mit knapp 60 Millionen € veranschlagt wurde.

Jetzt will ich das Geld zunächst einmal gar nicht in den Vordergrund stellen, sondern für mich ist die Grundfrage: Ist denn der Weg insgesamt der richtige? Deshalb biete ich ausdrücklich an, über unterschiedliche Modelle gemeinsam zu diskutieren, um zu sehen: Wo müssen wir hin? Mir ist nur wichtig, dass wir uns analog den Entwicklungen der Schülerzahlen – die sich deutlich verändern – auch darüber Gedanken machen, inwieweit wir muttersprachlichen Unterricht überhaupt und, wenn ja, in welcher Form brauchen, und dies dann – das ist mein Ansatz – auch in den Bereich des Bedarfs deutscher Sprachförderung stellen. Darüber müssen wir offen reden. Ansonsten sind insgesamt sicher unterschiedliche Modelle denkbar.

Nur, klar ist: Wenn ich ein staatliches Angebot mache, gibt es natürlich trotzdem viele Möglichkeiten für Bevölkerungsgruppen, darüber hinaus eigene Angebote zu machen. Wenn es darum geht, etwas zu kontrollieren – dieser Ansatz kommt nicht von Ihnen, aber immer wieder von anderen – Wenn ich etwas in staatlicher Hoheit habe, dann weiß ich, was in diesem Unterricht stattfindet. Was aber nachmittags oder am Wochenende stattfindet, weiß ich trotzdem nicht. Das ist etwas, was man, glaube ich, beim muttersprachlichen Unterricht ehrlicherweise immer auch sehen muss. Das sind andere Themen. Das wird der muttersprachliche Unterricht nie lösen können.

Viel wichtiger ist mir darüber hinaus – das sage ich Ihnen ehrlich –, den islamischen Religionsunterricht in einer größeren Bandbreite und in einem anderen Spektrum in den Schulen schneller und besser zu etablieren. Das wäre mir ein Anliegen, das in diesem Zusammenhang auch eine Rolle spielt. Aber wir sollten das Thema des muttersprachlichen Unterrichts unter unterschiedlichen Gesichtspunkten beleuchten. Ich sehe Handlungsbedarf vor allem angesichts der Schülerzahlen, aber ich warne davor, zu meinen, dass das eine oder

ein anderes Modell zur Lösung von irgendeinem Problem führt. Ich glaube, das sollte man sich inhaltlich schon sehr gründlich anschauen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung dieses Themas für heute erledigt.

Wir kommen zum nächsten Thema, gemeldet von der Fraktion GRÜNE:

Weiterentwicklung der Eucor – The European Campus zu einer Europäischen Universität

Das Wort darf ich Herrn Abg. Marwein erteilen.

**Abg. Thomas Marwein GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, meine Damen und Herren! Meine Frage betrifft das Thema Eucor bzw. Europäische Universität.

Seit fast 30 Jahren kooperieren die Universitäten am Oberrhein im Eucor-Verbund miteinander. Konkret sind dies die Universitäten Basel, Freiburg, Straßburg, Mulhouse/Colmar und das KIT in Karlsruhe, die gegenseitige Angebote anerkennen und in engem wissenschaftlichen Austausch stehen. Die grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation ist ein gutes Beispiel für den gelebten Europagedanken.

Ich frage nun die Landesregierung, wie sie die Weiterentwicklung des Eucor-Verbunds zum trinationalen European Campus begleitet hat und wie sie diesen weiter begleiten möchte, insbesondere im Hinblick auf den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, zukünftig mehrere europäische Universitäten zu schaffen, die sich durch besondere wissenschaftliche Stärke auszeichnen sollen.

Vielen Dank.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Bauer.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Herr Abg. Marwein, vielen Dank für die Nachfrage. Wir haben dieses Thema in dieser Woche auch im Kabinett diskutiert und einen Beschluss dazu gefasst. Eine entsprechende Meldung haben Sie in diesen Tagen auch der Presse entnehmen können.

Es ist in der Tat so, dass wir das Thema Eucor, diesen trinationalen Verbund, der sich zum European Campus weiterentwickelt, vonseiten des Wissenschaftsministeriums aktiv begleiten, und zwar schon seit vielen Jahren. Das tun wir sowohl politisch als auch ideell als auch finanziell. So war ich z. B. bei der Verleihung des Prix Bartholdi 2016 bei Eucor zu Besuch und habe dort die Laudatio gehalten. Aber wir stecken auch Ressourcen in dieses Projekt. Konkret geht es darum, die Universität Freiburg und das KIT bei der Umsetzung des INTERREG-A-Projekts Eucor zu unterstützen. Wir haben dabei ein Finanzierungspaket von 4,2 Millionen € über mehrere Jahre in der gesamten Region ausgebracht. Baden-Württemberg gibt für die Projektlaufzeit 2016 bis 2018 den beiden Universitäten insgesamt 873 000 €, um diesen trinationalen Verbund voranzubringen.

(Ministerin Theresia Bauer)

Wir haben unterstützend und beratend begleitet, dass sich in der Region am Oberrhein ein Verbund entwickelt, der in der Tat die Grenzen zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz sukzessive überwindet und den Austausch von Studierenden erleichtert, die Fähigkeit zur gegenseitigen Anrechnung von Studienleistungen erleichtert, aber darüber hinaus auch die Kooperation innerhalb des wissenschaftlichen Lehrkörpers unterstützt. Es geht also auch darum, gemeinsame Forschungsprofile zu erarbeiten, gemeinsame Forschungsprofile auf den Weg zu bringen, gemeinsam antragsfähig zu werden, auch gegenüber der EU, und in einem weiteren Schritt gemeinsam Forschungsinfrastrukturen aufzubauen und zu nutzen.

Dafür ist dann im Detail richtig viel zu tun. Denn schon bei bundesländerübergreifenden Kooperationen ist es ja nicht immer ganz einfach. Jetzt überschreiten wir wirklich Nationalgrenzen, um gemeinsame Dinge zu nutzen. Da sind viele rechtliche Fragen zu klären. Auch sprachliche Hürden sind zu überwinden. Aber es ist ein Stück gelebtes Europa, was in dieser Region heute schon vorangebracht wird. Wir wollen deswegen die Kraft, die in dieser Region in der Bereitschaft zur Zusammenarbeit steckt, weiter unterstützen.

Die Region hat sich entschieden, gemeinsam Forschungsprofile in strategisch wirklich spannenden Bereichen auszubringen und voranzubringen. Lassen Sie mich ein paar wenige Beispiele nennen.

Im Bereich der Nachhaltigkeit wird die Region gemeinsam das Thema „Rückbau kerntechnischer Anlagen“ voranbringen. Wir haben eine Forschungsexpertise in diesem Bereich, die einzigartig ist. Es macht großen Sinn, dies miteinander voranzubringen und es miteinander für die Region, aber auch weit über die Region hinaus vorzuhalten.

Es gibt eine gemeinsame Forschungsstärke im Bereich der Quantenwissenschaften. Auch da werden die Profile inzwischen zusammen erarbeitet, und es werden gemeinsame Strategien aufgesetzt, wie man Forschung, Lehre und Innovation zusammenbringen kann. Das ist ein drittes Element, das uns wichtig ist: Wir wollen Kooperationen unterstützen, die Lehre, Forschung und Innovation – deswegen auch die Kooperation mit der Industrie, mit Unternehmen – zusammen denken und voranbringen.

Das Kabinett hat entschieden, die Weiterentwicklung von Eucor als European Campus hin zu einer europäischen Universität zu unterstützen. Sie haben eben zu Recht auf Macron verwiesen. Er hat im letzten September in einer Rede an der Sorbonne in Paris einen, wie ich finde, sehr bemerkenswerten Gedanken formuliert, nämlich: In einer Situation, in der die EU durchaus eine krisenhafte Periode durchläuft, ist es richtig, sich darauf zu besinnen, was eigentlich unsere europäischen Grundwerte sind, die Ideen, die uns verbinden, die europäischen Institutionen, die wir stärken müssen. – Neben der alten Institution Kirche gehören die Universitäten zu den ältesten europäischen Institutionen, die dann in den Blick kommen, die man sich anschauen und stärken muss.

Deswegen ist die Idee, europäische Universitäten auszubringen, gut. In der politischen Debatte werden zurzeit verschiedene Modelle miteinander diskutiert. Es gibt die Idee, Netzwerke zu unterstützen. Es gibt die Idee, Leuchttürme zu bau-

en, die territorial miteinander verbunden sind, gerade in Grenzregionen, hier am Oberrhein. Und es gibt die Idee, thematische Netzwerke zu finanzieren. Die Diskussion ist nicht abgeschlossen.

In Baden-Württemberg haben wir uns entschieden, nicht die EU-Debatte abzuwarten, welche Formate europäischer Universitäten irgendwann entstehen werden, sondern wir gehen am Oberrhein schlicht und einfach voran. Das, was schon gewachsen ist, die Bereitschaft, sich zusammenzutun, werden wir unterstützen. Wir werden mit einer eigenen europäischen Universität, so wie sie hier entsteht, der EU ein Angebot machen, dies weiter zu stützen und zu fördern, wenn es so weit ist, dass die EU dafür auch Ressourcen zur Verfügung stellt.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Räßple.

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Ich habe zwei Fragen.

Erstens zum Bürokratieaufwand: Wie schätzen Sie das ein, womit ist bei einer neu zu gründenden europäischen Universität zu rechnen – die Hochschulen klagen jetzt schon über einen sehr hohen bürokratischen Aufwand pro Student –, wenn verschiedene Systeme aufeinanderprallen?

Zweitens: Welches System wird sich durchsetzen? Wird es einen Mischmasch aus dem schweizerischen, dem französischen und dem deutschen Universitätsmodell geben, oder wird sich das deutsche durchsetzen? Werden die meisten Anteile aus dem deutschen System genommen, oder wird es eine komplett neue Universitätsstruktur in Bezug auf Abschlüsse und Studienordnungen geben?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Wenn man etwas Neues beginnt, hat man naturgemäß noch nicht alle Fragen geklärt. Es wird ein Suchprozess sein. Man wird schauen, inwieweit man Verständigungen und Lösungen erarbeiten kann. Wenn wir einen festen Plan in der Tasche hätten, stünde das Konstrukt schon ganz anders in der Welt.

Wir fangen den Prozess miteinander an. Es wird spannend werden, inwieweit es gelingt, länderübergreifende Freiräume und Experimentierräume zu schaffen, sodass auch einfache Lösungen erarbeitet werden können und nicht alles „verregelt“ wird.

Neue Regelungen zu erarbeiten ist zunächst einmal zusätzlicher Aufwand. Meine Philosophie in diesem Zusammenhang ist, die Dinge durch Vertrauensvorschuss und Freiräume vielleicht einfacher zu regeln. Es ist aber klar: Eine europäische Universität, die z. B. Mehrsprachigkeit fördert und einfordert, wird sich in jedem Fall mit den Abschlüssen, die dort gemacht werden können, im internationalen Rahmen bewegen müssen und keine Insellösungen hervorbringen. Deswegen wird sich das System sicher nicht aus dem Bologna-Prozess, aus der Bachelor- und Masterstruktur herausbewegen.

Selbstverständlich wollen wir auch in Zukunft die internationale Mobilität unserer Studierenden und Professoren. Ein dezidiert europäisches Projekt wird daher Internationalität und internationale Anschlussfähigkeit als oberstes Ziel haben.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Nun erteile ich Frau Abg. Rolland das Wort.

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie haben gesagt, dass durch die Finanzierung durch INTERREG A die Strukturen mit geschaffen worden sind und dass dies 2018 ausläuft. Wie geht es dann mit INTERREG 2027 weiter, und wie sieht die Forschungsfinanzierung aus, die durch das Land unterstützt wird? Das ist das eine.

Zum Zweiten: Eucor ist kein Selbstzweck. Vielmehr schließen sich die fünf, sechs Universitäten zusammen, um den Studierenden ein unglaublich gutes Angebot zu machen. Es stellen sich die Fragen: Wie kommen die Studierenden dahin? Wie gestaltet sich die Mobilität im Dreiländereck zwischen den Universitäten? Und vor allem: Mit welchem Ticket können sie den öffentlichen Nahverkehr nutzen? Dazu bitte ich um ein Wort von Ihnen. Vor allem: Bis wann ist für diese Studierenden das länderübergreifende Semesterticket tatsächlich Realität? Denn ohne das Semesterticket wird es, glaube ich, etwas schwierig. Vielleicht könnten Sie dazu etwas sagen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Frau Ministerin, bitte.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Die Fragen stellen sich dann, wenn man ernst damit macht, dass Studierende künftig einen Teil ihrer Seminare an der Uni Freiburg, einen Teil in Straßburg und einen Teil in Basel machen oder entsprechend vom KIT über die Landesgrenze wechseln. Dann stellen sich ganz praktische Fragen dieser Art.

Ich glaube, es ist wichtig, das mitzudenken, zu adressieren, es aber nicht zur Bedingung zu machen, um ein solches Modell entstehen zu lassen. Das wird man auf dem Weg mitdenken, weiterdenken müssen. Das liegt auch nicht in der Zuständigkeit der Wissenschaftsministerin; da werden die Verkehrsminister mit herangezogen werden müssen.

Wir werden das Ganze zunächst einmal folgendermaßen begleiten: Wir wollen, dass es politische Unterstützung aus den drei Ländern gibt, damit wir solche Fragen, die die Realisierung betreffen, auch miteinander politisch abstimmen können.

Es geht also nicht nur im engen Sinn um Hochschulkooperation, sondern es geht bis hin zu den Themen Wohnen und Erreichbarkeit bzw. zu Verkehrsfragen. Es werden noch weitere Fragen dazukommen. Da bin ich mir ganz sicher. Deswegen brauchen wir die politische Begleitung und Unterstützung.

Wir arbeiten daran, dass wir in Kürze über die drei Regionen hinweg ein Memorandum of Understanding unterzeichnen. Das Thema Semesterticket ist in diesem Zusammenhang auch schon adressiert; es wird auch ein Thema dieser Gespräche sein. Ich kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, wie es aussehen wird, wann es kommen wird und wer bezahlen wird. Wir stehen am Anfang der politischen Gespräche. Wir füllen die Agenda der berührten Fragen erst und haben sie noch nicht abgearbeitet.

Es ist auch klar, dass wir zusätzliche Ressourcen da hineingeben werden. Wir appellieren im Moment an die Länder, die Nationalregierungen, aber am Ende auch an die EU, sich zu

solchen europäischen Leuchttürmen zu bekennen. Dazu müssen alle ihren Teil beitragen. Wir können heute noch nicht beziffern, wie viel das ist. Wir wissen auch, dass im Moment die Finanzierung für das Jahr 2018 noch steht.

Die Landesregierung hat sich vorgenommen, bis Juli dieses Jahres die Idee der europäischen Universität am Oberrhein zu konkretisieren. Dann werden wir auch präziser über finanzielle Bedarfe reden können.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt noch zwei Wortmeldungen. Zum einen Herr Abg. Marwein.

**Abg. Thomas Marwein GRÜNE:** Mich interessiert der europäische Mehrwert vom Eucor-Projekt. Eucor gibt es bereits. Es soll nun aber noch etwas gestärkt werden. Was soll daher das neue Eucor-Bündnis bzw. die neue Eucor-Konstruktion können, was die einzelnen Universitäten, wenn sie für sich allein wirtschaften und Wissen vermitteln, nicht können?

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Das eine ist vielleicht ganz schlicht, dass Europa – von vielen wird es ja als abstraktes oder bürokratisches oder auch technokratisches Konstrukt erlebt – von der jungen Generation in einer besonderen Weise erfahrbar wird, dass es gelebt werden muss, indem man miteinander lehrt, lernt und aufwächst.

Das ist schlicht und einfach die tägliche Erfahrung, miteinander an denselben Fragen zu arbeiten, auch eine entsprechende Sprachkompetenz zu entwickeln. Denn die Kooperationen, die über mindestens drei Länder gehen sollen, werden auch verlangen, dass man mindestens drei europäische Sprachen spricht. Das ist anspruchsvoll, und das braucht ein gewisses Niveau. Dieses wollen wir durch die Zusammenarbeit durchaus auch befördern.

Ein weiterer Gedanke kommt aber hinzu: Wissenschaft steht im internationalen Wettbewerb. Wir wollen uns mit den stärksten Wissenschaftsregionen weltweit messen. Wir wissen, dass unsere Hochschulstruktur im Vergleich zu anderen Ländern eine dezentralere ist. Wir haben verteilte Exzellenz, übrigens in besonderer Weise in Baden-Württemberg. Das ist eine große Stärke, weil wir über das ganze Land hinweg hervorragende Forschungsleistungen hervorbringen. Wir haben jedoch Schwierigkeiten mit den großen Einheiten, und es gibt auch Fragen und Themen, die man in großen Einheiten, in großen Strukturen sehr viel besser bearbeiten kann. Auch große Forschungsinfrastrukturen brauchen eine gewisse Menge.

Deswegen ist das Thema „Kooperation auf Augenhöhe“ von forschungsstarken Universitäten eine wirkliche Herausforderung auch für die deutsche Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Wenn wir dies länderübergreifend in Europa machen können, ist das umso besser, wenn es darum geht, internationale Sichtbarkeit zu erzielen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Jetzt habe ich noch die Wortmeldung von Frau Abg. Rolland.

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie haben eben gesagt, das grenzüberschreitende Semesterticket wird sicherlich eines der wichtigsten Dinge sein, die zu regeln sind. Ihre Kollegin, Frau Staatsrätin Erler, hat uns bereits vor einem Jahr beim Oberrheinrat ge-

(Gabi Rolland)

sagt, dass man auf einem guten Weg sei, dieses Semesterticket endlich hinzubekommen. Deswegen wundert es mich etwas, dass Sie uns heute noch nicht mehr sagen können.

Ich möchte Sie also bitten, heute noch einmal etwas deutlicher zu sagen, wie weit die Verhandlungen mit den deutschen, den französischen und den schweizerischen Vertretern genau zu diesem überregionalen Semesterticket sind.

Zum Zweiten: Wie werden die deutsche Seite und auch das Land Baden-Württemberg in diesem europäischen Zweckverband vertreten sein, der das Fundament der Zusammenarbeit sein wird und der diesmal nach deutschem Recht gegründet wird?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Wir haben diese Fragen noch nicht abschließend geklärt, auch nicht die Frage der Vertretung der Landesregierung in den Strukturen. Wir sind am Anfang dieses Prozesses. Wir haben gestern im Kabinett gesagt, wir unterstützen es politisch. Wir sind in Vorbereitung eines Gesprächs mit einer entsprechenden Vereinbarung, das zeitnah zwischen Frankreich und der Schweiz stattfinden soll. Deswegen werden wir diese Dinge auf die Tagesordnung setzen.

Sehen Sie es mir nach: Die Verhandlungen um das Semesterticket sind nicht in meinem Ressort, sodass ich nicht aus dem Ärmel schütteln kann, wie sich die Gespräche der Verkehrsseite über Ländergrenzen hinweg zum jetzigen Zeitpunkt gestaltet haben. Aber vielleicht kann man das über einen Antrag auch noch einmal abfragen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Damit ist die Behandlung dieses Themas für heute erledigt. – Danke schön.

Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der CDU-Fraktion:

Wirtschaftsdelegationsreise von Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut MdL nach Japan

Herr Abg. Paal, bitte. Es sind nur noch acht Minuten. Aber so ist es.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sprich schnell!)

**Abg. Claus Paal CDU:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann führe ich nur ganz kurz ins Thema ein.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie müssen auf die Frage achten.

**Abg. Claus Paal CDU:** Jawohl. – Japan ist nach den USA und der Volksrepublik China die weltweit drittgrößte Volkswirtschaft. Das Land verfügt über eine breit aufgestellte, technologisch hoch entwickelte und exportorientierte Wirtschaftsstruktur und übrigens auch über einen sehr starken Mittelstand.

Deshalb frage ich: Wie schätzt die Landesregierung vor dem Hintergrund der jüngsten Japan-Reise der Wirtschaftsminis-

terin die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Japan ein, und welche Chancen bieten sich für baden-württembergische Unternehmen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Kurzhalten!)

– Ja, er hat sehr schnell gesprochen, um Zeit zu gewinnen.

Jetzt erteile ich das Wort für die Landesregierung Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut. – Bitte.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Japan ist ein wichtiger Handelspartner für Baden-Württemberg, unser zweitgrößter Handelspartner in Asien. Wir pflegen schon seit vielen Jahrzehnten enge Verbindungen, politische Bindungen zu diesem Land. Wir haben eine Partnerregion, die Region Kanagawa. Nächstes Jahr feiern wir 30-jähriges Jubiläum. Die Wirtschaft in unserem Land ist schon jetzt eng verflochten mit dem japanischen Mittelstand und ist auch in anderen Branchen im Zulieferbereich tätig.

Wir haben bewusst diesen Zeitpunkt gewählt, um nach Japan zu reisen. Japan öffnet sich zunehmend. Japan hat eine demografische Herausforderung zu meistern. Japan ist eine Gesellschaft mit einem hohen Anteil an älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Japan hat ähnliche Herausforderungen, Probleme, aber auch Chancen wie Baden-Württemberg. Deshalb hat Japan eben auch Probleme, Fachkräfte für die Zukunft zu finden. Schon jetzt können sie ihren Fachkräftebedarf nicht decken und haben auch technologisch ähnliche Herausforderungen wie wir in Baden-Württemberg. Dadurch, dass die Zahl der Bevölkerung zurückgehen wird, öffnen sie sich zunehmend und sind an Kooperationen verstärkt interessiert.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal betonen, dass ich ja von zwei Abgeordneten aus dem Landtag begleitet wurde, von Herrn Fulst-Blei, der jetzt auch hier anwesend ist,

(Zuruf von der CDU: Sehr weise Entscheidung! – Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, die SPD spricht manchmal Chinesisch! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

und von Frau Lindlohr, die mich in den politischen Gesprächen – Ja, ich glaube, wir haben sehr gut zusammengearbeitet und das Land Baden-Württemberg auch gut repräsentiert.

Die Japaner brauchen eine stärkere Internationalisierung, auch aufgrund ihrer demografischen Probleme.

Zweitens: Die EU hat ein Freihandelsabkommen mit Japan abgeschlossen. Das wird 2018 ratifiziert und wird 2019 in Kraft treten. Das heißt, die Handelsbeziehungen werden verstärkt, intensiviert. Mit Südkorea gibt es schon ein Freihandelsabkommen. Dort hatten wir starke Steigerungen, was die Handelsbeziehungen angeht. Wir erwarten uns hier wirklich einen Schub auch für die Wirtschaft in Baden-Württemberg.

Japan hat einen Mittelstand, der bisher extrem auf den eigenen Markt konzentriert ist. Nur die großen Konzerne sind in-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

ternational aufgestellt. Deshalb ist es für dieses Land wirklich schon ein großer Schritt, aber eben – aufgrund der Situation, in der sich Japan befindet – eine Notwendigkeit, sich stärker zu internationalisieren.

Das Interesse in Baden-Württemberg war groß. Die Delegation bestand aus 64 Teilnehmern, mit vielen Vertretern aus der Wirtschaft. Wir haben die beiden Themen „Industrie 4.0“ und „Zukunft der Mobilität“ in den verschiedenen Gesprächen und Foren angesprochen, diskutiert. Wir haben uns darüber ausgetauscht, wie sich Japan bezüglich alternativer Antriebe positioniert.

Japan hat sich hier auch ganz klar technologieoffen gezeigt. Das Land fördert alle Antriebsarten. Beeindruckend war, dass Japan ganz stark auf die Brennstoffzelle setzt. Japan möchte zu der Wasserstoffnation der Welt werden, nimmt hier eine Vorreiterrolle ein. Hier werden jetzt vonseiten des Landes, vonseiten der Präfekturen, aber auch vonseiten der Wirtschaft sehr viele Mittel investiert. Das hat man deutlich gespürt.

Auch die Elektromobilität spielt eine wichtige Rolle. In Japan finden 2020 die Olympischen Spiele statt. Da wollen sie sich präsentieren, in diesem Zusammenhang wollen sie ihre Infrastruktur weiter ausbauen. Sie wollen dort dann sogenannte Robotaxis – Nissan hat hier ein Projekt gestartet – als eine Art Schaufenster für die Welt, für ihre Technologien, die sie entwickeln und vorantreiben, entsprechend auch der Welt präsentieren. Das wird spannend. Die haben sich da wirklich eine Benchmark, einen Zeitpunkt vorgenommen, bis zu dem sie einiges erreichen wollen.

Ein weiterer Grund, warum wir dort vor Ort waren: Stichwort Brexit. Darauf wurden wir in vielen Gesprächen angesprochen. Die japanische Wirtschaft macht sich Gedanken, wie sie sich zukünftig in der Europäischen Union positioniert. Wir haben ja auch großes Interesse daran, hier unsere Kooperationen zu vertiefen.

Vor diesem Hintergrund der Öffnung, des Freihandelsabkommens, der Notwendigkeit des demografischen Wandels und auch dieser vielen gemeinsamen Themen, die uns verbinden, und auch neuer Positionierungen der Wirtschaft im europäischen Umfeld, haben wir einen Repräsentanten in Japan benannt, der unsere Wirtschaft hier eng begleitet, der hier schon ein Netzwerk vorhält und den Einstieg für die Wirtschaft aus Baden-Württemberg heraus für den baden-württembergischen Mittelstand erleichtern soll.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Jetzt blinkt es bei mir.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie sollten allmählich zum Schluss kommen.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Ich muss auf die Uhr gucken. – Thema „Industrie 4.0“: Ich möchte das hier noch einmal erwähnen und Ihnen auch als Information mitgeben: Unsere Allianz Industrie 4.0, die wir seitens des Wirtschaftsministeriums unterstützen – Sprecher ist Herr Wittenstein, ein Unternehmer; der VDMA ist die Geschäftsstelle –, hat zum Thema „Industrie 4.0“, zur Digitalisierung in der Produktion ein Me-

morandum of Understanding mit der Industrial Value Chain Initiative (IVI) abgeschlossen, einer Vereinigung, der mehr als 170 Unternehmen angehören, japanische Mittelständler. Wir wollen bei diesen Themen enger zusammenarbeiten.

Japan ist ein absolutes Hightechland und an einem engeren Austausch stark interessiert. Wir sollten diese Chance nutzen, dass man mit uns, mit Baden-Württemberg und mit Deutschland, enger kooperieren möchte. Dabei haben wir jetzt einen ganz wichtigen Schritt nach vorn getan.

Japan ist schon einen Schritt weiter, auch in der Diskussion. Japan spricht von der „Society 5.0“. Dort denkt man die Digitalisierung ganzheitlich, natürlich auch aufgrund der Herausforderungen angesichts der Überalterung der Gesellschaft. Im Pflegebereich steht Japan vor großen Fragen, die zu lösen sind, und erhofft sich durch die Digitalisierung starke Erleichterungen.

Der Besuch in unserer Partnerregion Kanagawa war sehr wertvoll. Wir werden im nächsten Jahr das 30. Jubiläum unserer Partnerschaft mit dieser Präfektur feiern. In dieser Präfektur nahe Tokio, im Großraum Tokio, sind viele mittelständische baden-württembergische Unternehmen angesiedelt.

Es war mir eine Ehre, dass ich den Gouverneur der Präfektur persönlich treffen durfte. Sein Amt ist quasi mit dem unseres Ministerpräsidenten vergleichbar. Die Wertschätzung auf japanischer Seite war enorm. Den Japanern war es auch sehr wichtig, die Bindung zu Baden-Württemberg und Deutschland zu verstärken und auszubauen. Japan ist in Asien ein wichtiger Player und steht natürlich immer auch in Konkurrenz zu seinem Umfeld und Umland. Deshalb war es ein ganz wichtiges Zeichen, dass wir persönlich vor Ort waren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Damit ist die Zeit für die Regierungsbefragung abgelaufen. Ich kann keine Fragen mehr zulassen, selbst wenn welche vorhanden sein sollten.

(Oh-Rufe von der FDP/DVP und der AfD – Zurufe von der SPD: Schade! – Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Die Wirtschaft ist unglaublich wichtig!)

– Sie ist auf jeden Fall wichtig, aber die Regierungsbefragung hat nur eine Dauer von einer Stunde. Daher schließen wir für heute mit diesem Thema ab. Aber das heißt ja nicht, dass die Diskussion nicht weiterginge.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Danke schön! – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Bevor ich an meinen Kollegen übergebe, kann ich Ihnen noch mitteilen, dass die Fraktionen vereinbart haben, dass Punkt 6 von der Tagesordnung abgesetzt ist.

(Oh-Rufe von der FDP/DVP)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Das wird manchen traurig stimmen, aber Sie werden es verkraften.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk übernimmt die Sitzungsleitung.)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit fahren wir in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Weiterentwicklung des Hochschulrechts (HR-WeitEG) – Drucksache 16/3248**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 16/3561**

**Berichterstatteerin: Abg. Gabi Rolland**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE dem Kollegen Salomon das Wort.

**Abg. Alexander Salomon GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

*Die Studierendenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen selbst. Sie hat unbeschadet der Zuständigkeit der Hochschule und des Studierendenwerks die folgenden Aufgaben: ... die Wahrnehmung der hochschulpolitischen, fachlichen und fachübergreifenden sowie der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden, ... die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden, ... die Förderung der Chancengleichheit und den Abbau von Benachteiligungen innerhalb der Studierendenschaft, ...*

*Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht die Studierendenschaft den Meinungs austausch in der Gruppe der Studierenden und kann insbesondere auch zu solchen Fragen Stellung beziehen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschule, ihrem Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen.*

Meine Damen und Herren, das, was ich Ihnen soeben vorgelesen habe, steht in § 65 des geltenden Landeshochschulgesetzes. Es wird dort auch weiterhin stehen. Passen Sie gut auf: Zu diesem Katalog gehören die politische Bildung, es gehören dazu der Meinungs austausch und die Äußerungen zur gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschule. Wir ändern nichts an der Aufgabenstellung und an den Rechten der Studierendenschaft. Dass dies ein guter und breit gefasster Katalog ist, dafür steht meine Fraktion.

Was wir hinsichtlich der Studierendenschaft ändern, betrifft einen einzigen Punkt: Wir streichen den Begriff „Politisches Mandat“, und zwar mit einem einfachen Hintergrund: Genau

wie beispielsweise die IHK hat auch die Verfasste Studierendenschaft nach höchst richterlicher Rechtsprechung kein allgemeines Mandat. Politisches Handeln ist dann möglich, wenn ein Brückenschlag zu den Aufgaben bzw. zur Hochschule möglich ist – studentisches Wohnen, städtische Verkehrspolitik, ja, auch die Bedingungen für internationale Studierende. Äußerungen hierzu sind und bleiben erlaubt.

Die allgemeine Parteinahme war dagegen nie erlaubt. Das ist keine Erfindung von mir, das ist die Rechtsprechung, die im Übrigen auch den ASten, also den Allgemeinen Studierenden ausschüssen, im Land bekannt ist; diese hatten hierzu auch ein Gutachten verfasst.

Die Kolleginnen und Kollegen von der SPD mögen dies bitte einmal zur Kenntnis nehmen; Sie hätten meines Erachtens auch im Fachausschuss in diese Debatte einsteigen können, dann hätte man darüber reden können.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Sie wollten doch gar nicht!)

Wir hatten hierzu zwei Änderungsanträge vorliegen, und zwar von der FDP/DVP sowie von der AfD. Zu diesen Anträgen sagen wir klar: Eine Begrenzung auf ein hochschulpolitisches Mandat wäre tatsächlich eine Eingrenzung. Das, was jetzt geschieht, ist wichtig; es geht darum, hier eine Unterscheidung zu treffen. Die Aufgaben werden nicht beschnitten;

(Abg. Gabi Rolland SPD: Warum ändern Sie es dann?)

es besteht weiterhin das Recht, sich zu Themen zu äußern. Daher gibt es keine Eingrenzungen und auch keine Einschnitte in die Rechte der Verfassten Studierendenschaft, werte Kolleginnen und Kollegen der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

An meiner positiven Einschätzung des vorliegenden Gesetzentwurfs hat sich seit der ersten Lesung nichts geändert. Im Wissenschaftsausschuss wurden zwei Nachbesserungen vorgenommen; in der Ausschussdebatte wurde deutlich, dass vieles auch von der Opposition mitgetragen wird.

Deswegen mein Appell: Springen Sie über Ihren Schatten, stimmen Sie dem Gesetz zu, wenn Ihnen das Wohl der Hochschulen in unserem Land am Herzen liegt.

(Lachen bei der SPD)

Darüber hinaus gilt: Wir bleiben dran am wichtigen Thema Hochschulbau. Da wird sich etwas bewegen, auch in die Richtung dessen, was der Kollege Weinmann im Ausschuss angesprochen hat. Aber auch hier gilt der Grundsatz: Genauigkeit vor Schnelligkeit. Wir schauen uns genau an, was andere Länder ihren Hochschulen zugestehen, insbesondere bei der Art und Weise, wie Hochschulen bauen können und wo sie hierbei Grenzen gezogen bekommen. Hier sind wir in einem guten Austausch zwischen den regierungstragenden Fraktionen und den zuständigen Häusern.

Machen wir es kurz: Das Landeshochschulgesetz zu ändern ist notwendig.

(Zuruf: Ja!)

(Alexander Salomon)

Der Verfassungsgerichtshof hat hierfür eine Frist gesetzt. Wir haben das Beste daraus gemacht. Herausgekommen ist, um dies deutlich zu sagen, nicht etwa eine Notlösung, sondern ein gelungenes Gesetz, dem wir gern zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD:  
„War stets bemüht“!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erlaube ich das Wort der Kollegin Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass der Kollege Salomon noch einmal auf die Verfasste Studierendenschaft eingegangen ist. Das war ja ein Punkt, bei dem für die CDU eine Änderung im Rahmen dieser Gesetzesnovelle ganz wichtig war. Ich freue mich auch über das gute Ergebnis.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Anlass für diese Gesetzesänderung war ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 14. November 2016, der uns damit eine wirklich harte Nuss zu knacken gab. Zur Erinnerung: Ein Professor der Hochschule in Karlsruhe hatte gegen die Regelungen im Landeshochschulgesetz zur Wahl und Abwahl der Rektoratsmitglieder geklagt, und er hatte damit recht bekommen. Laut Urteil des Verfassungsgerichtshofs ist dabei tatsächlich die Wissenschaftsfreiheit gefährdet, weil die Professoren in den Hochschulgremien keine hinreichenden Mitwirkungsinstrumente hätten.

Es ist richtig, meine Damen und Herren, wir haben die Rektorate an den Universitäten und Hochschulen in unserem Land mit einer Vorrangstellung ausgestattet. Sie steuern die Hochschulen, und sie sind deswegen in unseren Augen dafür auch ganz wichtig.

Denn – ich habe es hier schon mehrfach gesagt – Hochschulen sind schon lange keine Elfenbeintürme mehr; sie sind hochkomplexe Gebilde. Dort wird ein richtig großes Rad gedreht und mittlerweile auch ziemlich viel Geld bewegt.

Kollege Köbler hat neulich einmal Zahlen erfragt, und im Ergebnis haben wir gehört, dass z. B. aus dem aktuellen EU-Forschungsprogramm seit 2014 allein 280 Millionen € nach Baden-Württemberg an die Hochschulen hier im Land geflossen sind. Die Hochschulen sind also sowohl in personeller als auch in organisatorischer und finanzieller Hinsicht richtig große Tanker.

Natürlich sind die Professoren Träger der Wissenschaftsfreiheit und dürfen in ihrer Autonomie nicht eingeschränkt werden; das ist selbstverständlich für uns. Aber ein starkes Rektorat, das die Interessen der Hochschulen gebündelt nach außen vertritt und im Inneren für Ausgleich und Funktionsfähigkeit sorgt, ist meiner Ansicht nach auch absolut im Interesse der Professorenschaft selbst.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die sogenannte Imboden-Kommission erinnern, die beauftragt worden war, die Exzellenzinitiative zu evaluieren und Empfehlungen für das Nachfolgeprogramm abzugeben. Sie hat ausdrücklich betont, dass unsere Hochschulen im Interesse der internationalen

Konkurrenzfähigkeit über starke Leitungsstrukturen verfügen müssen. Das zeigt sich schon beim Wettbewerb um die Exzellenzmittel. Schon bei der Antragstellung wird deutlich, dass man eine Stelle im Haus braucht, die die verschiedenen Initiativen bündelt, steuert und nach außen vertritt.

Die Imboden-Kommission kam auch zu dem Schluss, dass die deutschen Universitäten bei der sogenannten Governance immer noch einen extrem hohen Nachholbedarf haben.

Wir haben eben von Eucor gesprochen, von der internationalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, und wir haben darüber geredet, dass wir gern die französische Initiative für eine deutsch-französische Universität unterstützen würden. Meine Damen und Herren, das schafft kein einzelner Lehrstuhl, und das gelingt auch zwei oder drei Lehrstühlen nicht allein. Dafür braucht es unbedingt eine zentrale Steuerung.

Ich denke, meine Damen und Herren, wir haben mit diesem Gesetzentwurf den Spagat geschafft. Wir bewahren unseren Rektoraten eine starke Stellung und überlassen ihnen die notwendigen Kompetenzen, um ihre Funktion wirkungsvoll auszuüben. Gleichzeitig werden wir dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs gerecht. Denn wir stärken die Professoren als Träger der Wissenschaftsfreiheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir erhöhen ihr Gewicht in den Senaten. Sie werden dort künftig mit Stimmenmehrheit vertreten sein. Gegen ihre Stimmen kann künftig kein Rektoratsmitglied mehr gewählt werden.

Ich will hier auch noch erwähnen, dass wir nach der Anhörung hinsichtlich der Senatszusammensetzung noch nachgebessert haben, damit all das auch für die kleineren Hochschulen leichter umsetzbar ist.

Ich will noch mal auf die Professorenschaft als Träger der Wissenschaftsfreiheit zurückkommen. Gegen ihre Stimme kann nicht nur kein Rektor gewählt werden, sondern wir geben ihnen jetzt auch das Instrument in die Hand, das Rektorat abzuwählen, und zwar mit einer sogenannten Urabwahl.

Hier will ich für die CDU sagen, dass es wichtig war, auch hier die Arbeitsfähigkeit des Rektorats zu berücksichtigen. Es soll nicht möglich sein, dass sich einige wenige Professoren sozusagen beim Kaffee

(Glocke des Präsidenten)

darauf verständigen können, das Rektorat abzuwählen. Wir haben das Quorum erhöht. Wir haben die Dreistufigkeit auf eine Zweistufigkeit abgesenkt. Außerdem haben wir uns dafür starkgemacht, dass Kanzlerin oder Kanzler als diejenigen, die für die Finanz- und Personalverwaltung in der Hochschule zuständig sind, künftig auch mit Stimmenmehrheit im Senat vertreten sind und dort mitentscheiden können.

Ich denke, wir haben eine gute Lösung auf den Weg gebracht. Wir haben aber nicht nur die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs abgearbeitet – diesen Ansatz finde ich auch sehr schön –, sondern auch sehr viele Punkte zusätzlich innovativ in das Gesetz eingebracht. Wir haben ein gutes Paket geschickt.

(Sabine Kurtz)

Die Änderungsanträge, die zum Gesetzentwurf vorliegen, haben wir im Ausschuss schon beraten. Die Regierungsfractionen haben sie abgelehnt. Ich werbe dafür, dass Sie dieser Gesetzesnovelle bitte zustimmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

**Stelly. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Räßle das Wort.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werde Besucher auf der Zuhörertribüne! Heute geht es um eine Änderung des Landeshochschulgesetzes. Wir, die AfD-Fraktion, stehen für mehr Qualität der Lehre, für mehr Qualität der Forschung und für die Freiheit der Wissenschaft. Für uns ist die Universität auch ein Ort der freien Wissenschaft sowie der Forschung und der Lehre. Deshalb ist für uns die administrative Gestaltung in der Hochschule nicht in gleichem Maß so bedeutend wie der Punkt, dass dort am Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg auch wirklich Qualität Einzug hält.

Wie schaffen wir es, mehr Qualität an die Hochschulen zu bringen? Bei der Ersten Beratung ging es um unsere Forderung, § 4 des Landeshochschulgesetzes ersatzlos zu streichen. Dabei geht es darum, die Gleichstellungsbeauftragten, die ein sehr großes Mitspracherecht an den Hochschulen haben,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist auch gut so!)

abzuschaffen,

(Abg. Sascha Binder SPD: Und dann gibt es mehr Qualität?)

damit wieder mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit für die Wissenschaft an die Hochschulen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Wir sprechen uns auch dafür aus, den Verfassten Studentenschaften ein geringeres Mitspracherecht an den Hochschulen einzuräumen. Es hat sich gezeigt, dass die Studentenschaften an der Hochschule nicht parteipolitisch neutral agieren, sondern sehr stark dem linksextremen, auch linksradikalen Spektrum zuzuordnen sind

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

und die jungen Studenten, die jetzt teilweise schon mit 17 Jahren direkt von der Schule an die Universität kommen, teilweise mit aggressiv handelnden Akteuren in Kontakt kommen

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

und dort auf eine gezielte linksradikale Strömung hin

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

geimpft werden. Von politischer Bildung kann hier nicht die Rede sein.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Es ist keine politische Bildung, die dort geschieht. Das ist eine politisch einseitige Indoktrination, und jeder, der nicht die Meinung dieser institutionell

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Wie kann man denn so einen Mist erzählen! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie haben noch nie eine Hochschule von innen gesehen! – Abg. Sascha Binder SPD: Waren Sie schon einmal an einer Hochschule? – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

gefestigten Struktur mitmacht, wird aggressiv bekämpft, als Nazi diffamiert und in die rechte Ecke gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sascha Binder SPD: Was hat das mit der Qualität an den Hochschulen zu tun?)

Das passiert an den Hochschulen. Es ist wichtig, dass wir jetzt – genau so, wie es die FDP/DVP und auch wir von der AfD vorgeschlagen haben –

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

den Passus mit dem politischen Mandat für die Verfassten Studentenschaften nicht nur aus dem Landeshochschulgesetz streichen,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

sondern den Tätigkeitsbereich explizit auf ein hochschulpolitisches Mandat beschränken. Das wäre sehr wichtig, damit dort nicht allgemeinpolitische Themen diskutiert werden, sondern sich die Studenten nur mit der Frage beschäftigen: Wie können wir die Hochschule nach vorn bringen? Aber es darf keine politische Indoktrination der jungen Leute an der Hochschule geschehen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir haben dazu auch schon Anfragen eingereicht. An den Hochschulen gibt es ja Pflichtbeiträge für die Verfassten Studentenschaften. Das heißt, es ist nicht so, dass jeder Student entscheiden könnte, ob er für die Verfasste Studentenschaft Beiträge bezahlen möchte, damit sie dort ihre linksradikale Propaganda betreibt – nein.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Gögel, das muss Ihnen doch peinlich sein! – Weitere Zurufe)

Auch z. B. die Jusos sind dort sehr stark vertreten. Herr Binder, Sie wissen das, auch wenn Sie lachen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Studentenschaften sind nicht parteipolitisch neutral, so wie es § 65 des Landeshochschulgesetzes vorschreibt. Darin heißt es:

*Sie wahrt nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität.*

Das ist nicht gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

(Stefan Räßple)

Ich habe das genau so erfahren. Ich war gefestigt mit 28 Jahren. Wenn ich dort zehn Jahre früher gewesen wäre, dann wäre ich jetzt wahrscheinlich Mitglied bei der SPD.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen! – Heiterkeit)

Gott sei Dank ist das nicht passiert. Da haben Sie noch einmal Glück gehabt.

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Davor muss man die SPD bewahren! – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben schon drei Anträge gestellt, von der Landesregierung eine vollumfängliche Erhebung zu bekommen,

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

wohin die Pflichtbeiträge an den Hochschulen, die jeder Student

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

zahlen muss, eigentlich fließen, an welche Organisationen, an welche linksradikalen Organisationen dieses Geld explizit fließt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wo das von den Studenten abgezackte Geld – zwangsmäßig abgezackte Geld – direkt zur Antifa geleitet wird

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und damit AfD-Parteitage sabotiert oder Kultusministerkonferenzen gesprengt werden.

(Unruhe)

Das ist ein Skandal, wie von den Leuten mit dem hart erarbeiteten Geld der Studenten umgegangen wird.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wieso lesen Sie hier eigentlich Räuberpistolen?)

Wir wollten das überprüfen, damit Sie nicht sagen: Der Räßple erzählt hier wieder Märchen.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ja, ja, ja. Wir wollten das überprüfen und haben drei Anträge gestellt.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Jawohl, ich komme zum Schluss. – Alle drei Anträge wurden von Frau Bauer nicht beantwortet. Frau Ministerin, ich erwarte von Ihnen, dass Sie jetzt gleich in Ihrem Vortrag dazu Stellung nehmen, warum von der Landesregierung unsere Fragen in diesen drei Anträgen, was mit diesen Geldern bei den Verfassten Studentenschaften passiert, nicht beantwortet wurden und warum verkläusuliert – – Ein Beispiel: Die Frage wurde von der Studentenvertretung Heidelberg gar nicht beantwortet.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege!

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Die Landesregierung hat das einfach so akzeptiert und den Verfassten Studentenschaften nicht klar gesagt: Die Abgeordneten haben ein Anrecht auf Information.

(Glocke des Präsidenten)

Dies haben Sie nicht durchgesetzt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege, noch ein kleiner Hinweis, wenn Sie wieder einmal eine Rede halten. Sie haben sich heute Morgen vielleicht andere als Vorbild genommen. Die Ansprache richtet sich aber nur an das Plenum und nicht an die Zuhörer.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es!)

Das nur als kleinen Hinweis.

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Ich habe den Minister – –

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Alles gut.

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Das habe ich mir beim Minister Strobl abgeschaut. Das wird nicht wieder passieren.

(Unruhe)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Ich habe doch gesagt: Sie haben das heute Vormittag möglicherweise als Vorbild genommen. Ich sage: Das ist nicht zulässig. Damit haben es alle vernommen.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Kollegin Rolland das Wort.

**Abg. Gabi Rolland** SPD: Der Minister hat heute Morgen die Gäste angesprochen. – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme zur Tagesordnung zurück. Ich glaube, es ist wichtig, über das Hochschulrechtsweiterentwicklungsgesetz zu sprechen und nicht über irgendwelche Anträge, die heute nicht auf der Tagesordnung stehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Grünen und der CDU, „Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.“ lautet die Überschrift über Ihrem Koalitionsvertrag. Für die Entwicklung des Hochschulrechts gilt dann eher: „Unzuverlässig. Kurzlebig. Rückwärtsgewandt.“

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion erkennt durchaus an, dass ein paar gute Weichenstellungen enthalten sind. Das haben wir auch deutlich gemacht. Neu eingeführt wurde die Gruppe der Doktorandinnen und Doktoranden. Positiv ist auch das Assoziieren der HAW-Professoren an die Universitäten oder auch das neue Tenure Track. Das ist richtig gut. Allerdings konnten Sie, Frau Ministerin, bei der Beratung im Wissenschaftsausschuss unsere Bedenken hinsichtlich einiger Dinge leider nicht ausräumen.

Herr Kollege Salomon, hätten Sie im Wissenschaftsausschuss aufgepasst,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ganz ruhig!)

(Gabi Rolland)

hätten Sie mitbekommen, dass ich die drei Anträge, die auch heute zur Abstimmung stehen, vorgetragen habe und gesagt habe, dass Sie damit zu rechnen haben. Aber wir wollten die Diskussion im Wissenschaftsausschuss abwarten, denn es hätte ja sein können, dass es noch einmal eine Änderung gibt.

Die Bedenken, die nicht ausgeräumt worden sind: Ist denn nun das Verfahren für die Wahl und Abwahl der Rektoratsmitglieder wirklich wasserdicht und verfassungskonform? Stimmt denn nach den strengen Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs die heutige Machtbalance zwischen den Gremien – Rektorat, Hochschulrat, Senat und Fakultätsrat – noch? Ist das richtig? Sind denn die Studierenden nach dieser Änderung tatsächlich noch ausreichend repräsentiert als größte Statusgruppe, und steht die Förderung der Gründungskultur nicht doch auf sehr tönernen Füßen, wenn neue Bedarfe kreierte werden, aber dann nicht die Ressourcen wie Räume und Geld tatsächlich folgen?

Und: Wie ist es eigentlich mit der Beteiligung des Personalrats, wenn sich durch diese Gründungsinitiativen die Struktur innerhalb des Gehaltsgefüges in der Universität verändert? Und warum sollen nach wie vor die Doktorandinnen und Doktoranden zwangsmatrikuliert werden und damit ein Anhängsel oder eine Untergruppe von den Studentinnen und Studenten werden? Und warum um Himmels willen rauben Sie denn dann, Herr Kollege Salomon und liebe Grüne und CDU-Kollegen, den Studierenden diese politische Stimme?

(Beifall bei der SPD)

Genau da, Herr Kollege Salomon, üben Sie den Kotau gegenüber Ihrem Koalitionspartner. Sie haben kein Rückgrat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dann wollen Sie uns auch noch weismachen, dass die Formulierung im Landeshochschulgesetz zu einer falschen Interpretation führen würde. Das ist doch blanker Unfug, was Sie da sagen.

(Beifall bei der SPD)

Rechtlich ist es nicht nötig. Die Aufgaben der Verfassten Studierendenschaft haben Sie selbst genannt. Das politische Mandat wird weitgehend gesetzeskonform ausgeübt, und in der Praxis gibt es überhaupt kein Problem. In der Begründung des Gesetzes steht, es handle sich um ein begrenztes partikuläres politisches Mandat. Nehmen Sie dieses den Studenten nicht weg.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Die sollen studieren und keine Politik machen!)

Die sehen darin keine Präzisierung, sondern die sehen darin einen glatten Rückschritt, den Sie damit gemacht haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD: Es hat sich bald ausgelacht! Die sollen nicht Politik machen, die sollen studieren!)

Wir wollen mit unserem Antrag den Studentinnen und Studenten die Stimme zurückgeben.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wenn Sie das noch hundertmal sagen, stimmt es nicht!)

– Herr Salomon, hören Sie einfach zu.

Mit unserem weiteren Antrag wollen wir die Öffentlichkeit in den Gremien herstellen. Das ist in anderen Ländern bereits geschehen. Mit unserem Entschließungsantrag wollen wir Klarheit darüber erhalten, ob Sie es denn tatsächlich ernst meinen, dass die HAW-Professoren assoziiert werden. Wenn es nicht funktioniert, dann wird die Experimentierklausel gezogen und das Promotionsrecht verliehen.

Es wäre ehrlich, wenn Sie dem heute zustimmen würden. Das gilt für beide Fraktionen.

Wir werden dem Gesetz nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Weinmann.

**Abg. Nico Weinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In ihrem verfassungsrechtlich gebotenen Kern, entsprechend der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Baden-Württemberg aus dem Jahr 2016 dem Gebot der Wissenschaftsfreiheit stärker zu entsprechen, enthält die Novelle die richtigen Entscheidungen zugunsten handlungsfähiger Rektorate. Im Gegenzug wird mit der Schaffung einer Urabwahlmöglichkeit durch die Mehrheit der Professoren, die auch für die Senatszusammensetzung festgeschrieben wird, ein System der „Checks and Balances“ an den Hochschulen etabliert.

Diesem Herzstück des Gesetzentwurfs können wir Liberalen zustimmen, da unter Verzicht auf überbordende Mitbestimmungsregelungen eine Art Misstrauensvotum der Professoren entsteht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Weiten Teilen des Gesetzes müssen wir unsere Zustimmung aber verwehren. Bereits nach der Expertenanhörung Mitte Januar dieses Jahres war klar, dass die Hochschulen Praktikabilitätsprobleme bei der verpflichtenden Senatszusammensetzung haben werden. Dieser Kritik sind wir mit unserem entsprechenden Änderungsantrag gefolgt, der lediglich einen verpflichtenden Anteil von 33 statt 40 % der Stimmen und Sitze im Senat für die nicht professoralen Statusgruppen vorsieht. Denn aufgrund des Überhangs an Professorenstimmen hätte man die Senate eigentlich unpraktikabel aufblähen müssen, um die Stimmen der Studenten, der Doktoranden und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des akademischen Mittelbaus nicht zu marginalisieren. Wenn Sie also unserem Antrag folgen, geben Sie auch den Universitäten im Land die gebotene und im Übrigen den HAWs und der DHBW zugestandene Flexibilität.

Auf Unverständnis stößt bei uns Liberalen die Diskussion, die nun in der Streichung des Satzes „Im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben nimmt die Studierendenschaft ein politisches Mandat wahr“ mündet. Der Streit in der Regierung ist nicht

(Nico Weinmann)

neu und verläuft zwischen dem grünen Laisser-faire und der Intention der CDU – ich zitiere –, „Fahrten von Randalierern zu Demonstrationen wie gegen G 20 in Hamburg, bezahlt aus Zwangsgebühren aller Studierenden“ – so die Kollegin Sabine Kurtz –, zu verhindern.

Dieser Streit ist allerdings in der Koalition nicht neu. Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag lesen wir, dass – ich zitiere –, „eine lebendige Hochschule ... eine starke Verfasste Studierendenschaft mit einem klaren hochschulpolitischen Mandat“ brauche. Wohlgemerkt: Das ist exakt die Formulierung, die wir in unserem Änderungsantrag gewählt haben.

Ohne spitzfindig zu sein, kann man hier bei entsprechender Ablehnung unseres Antrags konstatieren: Liebe Mitglieder der Landesregierung, das Studienziel im Kurs „Erfüllung eigener Koalitionsziele“ werden Sie so nicht erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Im Übrigen zeugt der Umstand, durch eine Streichung eine Klarstellung zu erreichen, von dem Fehlverständnis dessen, was die Legislative zu leisten hat, nämlich mit gesetzgeberischer Klarheit die erforderlichen Rechtsetzungen zu schaffen und diese Aufgabe eben nicht den Gerichten zu überlassen.

Allerdings, Herr Kollege Räßle, ist festzuhalten, dass das Bundesverwaltungsgericht 1999 in Form der Brückenschlagstheorie der Studierendenschaft auch zugesteht, Themen zu diskutieren, bei denen ein Zusammenhang zu studien- und hochschulpolitischen Belangen besteht – was also weit darüber hinausgeht.

Und schließlich haben wir in der Expertenanhörung von den Vertretern der Landesrektorenkonferenz praktisch einmütig die Forderung nach einer Übertragung der Bauherreneigenschaft auf die Hochschulen gehört. Diese gäbe den Universitäten einen erweiterten Gestaltungsspielraum in eigenverantwortlicher Projekthoheit und würde dadurch die Flexibilität erhöhen und die Hochschulautonomie stärken.

Jahrelange Experimentierphasen, auch außerhalb unseres Landes, haben gezeigt, dass das klassische Modell der Hochschul- liegenschaftsverwaltung den Anforderungen einer modernen Hochschullandschaft in einem internationalen Wettbewerb nicht standhält.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Hier erwarten wir endlich Taten.

Es ist schon ärgerlich, dass wir im Rahmen der Expertenanhörung 15 Mal lesen mussten: „Diese Vorschläge sind nicht Gegenstand des Gesetzgebungsverfahrens.“

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese Scheuklappen, Frau Ministerin, sollten endlich fallen, zumal es bei dem Thema Bauherreneigenschaft Gelegenheit gibt, einen Aspekt des Koalitionsvertrags abzuarbeiten. Denn die „Erweiterungsspielräume“ – so steht es im Koalitionsvertrag – „für die sukzessive Übertragung der Bauherreneigenschaft ... bei Landesliegenschaften, insbesondere bei den

Hochschulen“ müssen heute gangbar gemacht werden und nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Bauer.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Punktlandung: Wir schaffen es mit der heutigen Verabschiedung des Hochschulrechtsweiterentwicklungsgesetzes fristgerecht, das Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Landes umzusetzen. Pünktlich zum 50. Jahrestag der Verabschiedung des ersten Hochschulgesetzes des Landes beschließen wir heute die Novelle des Landeshochschulgesetzes, mit der wir bundesweit neue Standards setzen.

Ich freue mich, dass in der parlamentarischen Debatte hier im Landtag und im Wissenschaftsausschuss zumindest in Teilen Zustimmung auch über Fraktionsgrenzen hinweg erkennbar war. Willkommen sind mir auch Ihre Kritik und die aufschlussreichen Änderungsanträge sowohl in der heutigen Beratung als auch in der Beratung des Wissenschaftsausschusses. Denn ich finde, diese präsentieren in einer bemerkenswerten Offenheit Ihre hochschulpolitische Denke, und ich freue mich, dass diese hier im Land von Baden-Württemberg nicht mehrheitsfähig ist.

Lassen Sie mich damit beginnen, auf den fraktionsübergreifenden Konsens in ein paar wenigen Punkten einzugehen.

Wir führen mit der Novelle das Instrument der Urabwahl des Rektors durch die Professorenschaft für den Ausnahmefall einer tiefen Vertrauenskrise in der Hochschule ein. Wir stärken damit – Frau Abg. Kurtz hat es ausgeführt – den Grundsatz der Wissenschaftsfreiheit der Professoren mit einem innovativen Instrument, das es bundesweit bislang nicht gibt. Gleichzeitig sichern wir die Strategie- und Handlungsfähigkeit der Rektorate in unserem Land. Wir setzen ganz bewusst hohe Hürden für die Urabwahl. Denn allzu vorsichtige Rektorate kann niemand wollen. Wir brauchen mutige Rektorate, die auch mal eine Entscheidung treffen, die nicht jedem gefällt. Genau das löst das neue Landeshochschulgesetz ein – die richtige Balance zwischen individueller und institutioneller Wissenschaftsfreiheit.

Der zweite Punkt: Wir werden den Senat künftig in anderer Zusammensetzung vorfinden. Dabei wird es vor allem mehr Wahlmitglieder und weniger Mitglieder qua Amt geben. Obwohl die Mehrheit der Professorenschaft gesichert sein wird, werden künftig in aller Regel weniger Professoren im Senat vertreten sein. Stattdessen wird eine neue Gruppe im Senat mitwirken: die Gruppe der Doktoranden.

Auch damit gehen wir in Baden-Württemberg voran. Wir sind bundesweit die Ersten, die den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mehr Sichtbarkeit und mehr Einfluss durch einen eigenen Gruppenstatus verleihen. Ich bin mir sicher, dass die Stärkung der jungen Wissenschaftstalente den Universitäten guttun wird.

(Ministerin Theresia Bauer)

Im Übrigen, Frau Abg. Rolland: Nur, wenn sie immatrikuliert sind, sind sie Mitglieder der Hochschule, und nur dann kann sich eine Institution auch als Ganzes um eine ordentliche Betreuung und Mitwirkung kümmern. Deswegen ist es so wichtig, dass man nicht außen irgendwo mitläuft, sondern immatrikuliert ist und damit Teil der Hochschule ist.

Dritter Grundgedanke: Wir vergrößern die Spielräume für Gründeraktivitäten innerhalb der Hochschulen. Ehemalige Hochschulmitglieder dürfen künftig für einen begrenzten Zeitraum auf die Gründerinfrastrukturen zugreifen. Wir ermutigen Gründeraktivitäten, und wir verbessern die Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Auch damit stellen wir unser Land auf die Zukunft ein. Denn wir wissen heute sehr genau, dass die meisten Gründeraktivitäten im Umfeld der Hochschulen nicht am Ende eines erfolgreichen Forschungsprozesses entstehen, sondern ganz früh, schon in der Phase des Studiums. Auch in diesem Punkt sind die Weichen auf Zukunft gestellt.

Jetzt zu den Punkten, zu denen die Opposition Änderungsbedarf formuliert hat: Zum Ersten nenne ich die Promotionsmöglichkeit für HAW-Absolventen. Unser Gesetz sieht vor, durch die Assoziierung von HAW-Professoren an Universitäten neue Optionen zu eröffnen und damit eine gemeinsame Betreuung von HAW-Absolventen durch Professoren der Universität und der HAW zu erleichtern.

Wir erwarten, dass diese Option in der Praxis angewandt wird und sich dies auch in konkreten Zahlen niederschlagen wird. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie können sich sicher sein: Wir werden einen Blick darauf haben. In diesem Punkt müssen Sie sich keine Sorgen machen.

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir auch Vertrauen, dass die Kooperationskultur zwischen HAWs und Universitäten durch die neuen Spielräume beflügelt wird. Deswegen sollten wir nicht, wie es die SPD heute fordert, dafür sorgen, dass bis zum nächsten Jahr eine bestimmte Zahl von Assoziierungen umgesetzt wird. Berufungen wie auch Assoziierungen sind Kernbereich der akademischen Selbstverwaltung und nicht das Geschäft eines Ministeriums.

Ich frage also einfach zurück: Was treibt Sie eigentlich an, so in die innersten Angelegenheiten der Hochschulen hineinregieren zu wollen und jetzt schon, falls die neue Option – entgegen Ihrer Erwartung – nicht gezogen wird, neue Varianten in diesem Antrag zu verankern? Sie wollen heute schon Misserfolg und Misstrauen mit auf den Weg geben, während wir gerade eine neue Option eröffnen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Die Erfahrung von fünf Jahren!)

Es macht keinen Sinn, heute schon zu unterstellen, dass ein neues und gutes Instrument seinen Erfolg verfehlen könnte, und deswegen die Notmaßnahme zu ziehen, die für diesen Fall infrage kommen könnte.

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes gehen wir einen neuen Weg. Wir eröffnen eine Chance. Wir erwarten, dass sie funktioniert. Wir schauen auch hin, und alles Weitere sehen wir dann.

Zum Zweiten: die Hochschulöffentlichkeit in allen Gremien. Die SPD beantragt, dass die Hochschulgremien grundsätzlich

öffentlich tagen sollten, soweit nicht Personal- oder Prüfungsangelegenheiten berührt sind. Warum fordern Sie das?

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das wollte ich auch fragen!)

In Ihrer Begründung schreiben Sie, dass es um eine bessere Kontrolle der Gremienvertreter und um eine bessere Selbstdarstellung der Gremienvertreter gegenüber ihren Gruppenmitgliedern geht. Das sei auf der Höhe der Zeit. Ich frage mich: Warum sorgen Sie nicht mit derselben Eloquenz dafür – bei einer solchen Begründung –, dass alle Ausschussberatungen im Landtag grundsätzlich öffentlich sind? Das machen Sie nicht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gern! An uns soll es doch nicht liegen! – Zuruf von der SPD: Das ist falsch!)

– Sie sind ja schon eine Weile dabei.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie aber doch auch!)

Sie waren sogar mal in der Regierung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das bestimmt doch nicht die Regierung, das bestimmt doch das Parlament! – Glocke des Präsidenten)

– Entschuldigung. Ich kann mich an Zeiten erinnern, in denen es Mehrheiten gab, dies gemeinsam zu ändern. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie das gemacht hätten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es gab eine Geschäftsordnungskommission!)

– Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die SPD anders agiert hat. Ich glaube, es gibt auch gute Gründe dafür.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber natürlich! Da waren Sie doch gar nicht dabei!)

– Ich war auch lange Zeit im Präsidium.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte kommen Sie zur Sache.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Es gibt auch gute Gründe dafür, zu sagen: Es gibt geschützte Räume, deren Tür man zumacht, in denen man in der Sache miteinander redet. Dann steht vielleicht das Ringen zur Sache im Fokus und nicht das Reden zur Galerie.

Deswegen: Wer sozusagen die grundsätzliche Öffentlichkeit von allen Gremien zu allen Zeiten möchte, der könnte doch hier mit einem Antrag oder einer entsprechenden Initiative im Landtag beginnen.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Drittens: Jetzt kommen wir zu dem Thema, das hier eben die Emotionen berührt hat, nämlich zum Thema „Verfasste Studierendenschaft“. Vielleicht kann man da mit der positiven Botschaft anfangen: Wenn man sich einmal anschaut, wo wir vor ein paar Jahren standen, dann stellen wir fest: Damals ging

(Ministerin Theresia Bauer)

die Debatte darum, ob man überhaupt eine Verfasste Studierendenschaft haben will oder ob man keine haben will. Nach über 30 Jahren haben wir im Jahr 2013 den Zustand der Nichtexistenz der Verfassten Studierendenschaft abgeschafft – dieser wurde übrigens in der Vergangenheit, als FDP/DVP und SPD mitregiert hatten, nicht angetastet – und damit ein Stück weit Normalität in diesem Land hergestellt und den Studierenden Mitspracherechte gegeben.

Heute streiten wir also zum Glück nicht mehr um ja oder nein. Wir streiten heute um einen anderen Punkt, und zwar um die Frage „Hochschulpolitisches Mandat oder allgemeinpolitisches Mandat?“, wohl wissend, dass das allgemeinpolitische Mandat juristisch durch die Rechtsprechung eindeutig ausgeschlossen ist. Also streiten wir um die Frage: „Hochschulpolitisches Mandat und ein bisschen mehr, oder darf es auch ein bisschen weniger sein?“ Um diese Frage rankt sich die heutige Debatte.

Die SPD fordert ein politisches Mandat. Die FDP/DVP setzt auf das hochschulpolitische Mandat. Beide unterlassen es, die Kompetenzen, die sie damit meinen, konkret auf den Tisch zu legen. Beide bleiben an diesem Punkt im Nebulösen. Der Kollege Salomon hat völlig zu Recht seine Rede damit begonnen, aus dem Gesetz vorzulesen, in dem diese Kompetenzen Punkt für Punkt positiv aufgelistet sind. Sie bleiben alle unverändert im Gesetz stehen.

Da hat sich die AfD anders Mühe gemacht. Sie sagt zwar klar und ungeschminkt, dass sie ein hochschulpolitisches Mandat fordert, beantragt dann aber präzise die Streichung der dazugehörigen Kompetenzen. – Da haben Sie ja mal hingeguckt! – Dann fordert die AfD konsequent die Streichung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden.

(Abg. Anton Baron AfD: Der vernünftigste Antrag!)

Die AfD fordert die Streichung von Chancengleichheit und Abbau der Benachteiligung innerhalb der Studierendenschaft als Aufgabenkomplex. Die AfD fordert die Streichung des Themas Meinungs Austausch, insbesondere zu Fragen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschule, ihrem Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen.

(Abg. Anton Baron AfD: Der Antrag hat Hand und Fuß!)

Dass Ihnen von der AfD so eine Art studentisches Engagement im Auftrag der Verfassten Studierendenschaft ein Dorn im Auge ist, das wundert uns jetzt nicht wirklich.

(Lachen des Abg. Udo Stein AfD)

Dass Sie weder mit politischer Bildung noch mit der Chancengleichheit noch mit kritischer Reflexion oder gar nachhaltiger Entwicklung viel zu tun haben, das passt ins Weltbild. Deswegen haben Sie außergewöhnlich gründlich überall dort den Rotstift angesetzt, wo diese Kompetenzen im Gesetz stehen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Aber gründlich!)

Aber Sie von der FDP/DVP fordern die Einschränkung auf das hochschulpolitische Mandat ja auch – also eigentlich genau dasselbe. Nur machen Sie sich nicht die Mühe, es auszubuchstabieren. Besser wird die Forderung dadurch aber nicht.

Und die SPD-Fraktion? Sie weiß ja eigentlich ganz genau darüber Bescheid, dass die Kompetenzen für die Verfasste Studierendenschaft in Baden-Württemberg über ein traditionelles hochschulpolitisches Mandat hinausgehen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Genau!)

Das haben wir mit Fug und Recht und klugerweise im Gesetz in einem positiven Kompetenzenkatalog festgehalten, ins Gesetz hineingeschrieben. All diese Kompetenzen bleiben unverändert in Zukunft erhalten.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie tun aber so, als würden die Rechte der Studierenden beschnitten, obwohl Sie es besser wissen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was sagt Frau Kurtz dazu? – Weitere Zurufe)

Sie beantragen die Streichung – –

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie behauptet genau das Gegenteil von Ihnen! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Sie müssen einfach zuhören, Herr Binder. – Sie beantragen eine Streichung, weil Sie verstanden haben, dass in unserem Gesetz die Kompetenzen drinstehen, und zwar unverändert. Deswegen werden wir dem AfD-Antrag auch nicht zustimmen.

(Oh-Rufe bei der AfD – Weitere Zurufe – Unruhe)

Aber Sie von der SPD behaupten, es würde irgendetwas an den Kompetenzen gerüttelt – was aber nicht passiert. Das Manöver und das Interesse, mit dem Sie das tun, ist vielleicht, die Studierenden zu verunsichern und sie auf Krawall zu bürsen. Aber das taugt nicht, um ernst genommen zu werden. Denn ernsthafte Politik sieht anders aus.

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben mit der Gesetzesnovelle einen rechtlich unbestimmten Begriff des politischen Mandats gestrichen. Damit geht der Verfassten Studierendenschaft keine Kompetenz verloren; sie gewinnt an Rechtssicherheit und Klarheit, und das ist alles.

Deswegen bin ich den beiden Regierungsfractionen für ihre konstruktive Mitarbeit an der Klärung eines Missverständnisses dankbar. Allgemeinpolitik gehört eben nicht zum Auftrag der Verfassten Studierendenschaft, heute genauso wenig wie zum Zeitpunkt der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft im Jahr 2013.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich deswegen für die gute Zusammenarbeit.

(Glocke des Präsidenten)

**Stelly. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, gestatten Sie zum Schluss noch eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle?

(Lebhafte Unruhe)

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Angesichts der vielen – – Nein.

**Stelly. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, Sie bestimmen es.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Genau. Ich glaube, wir haben heute lange genug darüber diskutiert. – Nein.

Ich werde meine Rede beenden mit dem Dank an alle, die konstruktiv an der Debatte mitgewirkt haben, die viele konstruktive Beiträge geleistet haben – vonseiten des Parlaments und auch vonseiten der Hochschulen selbst und der Verbände. Wir haben viel investiert in eine nach vorn gewandte Umsetzung des Urteils des Landesverfassungsgerichtshofs. Ich meine, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Ich bin mir sicher, unsere Hochschulen können auf dieser Basis gut in die Zukunft gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stelly. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/3248. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 16/3561.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt einen Abstimmungsmarathon vor uns. Deswegen würde ich darum bitten, dass wir uns entsprechend ruhig verhalten und dem, was ich vortrage, aufmerksam zuzuhören.

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit verschiedenen Änderungen in Artikel 1 zuzustimmen. Zu dem Gesetzentwurf liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD, zwei Änderungsanträge und ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD sowie zwei Änderungsanträge und ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor, die ich bei den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen werde.

Haben Sie mir alle zugehört, was ich gesagt habe?

(Zurufe: Ja, Herr Präsident!)

– Gut, dann machen wir weiter.

Artikel 1

Änderung des Landeshochschulgesetzes

mit den Nummern 1 bis 39 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und

Kunst. Hierzu liegen die erwähnten drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD, die zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD und die zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

Es wurde beantragt, über einzelne Nummern von Artikel 1 separat abstimmen zu lassen.

Ich rufe daher zuerst Nummer 1 in der Fassung von Nummer 1 und 2 der Beschlussempfehlung sowie Nummer 2 von Artikel 1 auf. Wer den Nummern 1 und 2 von Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Nummern 1 und 2 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3638-4, der fordert, eine neue Nummer 3 zur Aufhebung von § 4 einzufügen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummern 3 und 4 von Artikel 1 auf. Wer den Nummern 3 und 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Wer enthält sich? – Den Nummern 3 und 4 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt rufe ich Nummer 5 von Artikel 1 auf. Zu Nummer 5 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3638-1, vor, der eine Änderung von Buchstabe c zur Neufassung von § 10 Absatz 4 fordert.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 5 von Artikel 1. Wer Nummer 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Nummer 5 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6 in der Fassung von Nummer 3 und 4 der Beschlussempfehlung und Nummer 7 von Artikel 1 auf. Wer den Nummern 6 und 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Nummern 6 und 7 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt rufe ich Nummer 8 von Artikel 1 auf. Wer Nummer 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 9 von Artikel 1. Wer Nummer 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 9 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 10 von Artikel 1 auf. Wer Nummer 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 10 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nun lasse ich abstimmen über Nummer 11 von Artikel 1. Wer Nummer 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 11 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe Nummer 12 in der Fassung von Nummer 5 der Beschlussempfehlung auf. Zu Nummer 12 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3638-7, vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 12 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer Nummer 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummern 13 und 14 von Artikel 1 auf. Wer den Nummern 13 und 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Nummern 13 und 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kommen wir zu Nummer 15 von Artikel 1. Wer Nummer 15 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Nummer 15 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu den Nummern 16 bis 21 von Artikel 1 liegen keine Anträge vor. Ich schlage Ihnen deshalb vor, diese Nummern bei der Abstimmung zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer den Nummern 16 bis 21 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Nummern 16 bis 21 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 22 von Artikel 1 auf. Wer Nummer 22 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 22 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Nummern 23 bis 30 rufe ich gemeinsam auf. Sind Sie auch hier damit einverstanden, über diese Nummern insgesamt abzustimmen? – Dies ist der Fall.

Wer den Nummern 23 bis 30 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den Nummern 23 bis 30 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über Nummer 31 von Artikel 1. Wer Nummer 31 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 31 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Nummer 32 von Artikel 1 liegen weitere Änderungsanträge der Fraktionen vor. Ich stelle zuerst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3638-2, zur Abstimmung, der die Aufhebung von Nummer 32 und die entsprechenden Folgeänderungen fordert. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3638-5, abstimmen, der die Neufassung von Nummer 32 fordert. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen noch zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3638-8, der die Neufassung von Nummer 32 fordert. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt lasse ich über Nummer 32 von Artikel 1 abstimmen. Wer Nummer 32 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Wer enthält sich? – Nummer 32 ist ebenfalls mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 33 von Artikel 1 auf. Zu Nummer 33 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3638-6, vor. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Nummer 33 von Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 33 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt rufe ich die Nummern 34 bis 39 von Artikel 1 gemeinsam auf. Sie sind hoffentlich damit einverstanden, über diese Nummern insgesamt abzustimmen. – Dies ist der Fall.

Wer den Nummern 34 bis 39 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Nummern 34 bis 39 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

##### Änderung des KIT-Gesetzes

mit den Nummern 1 und 2. Sind Sie damit einverstanden, dass ich Artikel 2 insgesamt zur Abstimmung stelle? – Dies ist der Fall.

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

##### Änderung des Akademiengesetzes

mit den Nummern 1 und 2. Ich schlage Ihnen auch hier vor, dass ich Artikel 3 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 3 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 4

##### Änderung der Lehrverpflichtungsverordnung

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung der Leistungsbezügeverordnung

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Übergangsbestimmungen

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 6 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Inkrafttreten

Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. März 2018 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Weiterentwicklung des Hochschulrechts (HRWeitEG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen damit zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben nun noch über die beiden Entschließungsanträge abzustimmen. Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3638-3, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3638-9. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 8. März 2018, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:57 Uhr**